

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 halbjährlich 6.50 Mk., frei ins Ausland.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustriertem Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnementspreis: 1.10 Mark pro Monat.  
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2.50 Mark, für das übrige Ausland  
 4 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 13/11.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die hochgehaltene Kolon-  
 nelle oder deren Raum 50 Pfg., für  
 politische und gemeinlichliche Betreu-  
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg.,  
 „Kleine Anzeigen“, das letztgedruckte  
 Wort 20 Pfg. (zufällig 2stellig gedruckte  
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg.,  
 Streifenanzeigen und Schlafstellenan-  
 zeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes  
 weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Spätere  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 14. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

### Die innere Kolonisation und die Fleischsteuerung.

Für Politiker und Gelehrte, von der fortschrittlichen bis zur halbagrarisch-reaktionären Richtung, ist seit einiger Zeit die innere Kolonisation zum Alibi geworden. Auf sämtliche Wirtschaftsfragen der Gegenwart wissen sie nur eine Antwort: innere Kolonisation. Sie soll der „Landflucht“ ein Ziel setzen, den Geburtenrückgang aufhalten, die Fleischsteuerung steuern usw. usw. Obgleich all diese Erscheinungen auch in Ländern mit überwiegend ländlichem Kleinbesitz konstatiert werden, so in Frankreich, versichern die neu geborenen „Bauernfreunde“, daß es in Deutschland anders sein wird, wenn es nur gelinge, einige neue Bauernstellen zu schaffen. Insbesondere meinen sie, wird der deutsche Arbeiter volle Fleischtöpfe haben, wenn die innere Kolonisation im großen Maßstabe getrieben wäre. Sie berufen sich dabei auf die Tatsache, daß in den kleinen Betrieben relativ mehr Vieh gehalten wird als auf den Gütern.

Werkwürdig nur, wie dieselben Volkswirte, die jetzt auf die größere Anzahl von Stück in den kleinen Betrieben hinweisen, den Unterschied zwischen Vieh und Vieh übersehen, den sie wohl kennen, wenn die Rede von der geringen Entwicklung der Viehzucht in Deutschland ist. Wenn wir sagen, daß die Viehzucht mit der Bevölkerungszunahme nicht gleichen Schritt hält, meinen sie, das heutige Vieh dürfe mit dem früheren nicht verglichen werden. Wissen sie aber nicht, daß es die großen Güter sind, wo man gerade die fetten, fleischigen Mastochsen antrifft, mit denen die mageren Kühe und abgedackten Ochsen des Parzellenbauers gar keinen Vergleich aushalten können?

Abgesehen davon, ist es klar, daß der Bauer, der eine Kuh oder einen Ochsen hat, das Vieh zur Feldarbeit verwendet. Ferner kommt es doch darauf an, aus welchen Gründen der Gutsbesitzer weniger Vieh hält als der Bauer. Daß die Viehzucht wenig rentabel wäre, ist kaum anzunehmen. Die hohen Getreide- und Futtermittelpreise sind allerdings ein bedeutendes Hindernis für die Viehzucht, aber für die bäuerliche mindestens im gleichen Maße wie für die der Gutsbesitzer, die doch auf eigenem Grund und Boden Futter bauen können. Die Grundursache, warum die Viehzucht der großen Güter relativ wenig entwickelt ist, liegt abgesehen vom Mangel an Kapital, darin, daß die Güterbesitzer die Vieh- und Fleischpreise hoch halten wollen. Aus Angst, daß eine starke Vermehrung der Viehbestände die Preise drücken könnte, säufeln sie ihren Viehbestand auf das Minimum ein. Die Bauern richten sich noch nicht so genau nach den Marktverhältnissen, weil sie das Vieh entweder in ihrer Wirtschaft brauchen oder darin das einzige Mittel sehen, zu Vergeld zu kommen. Wo aber die Bauern sich ebenfalls auf den Markt einrichten, befolgen sie die gleiche Taktik wie die Großgrundbesitzer, schränken beruht die Produktion ein, um die Preise in die Höhe zu treiben. So beispielsweise in der Schweiz. Dasselbe tun die Milchgenossenschaften in Süddeutschland. Daher sind die Milchpreise in der Schweiz sowohl wie in Süddeutschland in den letzten Jahren sehr stark in die Höhe gegangen, obgleich dort der Bauer der Hauptlieferant von Milch ist.

Daraus folgt, daß es um die Fleischversorgung Deutschlands kaum besser bestellt wäre, wenn der Großgrundbesitz aufgeteilt wäre. In den ersten Jahren würden wir vielleicht Ueberfluß an Fleisch haben, worauf aber eine Produktionskontingentierung und Preissteigerung sicher eintreten würden. Wir sagen: viellecht. Denn zunächst ist noch gar nicht abzusehen, woher die Bauern die gewaltigen Summen, die zum Ankauf des Bodens und zur bedeutenden Vermehrung der Viehbestände notwendig sind, nehmen könnten. Ist es den Großgrundbesitzern, die für den Boden nichts oder nur wenig zu zahlen haben und umgekehrt jährlich aus ihm große Summen herauswirtschaften, oft schon schwer, Geld zu erhalten, um so mehr für den Bauern, der dabei zunächst aus der Viehzucht mehrere Jahre nicht einmal die Zinsen würde herauswirtschaften können. Die Viehzucht arbeitet bekanntlich mit sehr hohem stehendem Kapital und hat eine lange Umlaufzeit, die der Bauer gar nicht im großen Maßstabe aushalten kann.

Zu der Tat zeigt die bäuerliche Viehzucht auch nur mäßige Fortschritte. Auf den Betrieb berechnet, kamen Stück:

In Betrieben:	Rindvieh		Schweine	
	1882	1907	1882	1907
Unter 0,5 Hektar	0,88	0,094	0,68	0,94
Von 0,5 bis 2 Hektar	0,88	0,88	1,88	1,88
2 5	2,85	3,15	1,52	3,1
5 20	5,9	7,4	2,7	6,0
20 100	14,8	20,2	6,2	14,0
Ueber 100 Hektar	61,5	97,6	1,6	57,7

Je größer der Betrieb, um so größer sein Viehbestand und so bedeutender der Fortschritt, den seine Viehzucht in den letzten 25 Jahren gemacht hat. Wer also wirklich für die Zukunft sorgen will, kann nicht den Kleinbetrieb, auch nicht den mittleren Bauernbetrieb, als Ideal der landwirtschaftlichen Betriebsorganisation empfehlen. Mindestens wäre die Fleischverbrauchsfrage nach einigen Jahren wiederum aktuell. Um die wahre Sachlage zu verdunkeln, verweisen die Verteidiger der inneren Kolonisation, wie schon erwähnt, auf die relative, im Verhältnis zur Bodenfläche, stärkere Vieh-

haltung in den kleinen Betrieben. Die Viehzucht steht aber keineswegs in direkter Beziehung zur Bodenfläche. Deshalb täuscht dieser Vergleich nur, statt ein richtiges Bild von der tatsächlichen Fähigkeit der einzelnen Betriebsgrößen zu geben, ihre Viehzucht auszudehnen.

Aber auch im Verhältnis zur landwirtschaftlich benutzten Fläche sind die Fortschritte des Klein- und mittleren Betriebes keineswegs größer als die des Großbetriebes. Es kamen nämlich auf 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche:

In Betrieben	Rindvieh	1907	Schweine	1907
Von 2 bis 5 Hektar	81,8	95,5	46,6	94,0
5 20	60,2	75,5	28,9	60,8
20 100	42,1	56,9	17,5	39,2
Ueber	19,7	33,0	6,2	19,6

Die kleinen und kleinsten Betriebe haben tatsächlich im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Fläche mehr Vieh. Wollen die Freunde der inneren Kolonisation die Verwandlung von ganz Deutschland in Zwergebetriebe? Diese Betriebe haben aber eine relativ geringe Vermehrung ihres Viehbestandes vornehmen können, selbst die Betriebe mit 5 bis 20 Hektar Land vermehrten ihren Rindviehbestand bloß um 25 Proz. in 25 Jahren! Dagegen stieg er bei den Großbetrieben um rund 70 Proz.

Daraus geht also unwiderleglich hervor, daß die innere Kolonisation keine Lösung der Steuerungsfrage darstellt, daß die bürgerlichen Parteien überhaupt außerstande sind, irgendeine Lösung dafür zu finden. Der Grund aber, warum die Fortschrittler für die innere Kolonisation eintreten, liegt, abgesehen von ihren politischen Hoffnungen auf den Bauernsieg, darin, daß der Handel noch immer dem Bauer die Preise diktiert und ihm einen bedeutenden Teil seines Profits wegnimmt. Der Großgrundbesitzer emanzipiert sich rasch vom Einfluß des Handels, knüpft direkte Beziehungen zum städtischen Konsumenten oder Großhändler an, findet auch den Weg zur Bank oder Genossenschaftskasse, während der Bauer noch zum bedeutenden Teil sich in Abhängigkeit vom Wucherer und Händler befindet, der ihm die Produkte unter dem Marktpreise abnimmt. Das Interesse des Handels läuft also auf Erhaltung des Parzellenbauertums aus, und die Fortschrittspartei vertritt auch in dieser Beziehung das Handelskapital. Demgegenüber stellen wir die Forderung der Verstaatlichung des Großgrundbesitzes auf, die allein instande wäre, auch das Problem der Fleischversorgung zu lösen. Durch Einrichtung von großen Mutterwirtschaften würde die Viehzucht auf einer rationalen Basis gestellt werden können und sie würde sich dem Bedarf, nicht aber der wucherischen Ausbeutung der Konsumenten anpassen.

### Der Kriegsschatz.

Die Budgetkommission des Reichstags erörterte in der Sitzung am Freitag allgemeine Finanzfragen. Die Regierung fordert die Verdoppelung des im Juliasturm in Spandau liegenden Kriegsschatzes in der Höhe von 120 Millionen in gemünztem Gold. Dazu sollen in Zukunft noch 120 Millionen in Silbergeld kommen, so daß der Kriegsschatz die Höhe von 240 Millionen erreichen würde. Weiter will die Regierung für 120 Millionen 5- und 10-Marksscheine ausgeben. Die Ausgabe dieser Kassenscheine soll dazu dienen, die Goldreserve zu erhöhen; es soll also für die 120 Millionen Kassenscheine Gold in gleicher Summe zurückgehalten werden. Diese Maßregel dienen dazu, daß das Reich im Kriegsfalle sofort über die besonders zu Beginn des Krieges notwendigen Vorräte verfügt. Der auf das Doppelte vermehrte Kriegsschatz würde auch, wie die Regierung in der Begründung sagt, die Möglichkeit bieten, 720 Millionen Mark mehr in Noten zu Zahlungen für Meer und Marine sowie für den allgemeinen Verkehr verfügbar zu machen.

Nach einem Referat des Genossen Sudekum als Berichterstatter, der die Ablehnung empfahl, sprach der Volksparteiler v. Schulze-Gaebert seine Zustimmung zu der Vorlage aus. Bedenklich sei aber, in größerem Umfange Papiergeld in der Form von Reichskassenscheinen in Umlauf zu bringen. Der Nationalliberale Koland-Rüde meinte, der Kriegsschatz zu erhöhen und um denselben Betrag noch mehr Kassenscheine auszugeben, die gar kein gesetzliches Zahlungsmittel sind und von jedermann im Verkehr zurückgewiesen werden könnten, müsse als eine ziemlich bedenkliche Maßregel angesehen werden. Die Verh. aus des Kriegsschatzes sei dringend notwendig, um je stärker wir militärisch rüsten, desto höher müssen die Vorräte an verfügbarem Vermögen sein. Deshalb sei es gut, auch die hohen Vorkasse in Silbergeld zu besitzen, um es nötig, wenn dem Verkehr zu gehen zu können. Gefordert werden muß, daß die Regierung verpflichtet wird, erst die Ratsschläge der Reichsbank einzuholen, ehe sie in einer Zeit der Krise den so sehr hohen Kriegsschatz zur Ausgabe für den Verkehr angreift.

Schachsekretär Kühn betonte, die Verpflichtung der Reichshauptkasse bestche, der Reichsbank auf Verlangen Reichskassenscheine abzunehmen; das sei durch Gesetz schon vorgeschrieben. Selbstverständlich würde der Kriegsschatz nur nach vorheriger Verständigung mit der Reichsbank angegriffen werden. — In sehr interessanten Darlegungen äußerte sich der Reichsbankdirektor v. Gläsenapp über die zur Erörterung stehenden Fragen. — Abg. Gothein wandte sich scharf gegen die von der Regierung vorgeschlagenen Maßregeln. Für 120 Millionen Silbergeld mehr zu prägen, dazu noch, gestützt auf diesen Metallbestand, das Dreifache dieses Betrages an Noten ausgeben, müsse als ein gefährlicher Weg bezeichnet

werden. Die Reichsbank verfüge heute schon über sehr große Silberbestände, die aber eine unterwertige Deckung für Banknoten darstellten. Es wäre besser, die Erledigung dieser Angelegenheit auf den Herbst zu verlagern und inzwischen die Sachverständigen zu Rate zu ziehen. — Von der Regierung wurde weiter betont, daß die außerordentliche Heeresvermehrung dazu zwingt, den Kriegsschatz zu verdoppeln. Ebenso brauche gerade die Militärverwaltung im Kriegsfalle sehr viel Silbergeld, was auch schon für den Frieden zutrifft. Nach Reichskassenscheinen sei eine ungemein starke Nachfrage, der man gerecht werden müsse. Alle gegen die Erhöhung des Silberbestandes und gegen die Vermehrung der Ausgabe von Kassenscheinen erhobenen Bedenken dürfen als unbegründet betrachtet werden.

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde gewünscht, die alten und abgegriffenen Kassenscheine aus dem Verkehr zu ziehen. Dann wurde die Weiterberatung auf Sonnabend vertagt.

### Abstimmungen.

Der Reichstag hat am Freitag die Generaldebatte der zweiten Lesung der Wehrvorlage beendet und über die entscheidenden Punkte, besonders über die Präsenziffer, abgestimmt. Das Ergebnis entspricht der bisherigen Haltung der Parteien. Auf der bürgerlichen Seite fühlt man angesichts der ungeheuerlichen Mehrforderungen die Verpfändung, wenigstens so zu tun, als ob man etwas täte. Man will nicht alles so bewilligen, wie es die Regierung verlangt. Man streift irgend einen unwesentlichen Schnitzel und macht dabei die Strafanstaltungen, die der Hanswurst im Zirkus heuchelt, wenn er als Karikatur auf seinen Kollegen von der Schärferathleit Gewichte von einigen Hundert Pfund stemmt. In Wirklichkeit stemmt er aber nur Kratzen aus Pappe.

Die Regierung und die Konservativen kommen den Preisstimmern dabei zu Hilfe. Sie machen ein Aufhebens, als ob es sich um wirkliche Gewichte handelte. Sie stellen die gestrichenen Kavallerieregimenter als die wichtigsten Teile der Vorlage hin, ohne die sie nicht wert sei, den Namen deutsche Wehrvorlage zu tragen. Um so stolzer kommen sich die übrigen bürgerlichen Parteien vor, wenn sie dennoch den Mut haben, die Streichungen durchzuführen.

Und wie werden sie sich deswegen erst bei ihren Wählern in Positur setzen! Um so lieber wird der katholische oder liberale Michel es glauben, daß die übrigen Mehrforderungen unbedingt notwendig gewesen seien! Denn sonst hätten doch die tapferen Schneiderlein im Reichstage, die da so ohne weiteres an 1600 Kavalleristen streichen, sicher auch die über 100 000 sonstigen Kavalleristen, Infanteristen, Artilleristen, Pioniere, Verkehrs- und Trainsoldaten gestrichen. Sicher! Wer's nicht glaubt, bezahle einen Taler Wehrbeitrag extra!

Wir Sozialdemokraten werden aber diese schlaue Spekulation auf die Leichtgläubigkeit des deutschen Wählers durchkreuzen, soweit es nur in unserer Macht liegt. So wie bisher die Fraktion im Reichstage die bürgerliche Heuchelei aufgedeckt hat, wie sie immer und immer wieder den unerfüllbarsten Nachweis geliefert hat, daß auch nicht ein Fünftel Verdrängung für die enorme Heeresvergrößerung vorliegt, wie sie daneben die bürgerlichen Abstriche in ihrer Unzulänglichkeit und in ihrer roßhäuslerischen Harmlosigkeit für die militärischen Ansprüche des Imperialismus bloßgestellt hat, so werden die Genossen im Lande, wo immer sie nur in Veranlassungen und in der Presse dazu Gelegenheit haben, diese Aufklärungsarbeit der Fraktion fortzuführen haben. Ist auch die jegige Wehrvorlage nicht mehr zu verhindern, so muß doch durch die Kritik der parlamentarischen Kämpfe um diesen Beutezug des Militarismus und seines Antreibers, des Imperialismus, der zukünftigen Wehrvorlage so früh wie möglich ein Bollwerk im Volke entgegengesetzt werden.

Auch die Resolutionen, die die bürgerliche Mehrheit der Budgetkommission und auch die Mehrheit des Plenums angenommen hat, und die günstigenfalls keine Verbesserungen herbeiführen werden, sollen nur dem gleichen lässlichen Zwecke dienen, den Belz des Militarismus zu waschen, ohne ihn aber zu machen, durch den ausschälligen Eifer bei dieser Wäsche aber zugleich dem biederen staatsbehaltenden Bürger Sand in die Augen zu streuen.

Gewiß stimmte auch die sozialdemokratische Fraktion mit für solche kleinen Abschlagszahlungen: Aber wir verfallen nicht der gefährlichen Einbildung, daß dadurch irgend etwas Wesentliches erreicht sei. Wir haben an Stelle von papierernen Resolutionen Anträge eingebracht, die die von uns für notwendig gehaltenen Verbesserungen in die Wehrvorlage hineinarbeiten und sie damit zum unlässlichen Bestandteil des neuen Militärgesetzes machen wollen. Dadurch würde die Durchführung der Beschlüsse des Reichstages erzwungen, die Regierung müßte auf die Gefahr hin, daß das ganze Gesetz scheitert, die notwendigen Reformen aufgestehen. Mit der Beratung dieser Anträge wurde am Freitag noch begonnen. Genosse Gradnauer begründete in eingehender Darlegung die Notwendigkeit einer Verkürzung der Dienstzeit auf ein Jahr oder — falls die Forderung abgelehnt werden sollte — der Befreiung des standalösen Vorrechts der einjährig-freiwilligen Dienstzeit. Genosse Gradnauer verpflichtete alle die lockeren Argumente, mit denen die Militaristen die Aufrechterhaltung der zwei- und dreijährigen Dienstzeit zu stützen versuchen. Nichts blieb übrig als ein schreiendes Unrecht gegen die



große Masse der Wehrpflichtigen, das um so erbitternder in einem Jahre wirkt, das der Erinnerung an die Volkshör vor hundert Jahren gewidmet ist, und in dem mit großem Gepränge das Jubiläum eines Mannes gefeiert wird, der einst feierlich die Parole ausgegeben hat, daß das Meer als Waffe gegen den inneren Feind dienen solle.

Die Debatte geht am Sonnabend weiter. Bei der Abstimmung werden wir sehen, wie sich die bürgerlichen Parteien zu solchen Anträgen stellen, deren Annahme eine wirkliche Verbesserung unseres gegenwärtigen Heereswesens bedeuten würde.

## Die „Marconi-Atmosphäre“.

London, 10. Juni. (Fig. Bez.) Der nie endenwollende „Marconiskandal“ hat in England eine „Marconi-Atmosphäre“ erzeugt, die zurzeit den Bestand der liberalen Regierung gefährdet. Die ganze Affäre hat im Laufe der Zeit einen so verwickelten Charakter angenommen, daß es schwer ist, sich in den Neben- und Zerwegen zurechtzufinden. Aber gerade diese Kompliziertheit, diese Mischung der verschiedensten Finanz- und politischen Interessen macht den Vorfall für alle die sehr beachtenswert, die die politische Entwicklung Englands verfolgen. Ursprünglich handelte es sich bei dem Marconifall um einen Kontrakt, den die britische Regierung mit der englischen Marconigesellschaft im März des vorigen Jahres zwecks Errichtung von 6 Funkentelegraphenstationen zur Verbindung des britischen Weltreichs geschlossen hatte. Dieser Kontrakt wurde heftig kritisiert, und zwar hauptsächlich (wie es sich später herausstellen sollte) die an dem Richtzuchtandkommen des Vertrags ein materielles Interesse hatten. Zunächst war eine mit der Marconigesellschaft rivalisierende Gesellschaft daran interessiert, daß das Parlament den Vertrag nicht ratifiziere. Dann hatten die Parteiführer, die sogenannten Bären, die während der schon vor der Zeichnung des Kontrakts einsehenden wilden Marconispekulation den Kurs der Marconiaktien herunterzubringen bestrebt waren, ein sehr großes Interesse daran, die Kritik zu unterstützen und ihren eigenen Sens hinzuzufügen. Und schließlich fanden sich noch die journalistischen Sensationsmacher liberal-antifemilich-antiparlamentarischen Gepräges ein, um von der Jagd zu profitieren. Aus der Behauptung, daß der Vertrag die Marconigesellschaft zu sehr begünstige, wuchs bald die Anschuldigung, daß der Vertrag durch Korruption entstanden sei. Der geschäftsführende Direktor der englischen Marconigesellschaft Godfrey Isaacs ist nämlich der Bruder des englischen Justizministers Sir Rufus Isaacs. Es wurde nun mehr oder minder deutlich die Verdächtigung ausgesprochen, daß der Direktor der Marconigesellschaft durch seinen Bruder den Postminister Samuel zur Zeichnung des Kontrakts bewogen habe. Da alle drei Personen Juden sind, erlebte man bald eine regelrechte antisemitische Hege seitens eines Häufleins liberaler Reaktionen, die von den Herren Belloe und Cecil Chesterton geführt werden. Gegen den letzteren erhob der Direktor der Marconigesellschaft eine Anklage wegen Verleumdung. Der Fall kam noch länger Verzögerung vor einigen Tagen zum Abschluß. Herr Chesterton fiel jämmerlich rein. Seine Verteidigung wird ziemlich treffend durch die Worte des Richters gekennzeichnet, der bei der Fällung des Urteils bemerkte, daß die Anschuldigungen, die der Angeklagte in seinem Platte erhoben, von einer „unbestehbaren Unwissenheit und Voreingenommenheit“ zeugten. Chesterton wurde zu einer Geldstrafe von 100 Pfund und zur Tragung der schweren Kosten des Verfahrens verurteilt. Er hatte jedoch die Genugtuung, das Vorleben des Finanzmannes aufzudecken, und dieses Interesse zeigte der Welt wieder einmal, daß die Akkumulation des Kapitals nicht auf dem Wege der Enthaltsamkeit und des Sparens vor sich geht, sondern — nur auf weniger ideale Weise.

Dieses penetrante liberal-antifemilich-antiparlamentarische Parfüm der „Marconi-Atmosphäre“ scheint sich nunmehr verflüchtigt zu haben. Aber eine andere Ingredienz macht sich jetzt um so deutlicher bemerkbar. Schon während des wilden Spiels mit den Marconiaktien tauchten Gerüchte auf, daß sich Minister durch ihre Kenntnis, daß der Marconikontrakt geschlossen werden würde, bereichern hätten, indem sie die Aktien zu einem billigen Preise aufkauften, um sie während der Pause wieder loszuschlagen. Die Gerüchte nahmen immer bestimmtere Formen an. Man nannte an der Börse die Namen des Schatzkanzlers, des Justizministers, des Postministers. Die Regierung sah sich schließlich im Oktober des vergangenen Jahres genötigt, eine parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen, die die Vorgeschichte des Marconikontrakts erforschen sollte; dem Parlament sollte der Kontrakt erst zur Genehmigung vorgelegt werden, wenn die Kommission Bericht erstattet hätte. Seit vielen Monaten sitzt nun diese Kommission und brennt mit Jaagen. Die Leute, die die Korruption der Minister aufdecken sollten, die Korrupten des Anklagerchors, verfolgten in geradezu lächerlicher Weise. Der „große Finanzmann“ Rawson zog alle seine Anschuldigungen zurück und der deutschresserliche hohe Priester des heiligen Ingo Herr Wazge, der englische Devotulle, versuchte seinen Rückzug durch eine frohe Herausforderung des Parlaments zu rechtfertigen. Man ließ den armen Schächer, dessen Gehirnverrenkungen ja doch niemand ernst nimmt, schließlich laufen.

Und doch war an dem Gerücht etwas Wahres, obwohl gerade dies den Anklägern der Minister unbekannt war. Im Oktober des Jahres 1912 hatten die Minister im Parlament erklärt, daß sie zu keiner Zeit mit englischen Marconiaktien etwas zu tun gehabt hätten. Jocoslos stimmte das. Doch vergaßen sie zu sagen, daß verschiedene von ihnen zu Anfang des vorigen Jahres einen „Nutter“ (Geschäftlichen) mit amerikanischen Marconiaktien gemacht hatten. Dieses Geschäft war vielleicht die Grundlage aller der Gerüchte über die Korruption der Minister. Erst zu Anfang dieses Jahres fühlten sie sich bemüht, öffentlich bekannt zu geben, daß der Schatzkanzler Lloyd George, der Finanzminister Isaacs und der Hauptinspektor der liberalen Partei Walter of Sibant (jetzt Lord Murray) einige Tausend amerikanische Marconiaktien gekauft und einen Teil davon wieder verkauft hatten. Die amerikanische Marconigesellschaft soll nun nichts mit der englischen Marconigesellschaft, die den Regierungskontakt bekommen hat, zu tun haben; Tatsache ist aber, daß die amerikanischen Aktien mit den englischen stiegen. Lloyd George suchte dieses Geschäft vor der Untersuchungskommission damit zu erklären, daß er es nicht als Spekulation, sondern als Investition für seine alten Tage bezahle, wenn er nicht mehr Schatzkanzler sein und als „armer Mann“, wie er sich trotz seines Jahresgehalts von 500 Pfund nannte, seine Ersparnisse nötig haben würde. Es fragt sich nun, ob dieses Geschäft der Minister, zu dem ihnen der Bruder des Finanzministers einen Wink gegeben haben soll, korrupt zu nennen ist. Es ist kaum anzunehmen, daß sich die Minister einer korrupten Handlung bewußt waren, als sie die amerikanischen Aktien kauften; denn die Gefahr, erlappt zu werden, war doch zu groß, liegen doch die Listen der Aktienbesitzer zu jedermanns Einsicht offen da. Es wird ihnen daher jetzt von ihren Gegnern auch nur Mangel an „Discretion und Feingefühl“ vorgeworfen. Am meisten Aufsehen hat aber die gestern bekanntgewordene Tatsache hervorgerufen, daß Lord Murray nicht nur für sich und seine Kabinettsfreunde, sondern auch für die liberale Partei, deren Gelder er als

Chief Whip verwaltete, amerikanische Marconiaktien gekauft hat. Das kam bei der Vernehmung des Kontraktverwalters eines schätzigen Marktes heraus, der für Lord Murray und die liberale Partei Gelder investierte. Die liberale Partei sollte mit einer Forderung von 30 000 Pfund an der Kontraktmasse beteiligt sein. Wenn man bedenkt, daß Lord Murray, der „Organisator des Sieges“, vor wenigen Monaten seine vielversprechende politische Laufbahn urplötzlich aufgab, um Leiter eines großen Geschäftsunternehmens zu werden, daß er augenblicklich im fernem Ecuador in geschäftlichen Angelegenheiten weilt, so kann man begreifen, wie günstig die Lage für das Entstehen von allerlei Gerüchten und Verdächtigungen ist: was die „Marconi-Atmosphäre“ ist. Dazu kommt, daß das Untersuchungskomitee zu einem Tummelplatz der Parteileidenschaft geworden ist. Man hat dort den eigentlichen Zweck der Untersuchung fast ganz vergessen und beschäftigt sich hauptsächlich nur noch mit Nebenfragen, die geeignet erscheinen, dem Gegner ein auszuweichen, wobei die liberale und konservative Presse natürlich tüchtig mitmacht. Die Konservativen halten die Situation für günstig, um die Regierung zu stürzen. Zwar wagen sie sich nicht aus Furcht, daß die Liberalen ihre schmutzige Wäsche ans Tageslicht ziehen könnten (wie Lloyd George ja auch schon gedroht hat) offen heraus; aber sie geben sich die redlichste Mühe, dem Volke Abscheu gegen das Ministerium einzuflöhen.

Und wirklich hat auch das Ansehen der liberalen Regierung bei den Massen schwer gelitten. „Was ist denn mit meinem Lloyd George los?“ fragt sich der liberale Arbeiter, der in dem berechneten Schatzkanzler bisher den Sanft Georg gesehen hat, der das Volk von dem Drachen der Not und der Armut befreien wollte. „Als er in Kimehouse gegen die Reichen und Mächtigen der Welt wetterte, glaubten wir, daß er es wirklich ernst meinte, daß er die Wechler aus dem Tempel jagen würde. Und hier sehen wir ihn mitten unter den Wechlern im freundschaftlichsten Verkehr.“ — Herr Lloyd George wird sich auf Ueberraschungen vorbereiten müssen. Wenn er demnächst wieder zu einer Massenversammlung spricht, wird ihm aus dem Hintergrunde das fatale Wort entgegenhallen: Marconi!

London, 13. Juni. Der Bericht der mit der Untersuchung in Sachen des von der Regierung mit der Marconi-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages beauftragten parlamentarischen Kommission spricht die Minister von jedem Mißbrauch und von jeder Art von Korruption frei, indessen findet der von der unionistischen Winderbeit der Kommission redigierte Bericht einige Minister tadelnswert hinsichtlich des Kaufes von Aktien der amerikanischen Marconi-Gesellschaft, deren Verwalter Godfrey Isaacs gleichzeitig Generaldirektor der englischen Marconi-Gesellschaft ist.

## Politische Ueberblick.

### Das Steuerkompromiß.

Ueber die vertraulichen (!) Besprechungen zwischen den Liberalen und dem Zentrum macht die Scherlpresse folgende Angaben:

An die Stelle der Erhöhung der Ratifikalarbeiträge soll die Vermögenszuwachssteuer treten. Wie die Regierung vorge schlagen, soll zwar das Kindes erbe, nicht aber das Gattenerbe herangezogen werden; veranlagt soll aber diese Steuer entgegen dem Regierungsentwurf nicht alle zwei, sondern alle drei Jahre werden. Alle Vermögen unter 20 000 M. bleiben steuerfrei. Dafür hat man aber die Steuerjahre gegenüber der Regierungsvorlage bedeutend erhöht. Die Staffel beginnt mit 1 Prozent 1/2 Proz. Außerdem sind für die Besteuerungen des Kindes erbes besondere Erleichterungen vorgesehen. So soll ein Kind, das in dem Betrieb der Eltern mitgearbeitet hat, für jedes Jahr der Mitarbeit 750 M. als steuerfrei angerechnet erhalten. Ferner bleiben alle Erbansätze unter 50 000 M. steuerfrei, wenn ein unmündiges Kind trotz der Erbschaft pekuniär isoliert gestellt ist als vor dem Tode des Ernährers. Mit diesen Erleichterungen sollen die hauptsächlichsten Einwände der Konservativen gegen die Besteuerung des Kindes erbes beseitigt werden.

Daneben ist noch eine kleine Reichsvermögenssteuer in Vorschlag gebracht worden; man könnte sie vielleicht eine „Reichsergänzungssteuer“ nennen. Im Kompromiß heißt sie „Feststellungsgeld“. Es soll von jedem Vermögen bei der jedesmaligen dreijährigen Veranlagung, gleichviel, ob der Betreffende eine Vermögenszuwachssteuer zahlt oder nicht, eine Abgabe von 20 Pf. pro 1000 M. erhoben werden. Das macht etwa ein Drittel der preussischen Ergänzungsteuer aus. Man befürchtet allerdings, daß der Bundesrat gegen die Einführung dieser Abgabe sich sträuben werde.

Wenn auch gestern in der Budgetkommission das Erbrecht des Reiches beschlossen wurde, so rechnet man doch nicht mit seiner Einführung. Wie schon mitgeteilt, wird auch die bestehende Vermögenszuwachssteuer für Grundstücke ganz aufgehoben, so daß dieser Vermögenszuwachs künftig mit dem übrigen besteuert wird, und zwar einfacher und geringer als es jetzt der Fall ist. Die vorgesehene Herabsetzung des Vermögenszuwachssteuereinfaches auf die Hälfte soll nicht erst 1917, sondern sofort in Kraft treten. Dafür bleibt die erhöhte Zucksteuer dauernd erhalten. Um den Ausfall an Einnahmen zu decken, wird die bestehende Reichserbschaftsteuer erhöht, und der Anteil der Bundesstaaten an dieser Steuer von 1/4 auf 1/3 herabgesetzt. Ueber die Beseitigung des Reichsstempels schweben noch die Verhandlungen.

Die Ausgestaltung der Stempelsteuer ist in folgender Form gedacht: Bei der Besteuerung der Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sollen die Regierungsvorschläge unverändert bleiben. Der Versicherungstempel für Anfall und für Feuerversicherungen von Immobilien soll ganz fortfallen und bei Lebens- und sonstigen Feuerversicherungen erheblich herabgesetzt werden.

Ueber die Staffelung des Wehrbeitrages schweben noch Verhandlungen. Den Ertrag der Vermögenszuwachssteuer berechnet man vorläufig auf 120 bis 130 Millionen Mark. Man erwartet 40 Millionen aus der beibehaltenen Zucksteuer, 30 Millionen aus den Stempeln, etwa 7 Millionen aus der Erhöhung der Erbschaftsteuer, aus der Restleistungsgeld 10 Millionen Mark, von denen allerdings 10 Millionen durch den Ausfall der bestehenden Vermögenszuwachssteuer abgezogen sind.

Die Zustimmung des Reichstages steht aus, es kam in seiner gestrigen Fraktionssitzung zu keinem Beschluß. Wie verlautet, widerstrebt der agrarischen Partei des Zentrums jebeder Besteuerung des Kindes erbes. Die Bundesstaaten rechnen auf den Anstoß der Reichspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Nach Mitteilungen von anderer Seite ist auch die Besteuerung des Gattenerbes enthalten. Das Kompromiß stimmt sowohl beim Zentrum als namentlich auch bei den Konservativen vorläufig noch auf Widerstand. Auch die sächsische Regierung verharret in ihrem Widerstand gegen jede Art von Reichsvermögenssteuer. Dagegen setzt sich die „Germania“ heute mit großem Nachdruck für das Kompromiß ein.

### Der Kronprinz gegen Gerhart Hauptmann?

Die „Schlesische Volkszeitung“ schreibt: „Wie wir aus einer Quelle erfahren, die wir als gut informiert ansehen müssen, hat sich der Kronprinz, der Protektor der Jahreshundertaussstellung, nach der Deklaration des Festspiels

von Gerhart Hauptmann zu einem schlesischen Magnaten über dieses Festspiel in entschieden ablehnender Weise geäußert. Wir haben Veranlassung, anzunehmen, daß der Kronprinz die zuständigen Instanzen von seiner Auffassung in Kenntnis gesetzt hat und bereit ist, die Konsequenzen zu ziehen.“

Auch unser Feuilletonmitarbeiter hat bekanntlich mancherlei Einwendungen gegen die historische Treue und den poetischen Wert des Breslauer Hauptmann-Festspiels gemacht. Diese Ausstellungen richteten sich gegen den kulturhistorischen und ästhetischen Wert des Festspiels. Der Entrüstungssturm aber, der inzwischen von Kriegervereinsvorsitzenden, Universitäts-hämorrhoidariussen und Zentrumsrätseln gegen das Gelegenheitsstück des schlesischen Dichters injiziert worden ist, der trotz aller Schwächen der stärkste deutsche Dramatiker des letzten Menschenalters bleibt, zielt nicht gegen dichterische und historische Mängel des Festspiels, sondern einzig und allein gegen dessen trotz aller Verschönerungen und Schiefheiten modern-menschlichen Geist. Die ganze geistige Richtung paßt den Hurrapatrioten und Dunkelkammern nicht.

Da aber der im Namen von 23 000 Vereinsmitgliedern höchst eigenmächtig produzierte patriotische Unbestand eines halben Dutzends von Kriegervereinsvorsitzenden nicht ausreicht, um die Festspiele zu inhibieren, und da auch das Aufgebot etlicher akademischer Häpse und Tröpfe der Deffektivität ebenso wenig imponierte wie der Aufmarsch der mobilisierten Zentrumsleute, hat die schlesische Rückwärtserei sich einen neuen Verbündeten verschrieben, den Kronprinzen.

Daß der Kronprinz jemals ernstlichere historische Studien getrieben, ist nicht bekannt geworden. Wohl aber hat er ein Buch über Reiseerlebnisse und Jagdabenteuer geschrieben. Warum auch nicht? Aber ein forscher Jäger braucht deshalb doch noch nichts von Geschichtsvorgängen zu verstehen. Und vollends hat noch nie eine Seele, nicht einmal eine holz-böckische Reporterseele, etwas davon erfahren, daß der Kronprinz literarische Interessen pflege.

Wenn aber trotzdem jetzt der Kronprinz gegen Gerhart Hauptmann ins Feld geführt werden soll, so ist das die armseligste Weitrade unserer Rückwärtserei, die gedacht werden kann. Der Kronprinz soll die „Konsequenzen ziehen“. Ja welche denn? Daß er keine Autorität in literarischen Dingen, nahm doch schon bisher alle Welt an! Soll er etwa den Militärhoykolt nicht nur über die Festspiele, sondern über Breslau verhängen?! Denn die Zurückziehung seines „Protectorats“ würde doch nur ein Schlag ins Wasser sein.

### Keine Teuerungszulagen, sondern Familienzulagen — aber wann?

Das preussische Abgeordnetenhaus hatte in einer Resolution die Staatsregierung ersucht, in einem Nachtragsetat für das Etatsjahr 1913 kinderreichen Unterbeamten und mittleren Beamten mit einem 3000 M. nicht übersteigenden Gehalt in allen Verwaltungen unter Abstufung nach der Zahl der Kinder Teuerungszulagen zu gewähren. Wie eine offiziell bediente Korrespondenz meldet, hat die Regierung beschlossen, dieser Resolution jetzt keine Folge zu geben; sie will jedoch in eine eingehende Prüfung über die Frage der Gewährung von Familienzulagen eintreten. Das heißt nichts anderes, als die Frage der Zulagen für die unteren und mittleren Beamten auf die lange Bank schieben.

Daß auch der Beschluß des Dreiklassenparlaments nichts als eine bewußte Täuschung war, ist von sozialdemokratischer Seite im Abgeordnetenhaus gründlichst dargelegt worden!

### Kaiserjubiläum und Großindustrie.

Der Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln versendet dieses Rundschreiben:

Köln, den 8. Juni 1913.

An unsere Kölner Mitglieder!

Von einigen Seiten, besonders in der Presse, ist die Anregung gegeben worden, die Industriearbeiter am Montag, den 10. Juni, anlässlich der 35jährigen Regierungsjahre des Kaisers, nachmittags zu betrauen. Es erheben sich gegen diesen Vorschlag doch erhebliche Bedenken, erstens mit Rücksicht auf die daraus sich ergebenden Verhältnisse, dann auch in Anbetracht dessen, daß bei der Menge der Feiertage es nicht im Interesse der Arbeiter liegen kann, die Arbeit an einem halben Tage ruhen zu lassen. Nachdem auch der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Düsseldorf seinen Mitgliedern mitgeteilt hat, daß die maßgebenden Firmen sich geneigt haben, dem auch dort laut gewordenen Wunsch vorbedachter Art aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht Rechnung zu tragen, empfehlen wir unseren Mitgliedern, unter allen Umständen zu vermeiden, daß eine allgemeine Einstellung der Betriebe an dem bezeichneten Nachmittage stattfindet, dagegen denjenigen Arbeitern, die aus triftigen Gründen, z. B. als Mitglied der patriotischen Vereine oder Inhaber öffentlicher Ämter usw. Urlaub zu haben wünschen, diesen zu erteilen, jedoch nicht unter Fortzahlung des Lohnes.

Der 1. stellv. Vorsitzende (923.) D. Rhazen.

Der Geschäftsführer (923.) Paul Steller.

Der 1. Vorsitzende des Scharfmachervereins ist Geheimere Kommerzienrat Vorster, freikonservativer Landtagsabgeordneter, Mitbegründer und hervorragendes Mitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. D. Rhazen ist der Generaldirektor der Deutscher Gasmotorenfabrik.

Selbstverständlich verzichten die sozialdemokratischen Arbeiter gern auf einen Feiertag aus solchem Anlaß. Den patriotischen Arbeitern ist aber zu gönnen, daß sie für die Teilnahme am Jubilieren durch Lohnentziehung bestraft werden sollen.

Die Proletarier mögen sich ein Beispiel an den Großindustriellen nehmen, denen der ganze Jubiläumsumrummel zuwider ist, sobald es an den Geldbeutel geht. Die Herren Scharfmacher werden sich zwar gern an den Festen beteiligen, aber nur, wenn die Tausende Arbeiter in ihren Fabriken inwischen dafür sorgen, daß auch an diesem großen patriotischen Tage der Goldstrom des Mehrwerts keinen Augenblick versiegt!

### Militärische Ehrensurteile.

Das Danziger Kriegsgericht verurteilte den Russtler Winkler zu sechs Jahren und den Russtler Giltroth zu neun Monaten Gefängnis. Beide gehörten dem Infanterieregiment Nr. 128 an. Sie trafen eines Tages auf der Straße einen Unteroffizier, mit dem sie in Streit gerieten. Sie sollen ihn dabei tätlich angegriffen haben, und Winkler hat dabei von seinem Seitengewehr Gebrauch machen wollen! Das Kriegsgericht erkannte wegen Verleumdung und tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten auf die ungeheuer hohe Strafe.



In Königsberg wurde vom Kriegsgericht der Arbeitskolonisten Karl Grabe wegen Achtungsverletzung, Gehorsamsverweigerung und Verleumdung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Es handelt sich hier um einen krankhaft veranlagten Soldaten, dessen Vergehen darauf schließen lassen, daß er unmöglich geistig normal sein kann. Der Sergeant befahl ihm eines Tages, mehr Wasser in seine Waschkübel zu gießen. Darauf erwiderte der Angeklagte, er hätte Wasser genug, und wenn der Herr Sergeant etwas von ihm haben wolle, sollte er ihn melden. Er hat dem Vorgesetzten gedroht, ihn beleidigt und dabei gesagt, ihm seien die Folgen seiner Handlungsweise gleichgültig, es sei ihm ganz egal, ob er ins Zuchthaus komme oder ob er einen Kopf kürzer gemacht werde. Den Unteroffizieren drohte er, sie, falls sie in seine Nähe kämen, mit dem Messer zu erschlagen. Auch dem Oberleutnant gegenüber verweigerte er den Dienst, wobei er sagte, daß er sich der Schwere seines Vergehens bewußt sei.

Man zweifelte nun an seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit und holte das Gutachten eines Oberarztes ein. Dieser stellte den Angeklagten in der Verhandlung als den Typus eines Schizophrenen hin und erklärte, er sei teils infolge Erbbelastung, teils durch Alkoholgenuss degeneriert, freilich meinte der Sachverständige, dieser krankhafte Zustand sei noch nicht so hochgradig, daß der § 51 des Reichsstrafgesetzbuchs anzuwenden sei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis und zwar mit Rücksicht auf die Schwere der Vergehen. Der Anklagevertreter hatte neun Monate Gefängnis beantragt.

### Straßenkämpfe in Konstantinopel.

Konstantinopel, 13. Juni. Die Polizei hatte einen der Mörder des Großwesirs Schewket Pascha in Pera in der Piräusstraße unweit des deutschen Generalkonsulats festgestellt. Bei dem Versuch, ihn zu verhaften, entspann sich heute nachmittags um 3 Uhr ein Feuergefecht, das bis zur Stunde (4 Uhr 5 Minuten) noch anhält. Mehrere Personen sind verwundet worden.

Konstantinopel, 13. Juni. Der Mörder, dessen Verhaftung gemeldet wird, heißt Zia. Bei dem Versuch, ihn festzunehmen, schoß er den Leutnant Hilri, Ordnungsoffizier des Stadtkommandanten Oberst Dscheral, in die Brust und den Untersuchungsrichter Saruel in den Fuß. Das Haus, in welchem sich anscheinend ungefähr acht Personen mit Revolvern und Gewehren verteidigten, so daß Polizei und Militärfeuerwehr es bisher nicht einnehmen konnten, ist überfüllt und gehört einem englischen Untertan. Der englische Botschafter hat jedoch der Polizei das Eindringen erlaubt. Das ganze Stadtviertel ist abgesperrt: mehrere Leute sollen schon getötet sein.

Konstantinopel, 13. Juni. Unter den bei Einnahme des Hauses in der Piräusstraße verhafteten Personen, befindet sich auch der Mörder des Großwesirs, Zia, selbst, sowie der ebenfalls wegen Teilnahme an der Ermordung Mahmud Schewkets gesuchte frühere Rechtsstudent Nazmi.

Konstantinopel, 13. Juni. In Stambul sind heute im ganzen 150 Personen verhaftet worden.

### Die bisherige Untersuchung.

Konstantinopel, 13. Juni. Blättermeldungen zufolge hat die Untersuchung über das Attentat bisher ergeben, daß sich im Automobils befanden: Topal Lewski, der Chauffeur Dschewal, Tschersch Abdurrahman, Sohn des Obersten Nazmi, der im Jahre 1908 außer Dienst gestellt wurde, ein Berufsspieler und ein gewisser Nazmi, dessen Persönlichkeit noch nicht genau bekannt ist und der ein beschäftigungsloser früherer Rechtslehrer sein soll. Bis gestern abend wurden etwa 40 Personen verhört, die Zahl der Schuldigen dürfte etwa 10 betragen. Mehrere Personen, die mit den Schuldigen in Verbindung standen, sind verhaftet worden. Bei der gestern im Hause Topals vorgenommenen Durchsuchung wurden 5 Revolver, eine Menge Patronen und Photographien entdeckt. Topal Lewski war Besitzer eines Kaffeehauses und Mitglied der liberalen Entente. Vor einigen Wochen war er wegen Aufführung regierungsfeindlicher Plakate verhaftet, aber bald wieder freigelassen worden. Sämtliche Individuen, die an der Tat unmittelbar beteiligt waren, gehören den unteren Ständen an.

### Die Situation auf dem Balkan.

#### Die Mächte für die Demobilisierung.

London, 13. Juni. Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben die Mächte sowohl der Türkei als den Verbündeten mitgeteilt, daß eine teilweise Demobilisierung empfehlenswert wäre, um die friedliche Lösung der schwebenden Streitfragen zu erleichtern.

Belgrad, 13. Juni. Die Vertreter der Großmächte überreichten heute mittags der serbischen Regierung die Note, durch welche die sofortige Verminderung der augenblicklichen Kriegsstärken in Anregung gebracht wird.

#### Die Stellungnahme Bulgariens.

Sofia, 13. Juni. Auf bulgarischer Seite wird an dem Standpunkt festgehalten, daß das unbestrittene Gebiet von Serbien geräumt und in der strittigen Zone ein Konventionen errichtet werden muß, bevor ein Schiedsgericht in Frage kommt.

#### Die Cholera im Okkupationsgebiete.

Salonik, 12. Juni. Infolge der zahlreichen Fälle von Choleraerkrankungen, die in den Küstengebieten von Doiran, Cavalla und Serres in den von den bulgarischen Truppen besetzten Gebieten festgestellt wurden, hat die griechische Regierung prophylaktische Maßnahmen ergriffen, um einer Ansteckungsgefahr vorzubeugen. Sie hat eine sanitäre Zone zwischen den bulgarischen und den griechischen Truppen bestimmt und eine fünfjährige Quarantäne für alle aus den verletzten Gebieten herübergehenden Gegenstände angeordnet und hat ferner ein Lazarett eingerichtet. Im Umkreis von 14 Kilometern ist auf der Linie Salonik-Serres zwischen den bezeichneten Punkten keinerlei Verkehr gestattet.

### Angarn.

#### Neuen Kämpfen entgegen.

Aus Budapest wird uns vom 12. Juni geschrieben: Nach dem mit Schimpf und Schande verjagten Panamisten Palács wurde der Panamist und Gewaltmenschen Tisza der Ministerpräsident von Ungarn. Man könnte füglich sagen der Ministerpräsident gegen Ungarn, denn das ganze, außerhalb des Regierungskreises stehende Land erblickt in dieser Ernennung eine Provokation ärgster Art und ein Versuch zur Rettung des auf Diebstahl mit Gewalt gegründeten Regimes der Regierungspartei. Die Korruption, deren nur ein winziger Teil im Prozeß des Dösz-Palács enthüllt wurde und die Gewaltmaßregeln

stehen im Dienste einer Politik, deren einziges Ziel die Verletzung des allgemeinen Wahlrechts ist. Und so ist es kein Zufall, daß der Graf Tisza, der typischste Vertreter der Gewalt- und Schandpolitik, die Verleumdung der wahlrechtsfeindlichen Reaktion ist. Er ist der Hort und die Hoffnung all jener an Zahl Schwachen, aber an politischem und gesellschaftlichem Einfluß starken Gruppen, die die Klassenherrschaft der Gentry und die Rassenherrschaft des magyarischen Adels, die feudale und nationale Unterdrückung unterseht erhalten möchten. Er ist aber auch ihre letzte Hoffnung und ihr letzter Einsatz in diesem Spieleschicksal er sich behaupten können, dann ist die demokratische Entwicklung auf lange Zeit zurückgeworfen; sein Sturz würde aber nicht nur den Zusammenbruch seiner Partei, sondern auch des alten Ungarn bedeuten, dessen repräsentativer Mann er ist. Der Ruf nach dem allgemeinen Wahlrecht wird immer stärker im Lande, es stoßen immer neue gesellschaftliche Schichten zum Wahlrechtshörer und die sich diesem Verlangen entgegenkommende Regierung muß immer zu verwerflicheren und verzweifelteren Mitteln greifen, um dem Sturz abzuwehren. Aber eine jede neue Gewaltmaßregel trägt die Erbitterung in neue Schichten, der Widerstand wächst, die Regierung greift zu noch stärkeren Mitteln und so treibt alles einer Situation zu, wo entweder der Widerstand zusammenbrechen oder aber eine gewalttätige Explosion erfolgen muß: die Existenz der Regierung stellt den Bestand des Staates in Frage. Das Kabinett Tisza bedeutet, daß die Weisheiten, die seit einem Jahre hauptsächlich im Abgeordnetenhaus angewendet wurden, nun auch auf das Land übertragen werden, denn man merkte, daß je unumschränkter die Regierungspartei im Reichstage hauste, um so stärker wurde der oppositionelle Geist im Lande. Nun wird der Graf Tisza versuchen, nach seiner Fassung auch im Lande Ordnung zu machen. In seiner am Donnerstag abgegebenen Regierungserklärung stellte er ein Gesetz gegen die „Jugellostigkeit“ der Presse, ein anderes zum Schutze der Arbeitswilligen und noch etliche betreffend die Reform der Verwaltung in Aussicht. Die Presse muß mundtot gemacht werden, denn die Regierung besitzt trotz ihrer Freigebigkeit keine Presse. Nun wird den oppositionellen Blättern, nicht nur unserem Parteiorgan, scharf zugesetzt. Am Tage der Ernennung des Grafen Tisza wurde das Kolportagericht des verbreitetsten bürgerlichen Blattes (bis 200 000 Exemplare) „Az Est“ entzogen und am Tage der Vorstellung des neuen Kabinetts wurden außer unserem Parteiorgan „Népszava“ auch noch zwei bürgerliche Blätter konfisziert. Die sozialdemokratische Partei bereitet sich auf schwere Kämpfe vor, denn es ist ganz bestimmt, daß die Regierung Tisza gegen die sozialdemokratische Presse und gegen die freien Gewerkschaften einen Feldzug plant, der ein Ringen auf Leben und Tod sein wird.

Aber die Regierung Tisza gefährdet nicht nur die innere Entwicklung Ungarns, sondern ist ein Herz der internationalen Kriegsgefahr. Nicht nur in diesem Sinne, daß sie eine neue (keine) Wehreform ankündigt, sondern auch nach dem sie die brutale Unterdrückung der Rationalitäten fortsetzen, in Kroatien die Suspendierung der Verfassung weiter befürworten und damit die Kriegsgefahr an der südlichen Grenze der Monarchie verlängern wird.

### Ein Knebelgesetz.

Budapest, 13. Juni. Im Abgeordnetenhaus brachte der Justizminister eine Gesetzentwurf ein, in welcher für Majestätsbeleidigungen und für Angriffe auf die monarchische Regierungsform schwerere Strafen als bisher gefordert werden. Die Strafe für Majestätsbeleidigungen soll auf drei Jahre Gefängnis, diejenige für Agitation gegen das Königtum auf fünf Jahre Gefängnis erhöht werden. Die Vorlage wird damit begründet, daß die anfangs unterschätzte Bewegung, die zwar auch heute noch geringfügig sei, einen besonders leidenschaftlichen und rohen Charakter angenommen habe, wodurch eine nachdrückliche strafrechtliche Verfolgung erforderlich geworden sei.

Der bisherige Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Paul Vedeby wurde einstimmig zum Präsidenten gewählt. Die Opposition blieb der Sitzung fern.

### Frankreich.

#### Beschleunigter Offizierskurs.

Paris, 13. Juni. Die Kammer hat heute vormittags den Gesetzentwurf angenommen, nach welchem die im zweiten Jahrgang die Militärschule besuchenden Schüler schon mit dem 10. Juli 1913, die Schüler des jetzigen ersten Jahrganges schon mit dem 1. Januar 1914 nach Ablegung des Schlussexamens zu Unterleutnant ernannt werden können, um dem Mangel an Leutnants und Unterleutnants, der augenblicklich 1400 beträgt, abzuhelfen.

#### Die Beratung des Reiches über die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 12. Juni. In der heutigen Sitzung der Kammer belämpfte General Vedoya die dreijährige Dienstzeit.

Er führte aus, er halte den Bestand von 67 000 Mann in der französischen Armee gegenüber 73 000 Mann in der deutschen Kavallerie für ausreichend; denn sie könnten alle an der Ostgrenze verwendet werden, während die deutsche Kavallerie sich auf die Ost- und Westgrenze verteilen müsse. Die Besetzung Rancus durch deutsche Truppen nach Ausbruch eines Krieges brauche nicht notwendig bedeutliche Folgen zu haben. (Bewegung.) Er glaube nicht an die Möglichkeit eines plötzlichen Angriffs an dieser Stelle oder an einer anderen. Im übrigen würde der Kampf von langer Dauer sein, und die Reservisten an der Grenze könnten in 2 Stunden feldmarschmäßig ausgerückt sein. (Lebhafte Jurelle in der Mitte.)

Vedoya war weiter der Ansicht, man rege das Land auf, mißbrauche die Leichtgläubigkeit des Volkes und seine Unkenntnis militärischer Dinge, indem man von einer plötzlichen deutschen Invasion von 400 000 oder gar 800 000 Mann spreche. Man könne höchstens annehmen, daß starke Recognoszierungsabteilungen die französische Grenze überschreiten würden. (André Leboreur unterbrach den Redner mit dem Ruf: Wort! Widerspruch auf der äußersten Linken.) Vedoya erklärte weiter, zu behaupten, man könne zunächst nicht auf das Bündnis mit Rußland rechnen, hieße den Zusammenbruch dieses Bündnisses konstatieren.

André Leboreur erwiderte, er habe niemals an der Treue und Aufrichtigkeit der Verbündeten Frankreichs gezweifelt. Er könne nicht zugeben, daß man wegen der Unzulänglichkeit des russischen Eisenbahnnetzes von einem Vankrott des Bündnisses spreche. Die Annahme einer Verzögerung der russischen Mobilisierung sei allerdings vielleicht eine pessimistische Hypothese. Hypothesen müßten jedoch stets pessimistisch sein, wenn es die nationale Sicherheit und Verteidigung gelte. (Beifall im Zentrum und bei einem Teil der Linken.)

Henry Paté führte als Berichterstatter aus, niemand denke daran, zu den ungerechten, durch das Gesetz vom Jahre 1905 aufgehobenen Privilegien zurückzukehren, jedoch müsse Frankreich, obwohl es zu den friedfertigsten Staaten zähle, jeder Invasion stierig Widerstand leisten können. Wir wollen lieber die verlangten Opfer tragen, erklärte Paté, als der Vernichtung anheimzufallen, die von der Vertreibung des alldeutschen Traumes ausgeht. (Beifall im Zentrum.) Die Anhänger des Friedens um jeden Preis täuschen sich. Eine neue Katastrophe würde den Sturz des Regimes nach sich ziehen, welches das nationale Interesse nicht gewahrt hat, das allen andern vorangeht.

John stimmte den Rednern zu, die gegen den geringen Nutzen, den man aus dem Gesetz von 1905 gezogen habe, protestiert hätten. Er kritisierte namentlich die Inferiorität der Luftflotte. Kriegsminister Etienne erklärte, daß 12 Luftkrieger in Auftrag gegeben worden seien. John fuhr dann fort und sagte, Frankreich sei in Europa nicht isoliert, aber es sei unerlässlich, daß es so handle, als ob es isoliert sei. Rußland müsse mit Frankreich die Anstrengung teilen, die durch die Vermehrung der deutschen Streitkräfte gefordert werde. Frankreich müsse von Rußland verlangen, daß es die im Jahre 1910 von der Grenze zurückgezogenen Armeekorps wieder dorthin bringe. Rußland könne nicht nur eine Verteidigungsstellung einnehmen. Wenn die Deutschen einen Teil ihrer Heeresverstärkungen gegen Rußland richteten, so sei der Grund mindestens der, daß sie einen plötzlichen Angriff befürchteten. Der Redner wünschte die Verwirklichung des Traums Viktor Hugos von den vereinigten Staaten Europas. Die Kammer beschloß darauf, in der nächsten Woche weitere Sitzungen zur Beratung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit abzuhalten. Dann wurde die Sitzung aufgehoben.

### Interpellation über die Soldatendemonstrationen.

Paris, 13. Juni. Der Abgeordnete für Nancy, Oriant, interpellierte über die Zwischenfälle, die sich anlässlich der Ankündigung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit ereignet haben und richtete eine Anfrage an die Regierung, welche Maßnahmen sie gegen die revolutionären Organe zu ergreifen gedenke. Oriant machte darauf von den Informationen Mitteilung, die er über Demonstrationen erhalten habe, die sich möglicherweise am 24. September bei der Entlassung der Jahresklasse ereignen könnten. (Jurelle auf der äußersten Linken: Das ist eine Denunziation! Jurelle und Widerspruch auf vielen Bänken.) Oriant sagte, die Parole würde sein, daß die Leute sich so stellen würden, als wenn ihre Dienstzeit beendet sei, und würden am 24. September in Zivilkleidung zu ihren Familien zurückkehren. Das würde eine besondere Art von Fahnenflucht sein. (Bewegung und Widerspruch auf der äußersten Linken.)

Der Abgeordnete Clauzet (unifizierter Sozialist) protestierte gegen die Hausdurchsuchungen, die in ganz Frankreich bei angeblichen Antimilitaristen vorgenommen worden seien und dagegen, daß man bei einer Anzahl von Soldaten die Kornisier untersuchte. (Abgeordnete auf der äußersten Linken begleiteten die Rede durch häufige empörte Zwischenrufe.) Der Abgeordnete Collin unterbrach den Redner und sagte, die Regierung komme auf die Maßregeln des verfallenen römischen Kaiserreichs zurück. Clauzet verlas zum Schluß seiner Rede einen Brief, in welchem dem General Bau, der die Untersuchung der Toulouser Zwischenfälle geführt hatte, vorgeworfen wird, er habe ohne Erbarmen die Jugend der Regimente vernichtet.

Ministerpräsident Barthou wandte sich gegen die Worte des Korredners, die auf den General Bau abgezielt waren. Barthou sagte, es sei das Recht des Redners, die Regierung selbst in leidenschaftlicher Weise anzugreifen, aber es sei unmöglich, General Bau wegen der getroffenen Maßnahmen anzugreifen, für welche die Regierung verantwortlich sei und die volle Verantwortung übernehme. (Lebhafte Weifall in der Mitte und auf der Rechten.) Barthou fügte hinzu, General Bau habe die Untersuchung mit tadelloser Kaltblütigkeit, Mäßigung und Unparteilichkeit geführt. (Beifall.)

Clauzet sagte zum Schluß, alle diese Hausdurchsuchungen seien wertlos gewesen.

Die Sitzung wurde sodann auf nächsten Freitag vertagt.

### Portugal.

#### Wieder ein Bombenattentat.

Paris, 13. Juni. Mehrere Blätter veröffentlichen folgende Depesche aus Lissabon: Als sich gestern nachmittag die amtlichen Persönlichkeiten zu einem vom Gemeinderat veranstalteten Festessen begaben, explodierte eine Bombe. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt, ebenso weiß man noch nicht, ob es sich um einen von den Monarchisten angeführten politischen Anschlag handelt.

### Marokko.

#### Die Kämpfe der Spanier.

Paris, 13. Juni. Nach einer Meldung aus Tanger fand gestern nachmittags auch in der Gegend von Arzila ein heftiger Kampf zwischen Spaniern und Marokkanern statt, dessen Ergebnis in den Abendstunden noch nicht bekannt war. Zahlreiche Stämme hätten den Befehl erhalten, sich den Aufständischen anzuschließen. So seien selbst die Eingeborenen der Gebiete von Jhal und Tanger nach Ufar abgegangen.

Madrid, 13. Juni. Nach Meldungen, die das Kriegsministerium aus Marokko erhielt, wurde gestern die Kolonne des Generals Primo de Ribera, als sie sich verproviantieren wollte, in ihrer neudefinierten Stellung bei Laurient in der Nähe der Brücke von Busseja in einen heftigen Kampf verwickelt, dessen Ergebnis noch unbekannt ist.

Der Seepfakt von Cadix telegrophierte dem Marineminister, daß das Kanonenboot „Lauria“ 63 Mann, darunter 13 Verwundete der Besatzung der „Concha“ aufgenommen habe. Der Kommandant der „Concha“ sei auf der Brücke gefallen. Die Marokkaner hätten neun Gefangene gemacht; drei Matrosen würden vermißt.

#### Schwere Verluste der Franzosen.

Rabat, 13. Juni. (Meldung der Agence Havas.) Oberst Mangin, der am 6. Juni in der Richtung auf Assina, wo sich die Truppen Moha Saids befanden, aufbrochen war, mußte mehrere Anhöhen im Sturm nehmen. Die Verluste auf französischer Seite sollen 45 Tote, darunter einen Offizier, und 109 Verwundete betragen. Die französische Artillerie richtete verheerende Verluste in den Reihen des Feindes an. Oberst Mangin ist am 11. Juni nach der Rasbah von Tabla zurückgekehrt.

## Letzte Nachrichten.

### Gegen die Politik des Grafen Tisza.

Budapest, 13. Juni. Im Gemeinderat von Budapest beantragte der Führer der demokratischen Partei, Dr. Vagsonyi, ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Tisza. Bürgermeister Barczy stellte hierauf einen Vermittlungsantrag, in dem die Hauptstadt den Wunsch ausdrückte, daß der leidenschaftliche Kampf der Parteien bald beendet sein möge und die normale Wirksamkeit des Parlamentes wiederhergestellt werde. Die Stadtvertretung fordert ferner die Entwicklung des Staatswesens und die Erhaltung der öffentlichen Freiheiten, widrigenfalls sie im Falle deren Verletzung die Regierung nicht unterstützen könne. Hierauf zog Vagsonyi seinen Antrag zurück, und der Antrag des Bürgermeisters wurde einstimmig angenommen.

### Keine Kursänderung in der türkischen Regierung.

Konstantinopel, 13. Juni. (A. L. B.) Die Ernennung des Bringen Said Halim zum Großwesir zeigt, daß der bisherige Kurs der Regierung beibehalten werden soll: denn Prinz Said besaß wohl im Kabinett am meisten das Vertrauen Mahmud Schewkets, der sich besonders in Fragen der auswärtigen Politik im weitesten Maße auf Said verließ. Prinz Said ist ein europäisch erzogener und europäisch denkender moderner Mann, der Enkel des berühmten Ägypter-Wehmed Ali, ein ergebener Anhänger des Komitees und bei verschiedenen diplomatischen Aktionen erprobt, wie bei den türkisch-italienischen Friedensverhandlungen.



Grosse Posten  
**Damen - Wäsche**  
 Taghemden, Nach-  
 jacken, Beinkleider  
 in versch. Garnierungen **1.45, 1.85**

# A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestrasse      Grosse Frankfurterstrasse      Brunnenstrasse      Kottbuser Damm

## Wurstwaren

Cervelat- oder Salamiwurst .... Pfund **1.40**  
 ff. Leberwurst ..... Pfund **1.10**  
 Jagdwurst ..... Pfund **1.10**  
 Landleber- od. Rotwurst I Pfund **95 Pf.**  
 Schinkenspeck ..... Pfund **1.25 Pf.**  
 Speck <sup>fett</sup> Pfund **78 Pf.** <sup>mager</sup> Pfund **95 Pf.**

Gartenerdbeeren **35 Pf.**

Kirschen ..... Pfund **30 Pf.**

Stachelbeeren <sup>unreif</sup> Pfund **18 Pf.**

Frische Eier <sup>Mandel</sup> **75, 85 Pf.**

Rosenkartoffeln <sup>neue</sup> Pfund **6 Pf.**

Neue Kartoffeln <sup>runde weisse</sup> Pfund **8 Pf.**

Spittelmarkt  
 Belle-Alliancestrasse  
 Gr. Frankfurterstrasse

Hausschürzen mit Volant } Stück  
 Tändelschürzen farbig od. weiss .... } **75 Pf.**  
 Kinderschürzen verschied. Grössen.. } **75 Pf.**

## Lebensmittel

Soweit Vorrat, Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

### Frisches Fleisch

Suppenfleisch .. Pfund **65 Pf.**      Kalbskamm oder Brust Pfund **75 Pf.**  
 Schmorfleisch <sup>m. Knoch.</sup> Pfund **85 Pf.**      Kalbsbug ..... Pfund **70 Pf.**  
 Schweinebauch Pfund **70 Pf.**      Rücken fett ..... Pfund **55 Pf.**  
 Schweineschulterblatt <sup>i. Ganz.</sup> Pfund **70 Pf.**      Liesen ..... Pfund **60 Pf.**

Kassler ..... Pfund **85 Pf.**  
 Junge Gänse ..... Pfund **75, 85 Pf.**  
 Frischer Spargel Pfund **10, 20, 35 Pf.**

Kakao ..... Pfund **68, 95 Pf.**      Kaffee <sup>1/2 Pfund-</sup> **65, 70, 75 Pf.**  
 Haushalt-Schokolade <sup>Pfd.</sup> **68 Pf.**      Himbeersaft <sup>1/2 Flasche</sup> **50 Pf.**  
 Kalte Fruchtsuppen-Pulver gefärbt, in verschiedenem **25 Pf.**  
 Pudding-Pulver <sup>Rote Grütze</sup> gefärbt, in verschiedenem Geschmack ..... **5 Pack 28 Pf.**

## Butter und Käse

Molkereibutter .... <sup>1/2 Pfund-Paket</sup> **60 Pf.**  
 Schweizer Käse ..... Pfund **90 Pf.**  
 Tilsiter Käse ..... Pfund **85 Pf.**  
 Limburger Käse ..... Pfund **50 Pf.**  
 Brie-Käse ..... Pfund **55 Pf.**  
 Romatour Käse ..... Stück **32 Pf.**

Rohrabi ..... Mandel **15 Pf.**

Grüne Bohnen ... Pfund **25 Pf.**

Grüne Gurken <sup>Stück</sup> **15, 20 Pf.**

Zitronen ... Dutzend **40, 50 Pf.**

Junge Schoten ... Pfund **18 Pf.**

Junge Mohrrüben <sup>Bund</sup> **2 15 Pf.**

Brunnenstrasse  
 Kottbuser Damm

## Billige Schürzen

Wirtschaftsschürzen <sup>schwarz od. farbig hübsch garniert</sup> Stück **95 Pf.**      Servierschürzen <sup>weiss, mit Stückerel.</sup> Stück **1.25**  
 Blusenschürzen <sup>hübsch garniert</sup> **95 Pf.**      Teeschürzen <sup>viele Ausführungen..</sup> **1.25**  
 Kleiderreformschürzen **95 Pf.**      Wirtschaftsschürzen <sup>extra weit</sup> **1.25**  
 Rockschrürzen <sup>schwarz Panama, viele Weiten ...</sup> Stück **1.65**  
 Kleider-Reformschürzen <sup>reich garniert</sup> **1.65**  
 Zierschürzen <sup>weiss, mit Stückerelträgern</sup> **1.65**

### Wir empfehlen jedem Zeitungsläser zur Anschaffung: Liebknechts Volksfremdwörterbuch

Dreizehnte Auflage.

Neu bearbeitet, berichtigt und vermehrt unter Berücksichtigung der Rechtschreibung nach dem vereinbarten amtlichen Regelbuch.  
 Preis in Leinwand gebunden Mark 3,20.  
 Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 60 (Laden). 248/15\*

### Ausnahmepreise! Hans A. B. Koch

Kohlen-Briketts-  
 Großhandlung  
 Lagerplatz u. Hauptkontor  
 BERLIN O. 17  
 Büdersdorfer Straße 71.  
 Tel. Amt Königstadt 3040 u. 3090.  
 Ab Platz:  
 1a Bruch-Briketts . . . Ztr. 75 Pf.  
 1a Halbstain-Briketts . . . 85  
 1a Marienglück . . . 90  
 1a Diamant ges. gesch. . . 1.-M.  
 1a Paris des Bergbaus  
 ges. gesch. unüber-  
 troffene Qualität,  
 größtes Format . . . 1.-  
 1a Cadé Marke Diamant . . . 2.20  
 sowie sämtliche anderen Brenn-  
 materialien.  
 Von 5 Ztr. ab billigere Preise.  
 Handwagen stehen meingn werten  
 Abnehmern gratis zur Verfügung.  
 Sonntage von 8-10 Uhr geöffnet.

## 1 Mark Herren- Moden

wöchentliche Teilzahlung  
 Referat elegante  
 fertig und nach Maß!  
 Garantie für tadel-  
 losen Sitz

**Julius Fabian**  
 Schneidermeister  
 I. Geschäft:  
 Gr. Frankfurter Str. 37  
 II. Geschäft:  
 Turmstr. 18 | Klein Laden  
 III. Geschäft:  
 Kottbuser Str. 14  
 Nur 2. Etage



## CIGARETTEN

## Vornehme Herren

**Kleidung**  
 fertig und nach Maß  
 erhalten Sie in der modernen  
 Mass-Schneidererei  
**J. Kurzberg**  
 Gegründet 1898  
 mit ähnlich lautenden Firmen  
 nicht zu verwechseln  
 Auf Wunsch Wochenrate

von **1 Mark** an

Rosenthaler Strasse 36  
 1. Etage,  
 Frankfurter Allee 104  
 Eoko Friedenstrasse,  
 Reinickendorfer Str. 4  
 Weddingplatz.

**Monats-Garderobe!**  
 4-500 getragene Anzüge für  
 Herren: Smoking, Jackett und  
 Gehrock-Anzüge (auch zu ver-  
 leihen), Sommerüberzieher sowie  
 o. Kanallieren getragen, fast neue  
 Sachen (a. Seide), i. jed. Figur pass.  
 in größter Auswahl & unübertr.  
**billigen Preisen.**  
 1 Tr., bedaubt billiger wie im Laden.  
 Hirsch Kieferbaum, Wasserlor-  
 straße 12/13 I

Elegante  
**Herren-Moden**  
 fertig u. nach Mass  
 von **1 Mark**  
 wöchentliche Teilzahlung.  
**S. Boltuch**  
 Frankfurter Allee 75  
 Eingang Tilsiter Strasse

Garbfärbemittel, unschädlich,  
 macht, metallfrei, Gradstärke 0,50,  
 Reichler, Charlottenstraße 5, 11326



Quittung.

Im Monat Mai gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- 3. Berlin N. O. 3. —; durch Grönert S. II 50. —. 5. Weste-Schlachtensee 20. —; Köln Reg. B. 20. —. 6. Kallenberg D.-Schl. 2. 2. —. 13. Bez. Rassel f. 6 Kr. 3. Du. (Klein-Gosheimmar 165,06, Rassel 928,84, Schwewe-Schmalldalen 108,66, Freilar-Hornberg 49,68, Herfeld-Rotenburg 54,96, Waldd-Byrmon 67,74) Sa. 1459,94. 14. 6. Schlesm.-Hofst. Kr. Rest 1912/13 98,59; Bez. Breslau f. 9 Kr. 3. Du. (Gubrah 10,22, Militisch 84,28, Dels 27,62, Bries 84,20, Ohlau 94,44, Reustadt 24,86, Kallenberg D.-S. 2,92, Reihe 23,84, Glogau 42,08) Sa. 349,96; Pommer für 14 Kr. 3. Du. (Anklam-Demmin 23,49, Randow-Greifenhagen 674,25, Ufedom-Bollin 158,06, Stettin 578,48, Pyritz-Saargig 16,65, Raugard-Regenwalde 15,06, Greifenhagen 15,75, Stolp-Lauenburg 39,57, Bütow-Schlave 7,20, Köslin-Kolberg 155,43, Belgard-Schivelbein 11,01, Reustettin 8,91, Stralsund-Rügen 197,16, Greifswald-Schmichen 106,82) Sa. 2002,84; Berlin, gef. v. Tezett, Echloff, u. Schmied, Tezett, Gittiers, Schulz-Tempelhof 50. —; Aus dem Hamburger Echo-Vertrieb 10 000. —. 15. Berlin, Kranz-überich, v. Per. d. Fuhrhof Krall z. L. B. 11. —; v. d. Arb. d. Wagenfabr. Franke, Janseltr. 20. —; 11. jährl. Kr. Rest 1912/13 300. —; Berlin, Dilschardt, d. Fa. Fellschande z. L. B. 10. —; F. R. Z. (Merilo) 10,10. 16. Emden, 1. hannov. Kr. 3. Du. 251,46; Anhalt II 3. Du. 626,61, Bez. Halle Rest f. Schweinitz-Bittenberg 300. —. 17. Berlin, Ueberich, v. Märkt. d. Fa. Israel 31,15, Hamburg f. Winnenidiffer 3. Du. 101,10; Berlin Dr. S. 10. —; Ueberich, v. Märkt. v. d. Fa. Subilatis, Sichtenberg 7,80. 20. Berlin Dr. 2. R. 100. —; Bez. Hannover f. 12 Kr. 2. Halbj. 1912/13 (Donaabrid 235. —, Relle 39,77, Rienburg 113,86, Hannover 3042,50, Garmeln Restbeitr. 1. Halbj. 1912/13 477. —, 2. Halbj. 1912/13 550. —, Hildesheim 337,54, Einbeid 168,14, Göttingen 188,15, Goslar 116. —, Celle-Gifhorn 257,78, Helzen 96,79, Lüneburg 264,60) Sa. 5886,69. 21. Bez. Weiff. Weiffaken f. 8 Kr. 3. Du. (Dortmund-Hörde 2. Du. 1912/13 1617,96, 3. Du. 2016,56, Reddinghausen 649,62, Münster 45,62, Hamm 302,82, Bochum 1242,67, Lüdinghausen-Bezum 2. Du. 90,80, 3. Du. 150,60, Arnberg-Diße 18,20, Abau-Steinfurt 23,48) Sa. 6158,23; Oldenburg I Restbeitrag 1912/13 20. —; 22. Breslau-Land 3. Du. 480,20; Berlin Maches 20; v. d. Koll. d. Mooreichgesellschaft 15. —. 23. Breslau-Land-Neumarkt Restbeitrag 1912/13 113,43; P. L. Bern 100. —. 24. Bez. Brandenburg f. 14 Kr. 3. Du. (Weiprignitz 211,32; Ospreignitz 7,71; Ruppin-Templin 30. —; Prenzlau-Angermünde 69,50; Oberbarnim 136,08, Ostbarnim 506,04, Westbarnim 776,84, Rauch-Belzig 449,40; Friedeberg-Arnswalde 32,16, Landsberg-Goldin 176,78, Jülich-Großen 136,84, Guben-Räbden 324,52, Sorau-Forsit 538,86, Kalau-Ludau 317,88) Sa. 8708,43. 26. P. B. 23 u. P. S. 24 200. —; Berlin v. d. Koll. d. Fa. D. Albernitz 5. —; 27. Bez. Nordbarnim f. 21 Kr. 3. Du. (Rimberg 36,86, Neumarkt 11,70, Reunburg 6,24, Reustadt a. B. R. 74,04, Hof 404,18, Wargreuth 444,40, Jorchheim-Kulmbach 149,54, Kronach 140,92, Bamberg 147,64, Rieneberg 394,35, Erlangen 983,82, Ansbach-Schwabach 313,72, Eichstätt 32,52, Dintelsbühl 49,88, Rothenburg 34,06, Alschaffenburg 150,22, Rittingen 52,66, Lohr 59,94, Reustadt a. S. 33,36, Schweinfurt 265,88, Würzburg 407,92, Summa 7746,45. 28. Berlin, Neue Wasserleitung 5. —; Bez. Görlitz f. 6 Kr. 3. Du. (Grünberg 143,88, Sagan 148,64, Bunzlau-Raben 172,47, Löwenberg 31,62, Görlitz 565,24, Rothenburg-Göhrerwerda 170,66) Summa 1232,51. 29. Lübed 3. Du. 1115,60. 30. Berlin, Ritgl. d. U.-Dr. 2. —; Anbe 3. —; Krüger d. Reinhardt 9,35; Schulz z. L. B. 1. —; Wille z. L. B. 2. —; Kurz z. L. B. 5. —; A. S. 50. —; S. D. 50. —; Hennig-Argentinien 5. —; Gr.-Berlin a. Konto f. 8 Kr. 5000. —; darunter: Alexander f. 6. —; Dost 20. —; Fr. A. 0,08; Kach 5. —; Kranzüberich, d. Arb. d. K. E.-G. Abt. Schapow, Schlegelstr. 12,75; A. B. Mifer 1. —; Verbandsmitgl. d. Buchdr. Trowitz u. Sohn d. Verle 5. —; Schuhmacher v. Rohr u. Speier 15. —; Typographie d. Wählich 3,70; Ottilie Vaader z. L. B. 20. —; A. R. Mofstr. 3,60; Per. d. Buchdr. Sehdel u. Cie 27,80; Verbandsmitgl. d. Buchdr. Liebheit u. Thiesen 20. —; Taschen-Werkstelle v. J. Demuth z. L. B. 10. —; W. Gieshoit 50. —; v. d. Schneidern d. Fa. Horwig u. Co. z. L. B. 15. —; Gutenber 23. —; v. d. Herrenmählschneid. d. Fa. Hoffmann, Friedrichstr. 50/51 50. —; +++ Wähl-fonds 5. —; Schneider d. Fa. Rudolph Herzog 10. —; Schneider d. Genossenschaft „Hoffnung“ 40,80; Kranzüberich, v. Kollegen u. Kolleginnen d. K. E.-G. Ackerstr. Abt. Meister Konneburg 5. —; Ueberich, v. Märkt. v. d. Arb. d. Karosseriefabrik Utermöhle, Gr. Frankfurterstr. 197 16,10.

Berlin, den 11. Juni 1913.

Für den Parteivorstand: Otto Braun, Lindenstr. 3.

Postfachkonto: Nr. 7018, A. Gerich, F. Ebert, D. Braun, Berlin, Lindenstr. 3, beim Postfachamt Berlin.

Reichstag.

161. Sitzung. Freitag, den 13. Juni 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Heeringen, Delbrück. Die Genehmigung zur Einleitung einer Privatklage wegen Verleumdung gegen den Abg. Dr. Haegh (Erl.) wird entsprechend dem Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission nicht erteilt. Der Gesetzentwurf zur Einführung des Gesetzes über den Unterhaltungswohnort in Bayern wird in erster und zweiter Lesung debattelos angenommen. Hierauf wird die

Veratung der Wehrvorlage

fortgesetzt. Abg. Kasten (S.): Auch der Reichslanzler hält die Bewilligung der Wehrvorlage zusammen mit der Dedung für eine einheitliche Aufgabe, die Durchführung der Wehrvorlage ohne die gleichzeitige Bewilligung der Dedungsvorlagen nicht für möglich. In diesem Sinne werden wir mitarbeiten. — Mit den in der Kommission gefassten Resolutionen ist es uns heiliger Ernst; angesichts der großen vom Volke geforderten Opfer war es unsere Pflicht, den Wünschen des Volkes Ausdruck zu geben. Diese Wünsche in die Vorlage hineinzuarbeiten, war selbstverständlich nicht möglich. Die Resolutionen sind aber keineswegs nur Material für den Papierkorb; so einmütigen Wünschen des Reichstages kann sich der Bundesrat und die Militärverwaltung auf die Dauer nicht entscheiden. Der Redner geht hierauf auf die in der Kommission vorgebrachten Wünsche und dort gefassten Resolutionen ein. (Bravo! im Zentrum.) Abg. Rogalla v. Bieberstein (L.): Der Interpretation der Rede des Herrn Reichslanzlers durch den Abg. Waffermann können wir nicht folgen. Der Reichslanzler hat ausdrücklich gesagt, daß er die Lösung der Dedungsfrage mit derselben Entscheidung und denselben Konsequenzen fordert wie die Bewilligung der Wehrvorlage. (Sehr richtig! rechts.) Das entspricht genau unserer Auffassung und auch der Auffassung des gesamten Volkes. (Sehr richtig! rechts, Lachen links.) Den ungeheuerlichen Vorwurf des Abgeordneten Müller-Weinigen, wir wollten die Bewilligung der Wehrvorlage verschleppen, weisen wir auf das allerentschiedenste zurück. Für eine Demotrasifizierung der Armee sind wir unter keinen Umständen zu haben. (Bravo! rechts.) Wir werden einen Eingriff in die Kommandogewalt nicht dulden. (Bravo! rechts, Lachen links.) Nicht nur die Wiederherstellung der gestrichenen Kavallerieregimenter, sondern sogar ihre Vermehrung verlangen wir im Interesse des Volkes, das an der Dis- und Best-

grenze in schwerer Arbeit seine Existenz erwirbt. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Abg. Martin-Dels (Sp.) tritt für die Bewilligung der Kavallerieregimenter mit Rücksicht auf die Gefährdung Schlesiens im Falle eines feindlichen Angriffs ein und bezieht in militärischen Ausdrücken nachzuweisen, daß kein anderes Kampfmittel die speziellen Aufgaben der Kavallerie lösen könne. Eine Ablehnung wäre vor den Wählern kaum zu rechtfertigen. Geben Sie dem patriotischen Schlesien den nötigen Schutz! (Bravo! rechts.) Abg. v. Gamp (Sp.) verlangt das gleiche für Ostpreußen, von wo der zündende Funke von 1813 ausgegangen sei und das bei seiner geringen Volkszahl infolge der hohen Tauglichkeitsziffer die schwersten Opfer für das Heer zu bringen habe. Im Mobilmachungsfalle würden der Provinz alle Arbeitskräfte entzogen und sie wäre der russischen Reiterei ausgeliefert. Wir aber wollen vorsorgen, daß kein Russe denn als Gefangener deutscher Boden betritt. Solchen Grenzschutz kann nur die Kavallerie bieten. (Abg. Ledebour: Also legen Sie Gardebatterie hin!) O ja — wenn Sie das bewirken können — das wäre uns schon recht! Die ostpreussische Viehzucht bedarf des Schutzes. Die Heeresverwaltung sollte jetzt im Jubiläumjahr doch mehr für Ostpreußen tun! Kriegeminister v. Heeringen: Was die beiden Vorredner gesagt haben, ist durchaus richtig. Die Heeresverwaltung ist durchaus sich ihrer Pflicht bewußt, deutschen Boden zu schützen. Geben Sie uns auch die Mittel, dieser Pflicht in vollem Umfang zu dienen, das ist die Bitte, die ich an den hohen Reichstag richte. (Beifall rechts.) Abg. Kießling (Sp.): Wir stimmen für die Vorlage dem deutschen Volk zuliebe. Man tut so, als ob ohne die drei Regimenter nichts bewilligt würde, während wir doch so sehr viel bewilligen! (Sehr wahr! v. d. Sp.) Wenn von den Kavallerieregimentern allein der Schutz des Vaterlandes abhängt, ist es eigentlich unverständlich, daß die Heeresverwaltung sie nicht schon voriges Jahr gefordert hat. Die Notwendigkeit der Kavallerie haben wir ja dadurch anerkannt, daß wir eine sehr erhebliche Vermehrung der Kavallerie bewilligt haben. Kriegeminister v. Heeringen tritt nochmals für die Bewilligung der ganzen sechs Kavallerieregimenter ein. Damit schließt die Debatte. Abg. Ledebour (Soz., persönlich): Der Abg. Gamp-Rasthausen hat auf einen Zwischenruf von mir herleiten zu können geglaubt, daß ich mit seiner Forderung der Vermehrung der Kavallerie übereinstimme. Das ist eine durchaus unrichtige Auslegung. (Große Heiterkeit rechts.) Wir haben nur betont, daß, wenn die Heeresverwaltung eine Verstärkung der Kavallerie an der Grenze für notwendig hält, sie dies Ziel durch eine Verlegung der Gardebatterie aus dem Innern an die Grenze erreichen könne, und daß sie, wenn sie das nicht tue, die hiesigen den militärischen Gründen vorantsetze. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Abstimmung über die vorliegenden Abänderungsanträge ist namentlich. Der Antrag Rogalla v. Bieberstein (L.) auf Bewilligung von acht Kavallerieregimentern wird mit 302 gegen 67 Stimmen bei fünf Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag Waffermann auf Bewilligung von sechs Kavallerieregimentern wird ebenfalls abgelehnt mit 203 gegen 159 Stimmen bei sechs Enthaltungen. Abg. Ledebour: Jetzt kommt die Auflösung. (Heiterkeit.) Vizepräsident: Herr Ledebour, über die Auflösung wird hier nicht entschieden. (Erneute große Heiterkeit.) Der Antrag der Kommission auf Streichung von drei Kavallerieregimentern wird angenommen. Sodann wird Artikel I im übrigen in der Kommissionsfassung angenommen. Der Antrag Albrecht (Soz.), wonach die Übungszeiten der Reservisten so gelegt werden müssen, daß die Enderufenen die Möglichkeit haben, an den Wahlen zum Reichstag und zu den Landtagen teilzunehmen, wird abgelehnt, da auch das Zentrum dagegen stimmt. Hierauf wird über eine Reihe Resolutionen der Kommission abgestimmt. Ueber die Resolution auf Aenderung des Namens des Trains, gegen den unter großer Heiterkeit nur die äußerste Rechte und äußerste Linke des Hauses stimmt, erfolgt Hammersprung. Die Resolution wird mit 188 gegen 128 Stimmen angenommen. Erst bei der nächsten Abstimmung betreten die Konservativen den Saal wieder, worüber große Heiterkeit entsteht, weil das so aufgefahrt wird, als ob die Konservativen beim Hammersprung nicht durch dieselbe Tür wie die Sozialdemokraten gehen wollten! Angenommen werden die weiteren Resolutionen auf Abänderung des Gesetzes über die Unterstützung der Familien von Mobilisierten, über Förderung der Schicksalsbildung der Landwehnmänner, über Erhaltung der Vorschriften betreffend Anstellung von Militärantwärttern durch die Gemeinden, Förderung der freiwilligen Krankenpflege, Ersparrnisse durch einheitliche Uniformierung, Verwendung nicht mehr felddienstauglicher Offiziere für geeignete Stellen und Vermeidung übermäßiger Pensionierungen, sowie Einschränkung des Luxus und Paradenmäßigen. Es folgt die Beratung des sozialdemokratischen Antrags auf

einjährige Dienstzeit

vom 1. Oktober 1915, eventuell Abschaffung der besonderen Vorrechte der Einjährigfreiwilligen in der Ableistung der Dienstpflicht. Die Kommission beantragt nur die Einleitung einer Reform des Einjährigfreiwilligendienstes im Sinne der Zulassung hochschulgebildeter zu fordern. Eine Resolution Abt. (Sp.) will auch hervorragenden Turnern das Einjährigfreiwilligendienst geben, fordert weitere Abschaffung der Privilegierung einzelner bestimmter Truppenkörper nach Garnisonsort, Advancement usw. und will den Reichslanzler ersuchen, die Heeresdienstzeit zu verkürzen. Abg. Dr. Gradnauer (Soz.): Es handelt sich hier um eine Militärvorlage, wie sie seit Gründung des Reiches noch nicht da war. Auch der letzte Mann, der nur irgend wehrfähig ist, soll zur Kaserne herangeholt werden. In der Stunde so ernster Entscheidung ist das eine heilige Pflicht des Deutschen Reichstages, sorgfältig zu prüfen, ob es nicht einen Weg gibt, der es uns in absehbarer Zeit möglich macht, aus diesem Zustand hinauszugelangen, den man schon mehr als Hebermilitarismus bezeichnen muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nach dieser Richtung zielen unsere Anträge. Wir kommen mit ihnen einer Pflicht nach, die wir dem deutschen Volke schuldig sind. Wir sind uns wohl bewußt, daß wir im Reichstag für die Bewilligung des Einjährig-Freiwilligendienstes eine Mehrheit nicht finden werden. Wir wissen, daß viel zu viel tiefwurzelnde Klasseninteressen, veraltete jänsfliche Militäranfassungen eine Vorwärtsentwicklung in dieser Richtung erschweren. Wir glauben aber, daß wir mit unseren Anträgen gewissermaßen das Signal aufgeben, welches die Richtung geben soll, in der in der nächsten Zeit marschiert werden muß. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Im deutschen Volk werden unsere Anträge gut verstanden werden. Wir haben uns nicht auf eine Resolution beschränkt, sondern wünschen die Einfügung der Forderung in die Vorlage, weil solche Resolutionen nach Bewilligung der Vorlage doch meist fremde Wünsche bleiben und im Papierlord des Bundesrats verschwinden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern die Verkürzung der Dienstzeit für alle Mann-

schaften in der Armee auf ein Jahr, zunächst aus Gründen der Gerechtigkeit. Es ist ein ungerechter Zustand, daß die überproze Zahl der jungen Leute die doppelte und dreifache Dienstzeit auf sich nehmen müssen, wie der kleine Teil, der durch die Vermögensverhältnisse der Eltern insstande ist, in einem Jahr seiner Dienstpflicht zu genügen. Die Verkürzung der Dienstzeit würde ferner Hunderttausende von jungen Leuten auf längere Zeit dem wirtschaftlichen Leben wieder zurückgeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das wird der gesamten Kultur-entwicklung Deutschlands und der persönlichen Entwicklung der dabei beteiligten Leute in hohem Maße förderlich sein. Unsere Anträge sind ferner geeignet, den Schutz des Deutschen Reiches zu gewährleisten, ja sogar noch zu verstärken. Die Verkürzung der Dienstzeit wäre auch geeignet, den furchtbaren internationalen Spannungszustand, der ganz Europa belastet, zu mildern und schließlich zu beseitigen. Der Kriegeminister hat es gestern in mißverständlicher Auffassung unserer Anschauungen über die Aufgaben des Heeres so dargestellt, als wollten wir eine Armee, die nur insstande sei, sich im Lande in verhängnisvollen Stellungen gegen einen heranommenden Feind zu wehren. Nein, wir wissen auch, daß eine Armee auch geeignet sein muß, eventuell gegen den Feind vorzugehen. Wenn wir sagen, wir wollen eine Verteidigungsarmee, so meinen wir damit, es soll nicht ein Heer sein, welches durch seine ganze innere Struktur dahin wirkt, daß andere Völker sich stets bedroht fühlen und glauben müssen, es habe aggressive Pläne. Ein Heer mit einer langen Dienstzeit, das ausschließlich dem Kommando einiger weniger hochgehaltener Persönlichkeiten untersteht, sozusagen einen absolutistischen Charakter trägt, ist eine Gefahr für alle anderen Völker. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie fühlen sich von einem solchen Heeren und unvollständigen Heer ständig bedroht. Dagegen sind wir überzeugt, daß eine Armee mit kurzer Dienstzeit mit vollständigen Einrichtungen, wo Bürger und Soldaten eins sind, eine demokratische Armee, die best Friedensgewähr ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Kriegeminister meinte, ein Volkstheer mit kurzer Dienstzeit, ein loses Gefüge, wie er sagte, sei nicht geeignet, einen aggressiven Krieg zu führen. Die Kriegsgeschichte der neuesten Zeit beweist das Gegenteil. Ich verweise nur auf die Erfahrungen im Balkankriege. Die bulgarische und die serbische Armee sind Armeen mit einem sehr militärischen Charakter. Die länger ausgebildeten Mannschaften bilden einen verhältnismäßig geringen Bruchteil des bulgarischen Heeres, und in den Schlachten im Balkankriege hat eine ungeheuer große Zahl von bulgarischen Soldaten mitgekämpft, sind vorgegangen und haben den Feind in seinem eigenen Lande besetzt, die sogar erst in der Kriegszeit selbst ausgebildet worden sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist, daß eine Armee, wie wir sie wünschen, nicht die Verhängnisvolle erfüllen würde, die der Kriegeminister schwarzseherisch an die Wand malte. Die Behauptung, das sei ein loses Gefüge, ist nichts als eine Legende, die die Militaristen sich zurechtmachen, um nur nicht vollkommene Reformen zuzugehen zu müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß eine Verkürzung der Dienstzeit die Konfliktstimmung in Europa beseitigen könnte, ist offensichtlich. Die Wirkung unserer Militärvorlage ist, daß auch in anderen Ländern neue militärische Rüstungen vorgenommen werden. Ja, bei uns sind die Rüstungstreiber sogar schon am Werk, zu behaupten, daß die Rüstungen in Frankreich, die die Folge unserer Rüstungen sind, bereits wieder eine neue deutsche Militärvorlage zur Folge haben müßten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir stehen also vor einer unübersehbaren Entwidlung des Rüstungswesens, wir müssen sogar mit der Möglichkeit rechnen, daß auch bei uns wie in Frankreich wieder eine Verlängerung der Dienstzeit in Aussicht genommen werden könnte. Wohin soll dieser Zustand treiben? Sollen die europäischen Völker schließlich zu einer furchtbaren Katastrophe gelangen? Will man das nicht, dann kann ein Ausweg nur gefunden werden dadurch, daß die Völker zur Verkürzung der Dienstzeit übergehen. Das würde zu einer Abschwächung der gegenseitigen Bedrohungen beitragen. Die Behauptung des Kriegeministers, das Vorgehen Frankreichs sei nicht eine Antwort auf unsere Rüstungen, sondern erfolge aus inneren Gründen, muß ich zurückweisen. Sie wird nicht richtig dadurch, daß auch Herr Engelberger sie in seiner geradezu nationalstischen Hurrarede, die er uns unter Zusammenfassung aller häuslichen Argumente neulich gehalten hat (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), aufstellt. Er wieder auf das Datum der Veröffentlichung unserer Vorlage hin, aber er weiß doch genau, daß schon erhebliche Zeit vorher der Umfang für Heeresforderungen bekannt war. Und wer wollte wohl glauben, daß es möglich wäre, im französischen Parlament eine Mehrheit für die Verlängerung der dreijährigen Dienstzeit zu finden, wenn nicht unsere Vorlage vorhergegangen wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß sind einzelne militärische Stimmen in Frankreich schon in den letzten Jahren laut geworden, die die zweijährige Dienstzeit nicht gebilligt haben. Aber solche Militärtreibereien gibt es doch auch bei uns. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also Frankreich wird durch Deutschland zu diesem unkulturnellen Schritt genötigt. Und es ist zweifellos, daß ein tiefer Groll darüber beim französischen Volk zurückbleiben muß. Eine Verkürzung der Dienstzeit bei uns würde also in Frankreich außerordentlich beruhigend wirken. Eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung wäre es, durch Vereinbarungen mit den anderen Regierungen die Dienstzeit international herabzusetzen. Dann würde das Mißtrauen in allen Ländern gemindert werden, und wir blieben mindestens von weiteren Wehrvorlagen in den nächsten Jahren verschont. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist es nun möglich, die Soldaten in einem Jahre kriegsmäßig auszubilden? Die Fortschrittliche Volkspartei, die noch in der Kommission beantragt hatte, daß die Verurlaubung der Mannschaften schon nach 18monatiger Dienstzeit geübt werden soll, und daß versuchsweise bei einem Infanterieregiment pro Division und bei je einer Kompanie pro Jägerbataillon die Rekruteneinstellung zweimal im Jahre erfolgen soll, ist bedauerlicherweise hier im Plenum von diesem Standpunkt zurückgegangen. (Hört! hört! und Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein solcher Mißschritt macht dem Namen „Fortschrittliche Volkspartei“ keine Ehre. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Hier im Plenum stellt die Volkspartei nur eine allgemeine Resolution auf Verkürzung der Dienstzeit in Anbetracht der besseren körperlichen und geistigen Ausbildung der Jugend und verlangt nur die Vorbereitung der Dienstzeitverkürzung. Eine ganz gleiche Resolution ist schon bei der vorigen Heeresvorlage angenommen worden, sie hat aber nicht im mindesten Früchte getragen, und es ist ein Köhlerglaube, anzunehmen, daß die jetzige Resolution bei der Heeresverwaltung irgend etwas erreichen wird. (Lebh. Zust. v. d. Soz.) Der Kriegeminister erklärt zwar seine Sympathie für die Ausbildung der Jugend, aber auch, daß selbst eine noch so fortgeschrittene Jugendpflege mit einer Verkürzung der Dienstzeit noch lange nichts zu tun habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da wären die Herren Fortschrittler doch zu empfehlen, sich das Zentrum zum Muster zu nehmen, das sofort mit der Ablehnung der ganzen Vorlage droht, wenn seinen Wünschen irgendwie nicht entsprochen werde. Aber diesen Mut hat die Volkspartei offenbar nicht! Der Resolution der Volkspartei ermangelt jedes bestimmten Inhalts, sie fordert keinen bestimmten Zeitpunkt für die Einleitung der Vorbereitungen der besseren körperlichen Ausbildung; sie belagt also im Grunde gar nichts. Meine Freunde haben stets eine bessere Fürsorge für die Jugend verlangt; speziell eine Verbesserung der Fortbildungsschule fordern wir, um für das körperliche und geistige Wohl besser zu



forzen. Die bürgerlichen Parteien lassen sich aber bei ihrer Fürsorge für die Jugend von politischen Tendenzen leiten, sie wollen die Jugend in bestimmtem politischen Sinne beeinflussen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist auch falsch, wie die Freisinnigen es wollen, die Verkürzung der Dienstzeit abhängig zu machen von ungeheuren Umgestaltungen im Schulwesen; nein, heute schon ist die Verkürzung der Dienstzeit zu fordern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das außerordentlich viel unnützes im heutigen Heerwesen vorhanden ist, hat in der Kommission der Kriegsmittel selbst zugegeben. Er sagte, viel Ballast ist bereits über Bord geworfen. Dieser Ballast wurde früher stets als „unbedingt nötig“ bezeichnet. Weiter sagte der Kriegsminister, 1/2 der Ausbildungszeit wird benutzt zur Heranbildung selbständiger Soldaten, nicht mehr zur Heranbildung von Paradevolk, wie in früheren Zeiten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er gibt also zu, daß 1/2 der Dienstzeit auch heute noch in überflüssiger Weise verwendet wird. (Widerspruch rechts, Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Kriegsminister berief sich auch auf das Schießreglement der Schweiz und rühmte die Schweizer Soldaten. Er hat übersehen, daß es in der Schweiz nur eine Ausbildungszeit von 66 Tagen gibt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn sogar der Kriegsminister sich auf die Strammheit der Schweizer Wehrmänner beruft, so beweist das doch wahrlich, daß die 66 Tage Ausbildung samt den späteren Übungen genügen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

**Drill und Griffelkloppen bildet die Soldaten zu Automaten** — der Krieg braucht aber Selbständigkeit, das erkennen alle Militärs von Einsicht an. Der Drill beeinträchtigt die Kriegstüchtigkeit eher, während die Ausbildung für den Dienst im Gelände auch die notwendige Disziplin gibt. Der Drill macht die Körper steif und die Köpfe dumm, statt die Soldaten geschmeidig zu machen. Auf taubelose Gewehrtrage und Präsentieren, Anieburchrücken usw. wird heute das Hauptgewicht gelegt und sogar ein starr konserverbatter Oberst erklärt, daß dies auf Kosten der Kriegsmöglichkeit geht. Im Offiziersreglement erfordern die Vorschriften über Präsentieren, Frontmarchen usw. den Raum von Seiten. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Hört! hört! Keiner blöde!) Beim 1. Garderegiment z. B. in Potsdam wird der vor 150 Jahren ablich gewesene ritterliche Paradegriff geübt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wochen sind nötig, um das einzubringen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Standal! Kriegsmöglichkeit!) Ich frage den Kriegsminister, ob das zur Kriegsmöglichkeit gehört und ob das etwa bei der ganzen Garde eingebracht wird?

Wenn das so ist, so ist das ein klassisches Beispiel dafür, wieviel Trübsal und Unsinnes im heutigen Heerwesen noch herrscht. In diesem ungeliebten Drill liegt auch

die Wurzel der schändlichen Soldatenmißhandlungen, die Sie nicht los werden, wenn Sie die Axt nicht an die Wurzel des Übels legen. Bei den Geländebesuchen, wo nicht auf Parade-Drill gesehen wird, kommen Soldatenmißhandlungen nicht vor. Man sagt, der Drill ist nötig, um die Disziplin aufrecht zu erhalten. Dadurch erzielen Sie nur eine mechanische Disziplin, die durch Furcht und Schreden die Soldaten zu willenlosen Figuren erzieht. Wir aber wollen eine Disziplin, die auf Freiwilligkeit und Berufs- freudigkeit beruht. Sie wollen die Soldaten in der Kaserne von dem übrigen Volk abschließen, namentlich von einem freizeithlichen Volksleben wollen Sie die Soldaten loslösen. Um dies Ziel zu erreichen, dazu freilich braucht man den heutigen Ausbildungsmobus. Mit dem inneren Feind hat die Vorlesung nichts zu tun, sagte der Kriegsminister, dazu genüge die Polizei, meinte er. Auf unsere Jurur über Mansfeld und das Ruhrrevier korrigierte er sich und meinte, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sei unter Umständen Militär notwendig. Manche Leute sehen die öffentliche Ruhe schon gefährdet, wenn irgendwo ein kleiner Streit ausgebrochen ist. In Mansfeld und im Ruhrrevier haben die Arbeiter die öffentliche Ordnung nicht gestört, und die Verewnung der Soldaten dort war verwerflich, ist eine Schandtat und Schande. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Natürlich behaupten wir nicht, daß diese neugeforderten 115 000 Soldaten gegen Volksunruhen gebraucht werden — aber man will einen immer größeren Teil des Volkes in der Armee „brau“ machen und zum Gehorham erziehen. Diese „Erziehungsbefähigung“ zu „guten, patriotischen Männern“ hat der Kriegsminister selbst als einen Hauptzweck dieser Vorlesung erklärt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Patriotisch und national hat bei der Armeeverwaltung nicht den Sinn, in dem wir alle Freunde unseres Vaterlandes sind, sondern man versteht darunter die Aufrechterhaltung aller heute herrschenden Ungerechtigkeiten und den Gehorham dagegen! Man will die Soldaten auch nachher noch in der Hand behalten gegen die Befreiungen und das freizeithliche Aufsteigen des Volkes. Nicht wir haben doch das Wort vom „inneren Feind“ geprägt, sondern der sein Jubiläum feiernde oberste Kriegsherr, der die Soldaten aufforderte, gegen den inneren Feind vorzugehen. Es läßt sich auch bald das Jubiläum jener Kaiserrede vom 28. 11. 1891 an die Garderekruten, daß sie auf seinen Befehl auch auf Verwandte und Brüder, auf Geschwister und Eltern — nach einer damals vom konservativen „Volk“ verbreiteten Lesart — schießen müßten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Worte, die in Millionen Arbeiterherzen widerhallen, zeigen uns das wahre Wesen des heutigen Militarismus und seiner „Erziehungsarbeit!“ (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ein klassisches Zeugnis dafür, daß die Dienstzeit verkürzt werden kann, ist das

**Privileg der Einjährig-Freiwilligen.** Wenn die Dienstzeit nicht verkürzt werden wollen, ist es Ihre Pflicht und Schuldigkeit, mindestens dieses Privilegium zu beseitigen. In Italien besteht eine starke Bewegung dafür, und in Frankreich würde bei der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit das Privileg sicher nicht wieder eingeführt werden. Wenn jetzt 115 000 junge Leute mehr als früher eingestellt werden, ist es unvermeidlich, daß viele Leute, die mindestens an der Grenze der Tauglichkeit stehen, 2 und 3 Jahre dienen müssen, während sehr kräftige und gesunde junge Leute der belizenden Klasse nach wie vor nur ein Jahr zu dienen haben.

Die Resolution des Zentrums fordert die Einleitung von Reformen, wonach auf Grund einer besseren Fachausbildung Leute zum einjährigen Dienst zugelassen werden. Das ist keine wirkliche Reform. Auf Grund des sogenannten Kunstparagrafen ist das heute schon möglich. Die betreffenden jungen Leute haben sowohl im Oer wie auf den Kunstschulen eine schwere Stellung. Diese ganze Resolution bedeutet nur Sand in die Augen des Volkes. In der Kommission sagte der Kriegsminister, die Einjährigen würden nicht genügend ausgebildet. Diesen Nachteil müsse man aber hinnehmen, weil man den belizenden Klassen die zweijährige Dienstzeit als

zu große Belastung nicht zumuten dürfe. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und das sagt man angesichts einer Vorlage, die dem Volke so ungeheure Opfer zumutet. Das beweist deutlich, wie der Patriotismus jener Kreise um so höher steigt, je mehr Vorteile sie haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Hier gibt es nur ein Entweder — Oder. Entweder können die Einjährigen richtig ausgebildet werden, dann ist die Verkürzung der Dienstzeit für alle möglich. Oder die einjährige Dienstzeit reicht zur Ausbildung nicht aus, dann muß das Privileg aufgehoben werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Würden die Söhne der Belizenden dann mit den anderen zusammen in der Kaserne leben müssen, dann würde der Ruf nach Verkürzung der Dienstzeit auch von diesen Kreisen mit Energie erhoben werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern gleiches Recht für Alle und haben dabei die Mehrheit des deutschen Volkes auf unserer Seite. Lehnen

Sie unsere Anträge ab, so geben Sie uns Gelegenheit, Ihre Volkseinsicht vor dem ganzen Lande zu zeigen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Rufen rechts, erneutes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf vertrat das Haus die Weiterberatung auf Sonntag abend 11 Uhr. Schluß 5/4 Uhr.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für die beiden Reichstagswahlkreise Breslau-Ost und -West hielt am Donnerstag seine Generalversammlung ab, in der der Bericht über die neun Monate dauernde Geschäftsperiode gegeben wurde. Mit Beginn der Berichtperiode wurde das Vertreter-System eingeführt, daß sich bisher gut bewährt hat. Der Verein mit seinen 24 Distrikts- und über 300 Bezirksführern zählt zurzeit 9570 Mitglieder, darunter 1597 weibliche. Ein zeitweiser Rückgang von 445 Mitgliedern ist inzwischen schon wieder ausgeglichen. In 9 monatlichen Distriktsversammlungen wurden regelmäßig belehrende Vorträge gehalten. Außerdem fanden statt 1 Generalversammlung, 4 Vertreter- und 3 allgemeine Mitgliederversammlungen und eine Anzahl öffentlicher Volksversammlungen. Flugblätter wurden insgesamt 364 500 und 1500 Broschüren verteilt. Auf dem Gebiete der Frauenbewegung wurde eine rege Agitation entfaltet. In 6 Frauenabenden, von denen jeder 8—8 Versammlungen umfaßte, wurden eigens für die Frauen geeignete Themen behandelt. Bei den Stadtverordnetenwahlen konnten drei Mandate behauptet und vier neue dazu gewonnen werden. Die Kosten der Stadtverordnetenwahl betragen 6144,12 M. Die Bibliothek erfreute sich steigender Benutzung. Jetzt ist eine Zentralbibliothek für Breslau mit einem besondern Bibliothekar errichtet worden. Die polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen gegen Angehörige der Breslauer Arbeiterbewegung sind enorm. Insgesamt wurde erlauft auf 40 Monate, 20 Wochen und drei Tage Gefängnis und 2002 M. Geldstrafe. Die Vereinskasse verzeichnete in der Berichtzeit 32 132,53 M. und verausgabte 20 555,06 M., so daß ein Bestand von 2577,47 M. verbleibt. Für den Wahlfonds gingen extra 5899,37 M. ein. Die „Volkswacht“ konnte in der neunmonatigen Berichtzeit 17 000 M. erbringen und ihren Abonnentenzahl trotz der großen Arbeitslosigkeit in Breslau halten. Ihr Strafkonto wurde durch die Justiz mit 2700 M. und drei Monaten Gefängnis belastet. Der Bildungsausschuß veranstaltete in der gleichen Zeit 1 wissenschaftlichen Vortragskursus über drei Abende, 2 wissenschaftliche Einzelvorträge, 19 Volksvorstellungen mit den besten Kräften der Breslauer Theater, einen Unterhaltungsabend und eine Fäherung durch eine Bilderanstalt und eine Wandschmuckausstellung. Außerdem wurden auf Veranlassung des Bildungsausschusses 25 000 Merkblätter zur Aufklärung über Verhütung von Geschlechtskrankheiten verbreitet.

In die Verichte schloß sich eine längere sachliche Debatte. Die Vorstandswahlen wurden wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Eine Wahlkreis-Konferenz für den Reichstagswahlkreis Kattowiß-Jabrze tagte Sonntag in Kattowiß. Vertreten waren Kattowiß durch 7, Jabrze 4, Jaborze 3, Bouldorf, Laurahütte und Reudorf durch je 2 Delegierte. Der Bericht der Kreisleitung hebt hervor, daß die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen so gut wie ausgeschlossen ist, selbst in den Orten, wo sogenannte „liberale“ Bürgermeister als Polizeichefs die Verkürzung darüber haben. Deshalb haben in der Berichtzeit im ganzen nur 23 öffentliche Versammlungen stattgefunden. Die Agitation ist dadurch ungebührlich erschwert und in der Hauptsache nur auf die Verteilung von Druckschriften und den persönlichen Verkehr angewiesen. Verteilt wurden 140 000 Flugblätter und 25 000 Volkskalender. Der Zuwachs an Mitgliedern ist wegen der großen Arbeitslosigkeit gering. Der Mitgliederwechsel aus dem gleichen Grunde sehr stark. Gegenwärtig zählt der Kreis 671 Mitglieder. Die Einnahmen und Ausgaben betragen bei 112,12 M. Kassenbestand 3294,64 M. Die Aufstellung des Reichstagskandidaten wurde wegen der Schwierigkeiten mit der P. S. S. bis nach dem Parteitag in Jena vertagt, dem bekanntlich ein Antrag aus Bruchens-Lamowitz wegen Schaffung einer Einheitspartei vorliegt.

Als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Oels—Groß-Wartenberg wurde von der am Sonntag stattgefundenen Wahlkreis-Konferenz Genosse Redakteur Karl Dionsch-Wreslau aufgestellt.

Der erste braunschweigische Reichstagswahlkreis, Braunschweig-Stadt und Land und Kreis Blankenburg a. O., zählte am 31. März d. J. 9927 Mitglieder, darunter 1681 weibliche, gegen 9498 Mitglieder am 30. Juni v. J. mit 1604 weiblichen. Die Stadt Braunschweig zählt 7779 Mitglieder gegen 7616 im Vorjahre, das Land 2148 gegen 1870 im Vorjahre. Der „Volkshilfsbund“ hat im Kreise 10 985 Abonnenten, die „Neue Zeit“ 87, die „Gleichheit“ 404, der „Wahre Jacob“ 2881. Der Volkshilfsbund-Kalender wie die Monatschrift „Empor“ wurde unentgeltlich verbreitet. Sozialdemokratische Gemeindevertreter zählte der Kreis 78 in 33 Orten gegen 66 in 26 Orten im Vorjahre.

## Der Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

für das Jahr 1912 ist in Form eines dicken Buches von 768 Seiten Stärke erschienen; er wurde außerdem auch der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ einige Nummern hindurch als Beilage gegeben. Wir fürchten, daß die unheimliche Stärke des Jahresberichts die meisten Interessenten abhalten wird, ihn auch nur teilweise zu lesen. Etwa 250 Seiten werden allerdings von umfangreichen und vielgestaltigen Tabellen eingenommen, die in der üblichen Weise umfassende Auskunft nicht nur über den Stand und die Entwicklung der Konsumvereine, sondern über das Genossenschaftswesen überhaupt geben. Die Sammlung und Bearbeitung umfangreichen Tatsachenmaterials gibt diesem Jahresberichte den Hauptwert; er wird dadurch zu einem sehr brauchbaren Genossenschafts-Handbuche. Einige Textkapitel aber sind entschieden zu sehr in die Breite gehend gehalten, sie könnten kürzer, weniger ungeschweigt sein, ohne daß das Werk an praktischem Wert einbüße, an Raum würde aber gewonnen, dadurch sicher eine bessere Lesbarkeit erzielt und dem Buche wird der Charakter eines „Berichts“ nicht allzusehr genommen.

So steht z. B. das erste Kapitel: Nahrungsmittelsteuerung und Konsumgenossenschaften mit einem „Jahresbericht“ doch nur in einem ganz losen Zusammenhange. An sich ist das Thema (bearbeitet von Dr. A. Müller) selbstverständlich äußerst wichtig und aktuell. Solche Fragen könnten und sollten jedoch in besonderen Broschüren behandelt werden, die sich als selbständige Arbeit darstellen, für die der Verfasser auch persönlich die Verantwortung zu übernehmen hat. Im Jahresbericht können sie aber leicht als offizielle Meinung des Zentralverbandes angesehen werden, was bei Meinungsverschiedenheiten über diese und jene Frage innerhalb der Konsumvereinebewegung leicht zu Ferkümmern und Differenzen führen kann, die anders leicht zu vermeiden sind. Wenn man schon Geschicklichkeit beweisen will, braucht das ja nicht unbedingt im Jahresbericht zu sein, der schwierige theoretische Arbeiten nicht gut verträgt, wenn er seinem eigentlichen Zwecke entsprechen soll.

Nur für sich genommen stellt das an erster Stelle stehende Kapitel eine sehr eingehende und vielfältige Untersuchung der wichtigen Frage dar. Auch hier ist viel Tatsachenmaterial mühsam zusammengetragen und übersichtlich bearbeitet, ohne wohl den Anspruch zu

erheben, lückenlos zu sein. Die Arbeit ist in der Hauptsache eine statistische. Sie zeigt die verschiedenartigen Einflüsse, die bei der Preisbildung und der Teuerung der Waren mitwirken. Die Zahlen der amtlichen Statistiken verschiedener Großstädte, nationaler und internationaler Länder usw. werden verglichen und beleuchtet, woraus der Schluß gezogen ist, daß die Teuerung seit 1895 eine internationale Erscheinung ist, die in den meisten Kulturländern wirkt, wenn auch in den einzelnen sehr verschieden. Für die Ursachen der Teuerung werden meist Auslassungen aus amtlichen Quellen benützt, die aber wohl doch nicht ohne größte Vorsicht zu gebrauchen sind. — Als eine der Ursachen der Teuerung werden die wirtschaftlichen Kartelle und Trusts angegeben. Das ist ja bekannt und es kann nicht bestritten werden, daß ihnen gegenüber auf dem Gebiete der Warenverteilung eine gute Konsumentenorganisation Nützlich für die Warenverbraucher zu leisten vermag. Ginge-wiesen wird auch darauf, daß die Lohn erhöhungen für Arbeiter und Beamte meist nicht die Ursache der Teuerung mancher Produkte sind — wie die Unternehmer oft behaupten —, sondern umgekehrt eine Folge derselben. Die Rolle, die die Schutzzölle gerade bei der Teuerung der wichtigsten Lebensmittel spielen, ist recht knapp behandelt. Soweit es sich um gesetzliche Maßregeln gegen die Teuerung handelt, hätten sich die Konsumvereine nicht darum zu kümmern, sagt der Verfasser; das sei Sache der politischen Parteien. Hier kommt der bekannte überspannte Neutralitätsstandpunkt zum Ausdruck. So ganz gleichgültig kann es den Konsumvereinen doch wohl nicht sein, ob nach der Richtung hin etwas und was geschieht. Der Verfasser meint aber, für sie genüge es, wenn ein Genossenschaftsgesetz bestehe, das den Konsumvereinen weitesten Spielraum gewährt und sie vor ungerechtem Steuerdruck schützt. Wenn er sich jedoch unter den politischen Parteien, auf die er verweist, umsieht, so wird er finden, daß in Deutschland nur eine Partei für diese Forderung eintritt: die sozialdemokratische. Und die Konsumvereine werden es in Zukunft vielleicht noch oft nötig haben, sich zur Vertretung ihrer Interessen in den Parlamenten auf die wirksame Hilfe der Sozialdemokratie zu stützen. Andere Wirtschaftsgruppen — z. B. die Landwirte und ihre Genossenschaften — verstehen in dieser Hinsicht ihre Interessen viel besser zu wahren und sie sind weniger schüchtern, wenn es gilt, die Partei in Anspruch zu nehmen, die ihnen am nächsten steht. Damit reden wir keineswegs parteipolitische Betätigung der Konsumvereine das Wort. Wenn es aber ein Gebiet gibt, wo politische und wirtschaftliche Interessen der Rinderbewirtschaften eng ineinanderstrahlen, dann ist es das der Lebensmittelteuerung. Das muß natürlich auch zum Ausdruck kommen in den beiderseitigen Organisationen.

Ueber „Wirtschaftliche Kämpfe der Genossenschaften“ schreibt ebenfalls Dr. Müller. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Konsumvereine geradezu von Feinden umringt sind, dann wird er in diesem Kapitel geliefert. Die Feindschaft in bürgerlichen Kreisen gegen sie wächst mehr und schneller, als die zu bemerkende Einsicht und Toleranz gegenüber den Arbeitergenossenschaften. In der Hauptsache gipfelt die Betrachtung in eine Auseinandersetzung mit den mittelstandsreiterischen Bestrebungen weiter Kreise des Bürgertums. Es enthält auch einen Abschnitt über die „Stellungnahme der politischen Parteien zur Genossenschaftsbewegung“. Da steht u. a. folgender sonderbare Satz (Seite 170): „Nichts kann den Konsumvereinen angenehmer sein, als die Feststellung der Tatsache, daß die politischen Parteien sich wenig oder gar nicht mit dem Konsumvereinswesen beschäftigen.“ Es dürfte doch auch dem Herausgeber des Jahrbuchs nicht unbekannt sein, daß sich die sozialdemokratischen Organe, die Presse, die Organisationen, die parlamentarischen Fraktionen, fast ununterbrochen mit den Konsumvereinen „beschäftigen“. Und zwar indem sie für deren Weiterentwicklung unter den organisierten Arbeitern arbeiten, sie den Behörden und der Gesetzgebung gegenüber schützen und vertreten usw. Man wird doch aber nicht etwa die groteske Behauptung aufstellen wollen, daß dies den Konsumvereinen nicht angenehm oder auch nur gleichgültig sein kann. Es würde der nötigen Neutralität kaum schaden, dem gegenseitigen guten Einvernehmen aber nur nützen, wenn endlich einmal auch in der Literatur des Zentralverbandes mit ein paar anerkennenden Worten auf diese Tatsache hingewiesen würde. Hat sie fort und fort indirekt zu verleugnen. Umso mehr, da eine derartige Vogelstraußpolitik ganz ungeschicklich und wirkungslos bei denen bleibt, auf die sie berechnet ist. Wird doch neuerdings der sozialdemokratische Charakter der Konsumvereine auch daraus konfirmiert, daß sie mit den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften in enger Fäherung sind. Daß der „Jahresbericht“ z. B. auf Seite 171 und 205 dem „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“ eine auszuweisen sucht, läßt fast eine Voreingenommenheit des Verfassers gegen die Sozialdemokratie vermuten.

Gegenüber den ersten beiden Kapiteln ist das dritte von Dr. Maier über „Die Besteuerung der Konsumvereine“ zu kurz gekommen. Für dieses außerordentlich wichtige und stark aktuelle Gebiet wäre etwas mehr Ausführlichkeit wohl am Plage gewesen. Neu organisiert ist die Verlagsanstalt des Zentralverbandes, worüber näheres gesagt ist. Im übrigen handelt es sich um Verichte über die Unterhaltungskasse, die Tätigkeit des Tarifamts, der Fortbildungskommission und ähnliches. Die wichtigsten Zahlen über die Entwicklung des Zentralverbandes und seine einzelnen Einrichtungen im Berichtsjahre wurden bereits früher bekannt gegeben.

Die Bewegung marschiert kräftig vorwärts, dank dem Interesse, das ihr die organisierte Arbeiterschaft in der neueren Zeit entgegenbringt. Die Konsumvereine des Zentralverbandes sind proletarische Organisationen durch und durch. Gerade dieser Umstand gibt ihnen einen hohen sozialen Wert und die Gewähr weiterer guter Entwicklung.

## Tit der Arbeiterturnerbund ein politischer Verein?

Von weittragender Bedeutung für alle dem Arbeiterturnerbunde angeschlossenen Arbeiterturnvereine ist ein Prozeß, der am Donnerstag zum wiederholten Male das preussische Oberverwaltungsgericht beschäftigte. Mehr als 60 weitere Prozesse von Arbeiterturnvereinen schweben beim Oberverwaltungsgericht. Sie sind vorläufig zurückgestellt. Bei allen handelt es sich um dieselbe große Frage, nämlich darum, ob der Arbeiterturnerbund (Zentral-Club Leipzig) ein politischer Verein sei und ob schon deshalb die ihm angeschlossenen Arbeiterturnvereine als politische Vereine angesehen wären. Das wird nämlich von den Polizei- und Verwaltungsbehörden behauptet. Und auch der Regierungspräsident zu Potsdam hatte das behauptet und hatte in den beiden jetzt zur Verhandlung gelangten Sachen gebilligt, daß die zuständigen Amtsvorsteher die „Freie Turnerschaft Straalen“ und den Turnverein „Vorwärts“ zu Trebbin für politisch erklärt hatten, um sie den Vorschriften des Reichsvereinsgesetzes über politische Vereine zu unterstellen. Dazu gehört bekanntlich außer der Einreichung von Statuten und Verzeichnisse der Vorstandsmitglieder auch, daß keine jugendlichen Personen in politische Vereine aufgenommen werden dürfen. Das charakterisiert besonders die Bedeutung der Prozesse. Die Vorsitzenden Schilling (Straalen) und Knorr (Trebbin) hatten gegen den Regierungspräsidenten. Es ist schon einmal verhandelt worden, eine ganze Anzahl von Reklamationen sind herangeholt und sehr ausführliche Schriftsätze gewechselt worden. Ein Kommissar, zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses vom



Minister des Innern ernannt, hat sich ebenfalls eingehend schriftlich geäußert. In Gegenwart des Kommissars, Herrn von Bergen, wurde nun am 12. Juni neu verhandelt.

Rechtsanwalt Wolfgang Deine trat als Vertreter der beiden Kläger, nach Erörterung seiner Beweisangebote bezüglich des völlig unpolitischen Wirtens der beiden örtlichen Arbeiterturnvereine, in sehr ausführlichen Darlegungen der Auffassung der Behörden, die sich mit der des Kommissars deckt, entgegen: Daß der Arbeiterturnbund überhaupt kein politischer Verein sei, ergebe sich bereits aus den Ausführungen des Kriminalkommissars Hirsberg zu Leipzig, der den Arbeiterturnbund, der ja seinen Sitz in Leipzig habe, seit Jahren beobachtet und noch erst kürzlich zu dem Ergebnis gekommen sei, daß der Arbeiterturnbund keine politische Tätigkeit entfalte. Wenn nun die schriftlichen Darlegungen des Kommissars zurückgriffen auf die Entstehungsgeschichte des Arbeiterturnbundes, so zeige gerade diese, daß es nicht um eine politische Gründung handele. Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts sei es für die Arbeiter immer schwieriger geworden, in der Deutschen Turnerschaft zu bleiben, und zwar, weil diese sich immer mehr ins politische Fahrwasser begab und unaufhörlich Demonstrationen für konservative Politik und gegen andere Richtungen veranstaltete. Dazu kamen Anträge, Sozialdemokraten auszuscheiden. Das Wunder, daß Arbeiter, die etwas auf sich hielten, nicht mehr dabei sein wollten. Viele wurden auch ausgeschlossen. Ganz natürlich gründete man sich selber Vereine. Dies zog weitere Kreise, und zur Förderung der Bewegung auf Schaffung selbständiger Arbeiterturnvereine bildete sich der Arbeiterturnbund. Man könne vielleicht davon sprechen, daß das Ueberhandnehmen der politischen Wirksamkeit in der „Deutschen Turnerschaft“ mit ein Anlaß wurde, Arbeiterturnvereine zu gründen. Aus diesem Anlaß könne man aber nicht auf einen politischen Zweck der Arbeiterturnbewegung schließen. Wenn man dann auf die von der „Deutschen Turnerschaft“ ausgehenden Denunziationen gegen die Arbeiterturnvereine damit antwortete, daß doch auch andere Arbeiter ausscheiden sollten, so sei das auch ein ganz natürlicher Vorgang. Man konnte ja auch mit Recht sagen, daß im Gegensatz zu der Deutschen Turnerschaft in den Arbeiterturnvereinen niemand wegen seiner politischen Ansicht verstoßen werde. Ein anderer Anlaß für den Fortschritt der Arbeiterturnvereine sei der immer härter hervortretende soziale Gegensatz und der Gegensatz in den ganzen Lebensverhältnissen. Würde würde es sein, aus dieser Entwicklung schließen zu wollen, daß die beteiligten Arbeiter so gehandelt hätten, um die Sozialdemokratie zu fördern. — Weiter sei verwiesen worden auf den Vertrag, den die Zentralstelle für die arbeitende Jugend mit dem Arbeiterturnbunde abgeschlossen habe. Dieser Vertrag diene nur der Förderung von Spiel, Turnen und gesunder Bewegung in freier Luft. Ja, werde das denn zu einer politischen Angelegenheit, wenn die Zentralstelle für die arbeitende Jugend sich darum bemühe? Doch wohl keineswegs! Es müsse überhaupt entschieden der Erwägung entgegengetreten werden, daß eine unpolitische Sache zu einer politischen werde, wenn eine politische Partei oder eine Institution, die mit einer solchen in Verbindung gebracht werde, jene Sache fördere. Denn sonst müsse die Einschränkung der Trinkstätten und des Alkoholkonsums auch eine politische Angelegenheit sein, da es keine politische Partei gebe, die sich diese Ziele nicht auch angelegen sein ließe. — Der Anwalt ging dann auf eine Reihe von der Gegenpartei bzw. vom Kommissar angezogener Punkte aus dem „Rechtswort“ und der „Arbeiter-Turnzeitung“ ein. Wenn an verschiedenen angezogenen Stellen von einer „Erziehung zu ganzen Männern“, von „körperlicher Tüchtigkeit“ usw. die Rede sei, so wäre absolut nicht einzusehen, wie das für einen politischen Zweck sprechen sollte. Aus mehreren Jahrgängen der „Arbeiter-Turnzeitung“ habe die Gegenpartei einen Hinweis auf die Reichstagswahlen herausgefunden. Darauf könne kein entscheidendes Gewicht gelegt werden. Wenn Scheitel des Inhalts der Zeitung behandelte rein turnerische Angelegenheiten, sonstige Sportfragen, Berichte von den Vereinen usw. und von verschiedenen Artikeln, die sich mit der Judikatur des Staates beschäftigten, sei kein einziger, welcher politisch wäre. Der Inhalt dieser Artikel sei lediglich eine Polemik, teils gegen die Justiz, teils gegen die Verwaltungsbehörden, teils gegen die „Deutsche Turnerschaft“, und zwar immer von dem Standpunkt aus: Wir sind kein politischer Verein! Auch einzelne wenige Wieder aus dem 201. Nummer umfassen den Turnerverbund, welche politische Anklagen hätten, könnten nicht bewertet werden, einen politischen Zweck des Arbeiterturnbundes anzunehmen. Uebrigens: Der Arbeiterturnbund habe doch nicht den Zweck, die „Arbeiter-Turnzeitung“ und das Lieberbuch herauszugeben. Nein, beide seien nur ein Mittel zum Zweck, das Turnen unter den Arbeitern zu fördern. Bei der ganzen Behandlung der Sache müsse das Wesentliche in den Vordergrund gerückt werden. Es gehe nicht, das Unwesentliche für das Wesentliche zu erklären. — Auf ein früheres Urteil könne nicht zurückgegriffen werden, denn seit dem Inkrafttreten des Reichsvereinigungsgesetzes lägen die Dinge doch anders. Der Anwalt zog dann noch verschiedene Urteile von Strafrichtern an, die zugunsten der Arbeiterturner ausgefallen sind; außerdem das Urteil des Kammergerichts vom 17. Mai dieses Jahres, das in einer Arbeiterrodfahrerecke prinzipiell ausgesprochen hat, daß selbst ein Verein, der einem politischen Zwecke angehöre (für den der Rodfahrerbund erklärt worden ist), ein unpolitischer Verein sein könne. — Er kam zu dem Schluß, daß der Arbeiterturnbund erstens kein politischer Verein sei, und daß zweitens, wenn er doch vom Gericht als solcher erklärt werden sollte, noch nicht die einzelnen örtlichen Vereine deshalb politisch wären. Das Wirken jedes örtlichen Vereins müsse für sich betrachtet werden.

Der Kommissar des Ministers erklärte, von seiner gegenteiligen Meinung nicht abgehen zu können. In ihr werde er noch bestärkt durch das Programm des Sportfestes in Weihenstephan, das am Tage der Stadioneröffnung abgehalten wurde. Darin heiße es: Sei die bürgerliche Sportbewegung imperialistisch orientiert, dann müßte sich die Arbeiterpartei sozialdemokratisch orientieren.

Wolfgang Deine erwiderte: Einmal gehe jenes Programm nicht vom Arbeiterturnbund aus, und zweitens seien die Worte nur zu verstehen als eine Orientierung im Sinne einer Weltanschauung und nicht als Aufforderung zur Agitation für eine politische Partei. Seine Beweis darauf, wie die Deutsche Turnerschaft, die ganz offensichtlich politisch leide, von den Behörden in jeder Weise gefördert werde und betonte, daß es eine ganz große Ungerechtigkeit sein würde, wenn der Arbeiterturnbund für politisch erklärt werden sollte.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte, daß es wegen der großen Materialfülle, die in dieser prinzipiellen Sache vorliege, heute die Beratung doch nicht würde zu Ende führen können. Die Entscheidung würde daher ausgesetzt. Das heißt, es wird die Sache ein andermal beraten und entschieden, ohne daß ein neuer Termin angesetzt und ohne daß öffentlich publiziert wird. Die Entscheidung wird lediglich den Parteien schriftlich mitgeteilt werden.

## Jugendbewegung.

Die preussische Kulturvereinschaft im Jubiläumsjahre.

Der Dirigent des Erfurter Arbeiterfängerchores, Genosse Steiniger, beabsichtigte, wie der „Vorwärts“ bereits berichtete, an eine Anzahl Arbeiterfänger Gesangsunterricht zu erteilen und sie in die Werke großer Komponisten einzuführen. Obwohl Genosse Steiniger keine Vorbildung auf einem Konservatorium erhalten und am Hoftheater in Weimar bei Ausbildung der Kinderchor eine leitende Stellung eingenommen hat, wurde ihm vom Magistrat die Fortsetzung seiner Tätigkeit auf Grund einer alten Rabinetsorder verboten, weil die Polizei Zweifel in seine Befähigung und sonstige moralische Qualifikation setzte. Er erhob Beschwerde gegen den Bescheid, und um die Sorge der Erfurter Polizei um das Wohlergehen der Arbeiterfänger etwas zu beschwichtigen, fügte er dem Schreiben auch den Nachweis über seine Befähigung und einwandfreien Lebenswandel bei. Doch die Behörden kommen niemals in Verlegenheit, wenn es gilt, der proletarischen Jugendbewegung Hindernisse in den Weg zu legen. Steiniger erhielt kürzlich folgendes Schriftstück zugeandt:

„Ich bin zu meinem Bedauern nicht in der Lage, Ihnen die Genehmigung zur Leitung des aus schulpflichtigen Kindern bestehenden Chores zu erteilen und verbiete hiermit, daß weitere Uebungen im Saale des „Tivoli“ gehalten werden. Nach den für sämtliche Schulgattungen geltenden Bestimmungen sind Schülervereinigungen nur dann zulässig, wenn sie sich nur auf Schüler, die einer und derselben Anstalt angehören, beschränken, so daß der Anstaltsleiter eine Verantwortlichkeit dabei übernehmen kann. Nach den von mir angefertigten Ermittlungen gehören die in den Chor aufgenommenen Kinder verschiedenen städtischen Schulen an, so daß eine einheitliche Aufsicht nicht geübt werden kann. Außerdem ist es unstatthaft, daß Schulkinder in eine Gastwirtschaft gerufen werden, da Unzuträglichkeiten bei dem Fehlen der Personen, denen ein Aufsichtsberechtigt über die Kinder zusteht, unvermeidbar sind.“

Auch diese „durchschlagenden“ Argumente sind nicht geeignet, den Eltern der in Frage kommenden Knaben und Mädchen die Ueberzeugung beizubringen, daß die Erziehung ihrer Kinder durch das Singen schöner Volkslieder usw. gefährdet sei. Doch hat die Behörde durch ihre Vorgehen erreicht, daß schulpflichtige Kinder über solche Maßnahmen zum Nachdenken veranlaßt werden. Dessenungeachtet werden aber die Ordnungshütern weiter heulmeiern, daß sie böse Sozialdemokratie es ist, die die Jugend politisch vergiftet.

## Soziales.

Eine Erweiterung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe

Ist am Mittwoch von der Hamburger Bürgerschaft nach vorläufiger Aenderung beschlossen worden. Die sonntägliche Verkaufszeit ist auf drei Stunden am Vormittag beschränkt. Die bisher übliche Geschäftszeit in den Mittagsstunden kommt in Wegfall, nur für den Blumenhandel ist eine 4 1/2 stündige Verkaufszeit zugelassen und für den Handel mit Fischwaren ist die dreistündige Verkaufszeit, gemäß der bisherigen Gewohnheit, auf die Abendstunden verlegt. Außerdem beschloß die Bürgerschaft, den Senat zu ersuchen, beim Bundesrat dahin zu wirken, daß der Verkauf von Tabakfabrikaten in Restaurants bei der reichsgesetzlichen Regelung der Sonntagsruhe entsprechend eingeschränkt werde.

## Aus Industrie und Handel.

Mißerfolg der Kulkzeichnung.

Offiziell wird mitgeteilt: „Während die anfangs März d. J. vom Reich und Preußen aufgelegten Anleihen mit zusammen 150 Millionen Mark noch um etwa 50 Proz. überzeichnet wurden, haben die nunmehr begebenen Reichs- und Staatsanleihen trotz des niedrigen Kurses und der günstigen Zahlungsbedingungen die Ungunst der gegenwärtigen Lage des Anlagemarktes erfahren müssen. Die Reichsanleihe im Betrage von 50 Millionen Mark ist zwar beinahe voll gezeichnet worden, von der preussischen Anleihe in Höhe von 175 Millionen Mark werden aber dem Konjunktur nicht unerhebliche Bestände verbleiben, die erst allmählich, namentlich auch durch Verwendung zu Schuldbucheintragungen in feste Hände zu überführen sind. Die Qualität der vorliegenden Zeichnungen ist besonders gut. Es überwiegen bei weitem Schuldbuch- und Sperrzeichnungen und auch die Zeichnungen auf freie Stücke, meist kleinerer Beträge, sind erkennbar durchweg solche von erstklassigen Zeichnern.“ Die von anderer Seite gemeldet wird, kommen die Zeichnungen in überwiegender Mehrzahl aus Kreisen der Berufsangehörigen, Sparkassen und ähnlicher Institute. Dagegen haben sich industrielle Unternehmungen und Private nur in sehr geringem Maße an der Subskription beteiligt.

Das Kapital an der Arbeit. Die bulgarische Staatsregierung beschäftigt, bald mit der Erschließung der noch fast unberührten Wäldungen, die in dem von ihr eroberten Teil Mazedoniens liegen, zu beginnen. Zu diesem Zweck hat sie ein Syndikat ins Leben gerufen, dem größere bulgarische und ungarische Holzhändler, sowie die Bankfirma Vorges in Paris angehören. Es werden zunächst die in Frage kommenden Wäldungen durch Prospektanten untersucht. Alsdann ist die Aufstellung von Sägemühlen, wahrscheinlich in Salonik, geplant. Die Hölzer sollen dort verarbeiteter und die Produkte nach den holzverarbeitenden Ländern exportiert werden. Diese Angelegenheit ist angesichts des großen Waldreichtums Mazedoniens für den internationalen Holzhandel von Bedeutung.

Aus der Elektrizitätsindustrie.

In voriger Woche wurden an der Berliner Börse neue zehn Millionen Mark Aktien der Elektrizitätslieferungs-A.G. ausgegeben, die das Kapital dieser Gesellschaft auf 30 Millionen erhöhen. Die Aktien wurden von der Bank für elektrische Unternehmungen in Zürich — Mitglied des Konzerns der A. E. G. — übernommen. Die Gesellschaft hat im Jahre 1912, wie ihr Prospekt mitteilt, eine Reihe von Konzeptionsaufträgen zur Abgabe elektrischer Energie im Süden der Provinz Hannover erlangt. (Kreis Hameln, Grafschaft Schaumburg, Kreis Holzminden, Stadt Hameln.) Zur Versorgung dieses Gebietes wird gegenwärtig ein Kraftwerk in Hafferde bei Hameln errichtet, wozu offenbar ein Teil der neuen Kapitalien verwendet werden soll. Die A. E. G. hat damit auf einem neuen Gebiet Fuß gefaßt.

Auch von der Elektrizitäts-A.G. vorm Lahmeyer u. Co. ist der Geschäftsbericht 1912/13 erschienen. Ursprünglich selbständig, verzweigte sich diese Gesellschaft zuerst mit Jelden u. Guilleaume, von

deren Aktien sie für 12 Millionen besitzt. Als Ganzes ging dann dieser Komplex von Gesellschaften vor zwei Jahren in den Konzern der A. E. G. auf, was dadurch zum Ausdruck kam, daß die Firma mit der soeben erwähnten Züricher Bank 21 Millionen Mark eigene Aktien gegen eine gleiche Summe junger Aktien der Bank austauschte. Gegenwärtig besteht das nominelle Aktienkapital der Gesellschaft aus 25 Millionen Mark, die 6 Proz. (im Vorjahr 5 Proz.) abwarfen. Für das Schadtelhstem der Verbindungen zwischen den einzelnen Werken ist charakteristisch, daß die Gesellschaft nicht nur nach oben mit der Züricher Bank, sondern auch wiederum an 10 Untergesellschaften interessiert ist, die in den verschiedenen Gegenden verstreut sind. So die Kleinbahnen in Hirschberg i. Schl., Rühlheim a. Rh., Frankfurt, Elektrizitätswerk in Augsburg, Köchl a. M., Warschau usw. Statistisch läßt sich die Konzentration des Kapitals nur durch Zählung der Betriebe verfolgen. Die tatsächliche Konzentration läßt, wie dieses Beispiel zeigt, jede statistisch erfahrbare Konzentration weit hinter sich.

## Steigende Eisengewinnung.

Die Ermattung, die sich zurzeit auf einigen Gebieten des Eisenmarktes zeigt, hat auf das Tempo der Produktionssteigerung noch nicht zurückgewirkt. Die deutsche Roheisengewinnung hat auch im Monat Mai d. J. wieder kräftig zugenommen. Sie belief sich auf 1 641 600 Tonnen gegen 1 492 157 Tonnen im Vorjahre. In den ersten fünf Monaten 1913 wurden in Deutschland 7 959 315 Tonnen Roheisen gewonnen, das sind 846 984 Tonnen mehr als in der vorjährigen Vergleichsperiode. In den ersten fünf Monaten der Jahre 1912 und 1913 entwickelte sich die Produktion von Roheisen absolut und im Verhältnis zur Bevölkerungsbewegung, wie folgt:

	Produktion in Tonnen		Erzeugung pro Kopf in Kilogramm	
	1912	1913	1912	1913
Januar . . .	1 885 463	1 609 714	21,05	24,14
Februar . . .	1 837 134	1 492 511	20,29	22,86
März . . .	1 448 148	1 628 190	21,92	24,37
April . . .	1 427 550	1 587 800	21,98	23,73
Mai . . .	1 463 610	1 641 600	22,57	24,52

Für die ersten fünf Monate der Jahre 1907 bis 1913 ergaben sich nachstehende Vergleichsziffern:

Jan.—Mai	Produktion in Tonnen	Erzeugung pro Kopf in Kilogramm
1907 . . .	5 811 617	85,87
1908 . . .	5 093 296	81,87
1909 . . .	5 185 068	81,69
1910 . . .	5 992 961	92,95
1911 . . .	6 419 842	98,60
1912 . . .	7 112 831	107,88
1913 . . .	7 959 315	119,18

Auf die hauptsächlichsten Bezirke verteilt sich die Produktion in den Monaten Januar bis Mai 1912 und 1913 nach Tonnen wie folgt:

	1912	1913
Rheinland-Westfalen	3 082 970	3 866 218
Siegeerland, Ruhrbezirk, Hessen-Rosau	387 158	411 712
Schlesien	426 624	405 099
Mittel- und Ostdeutschland	378 234	414 484
Bayern, Württemberg, Thüringen	180 866	126 888
Saarbezirk	530 371	566 602
Lothringen, Luxemburg	2 186 118	2 668 417

Ein Rückgang der Gewinnung ist in Schlesien, Bayern, Württemberg und Thüringen eingetreten.

## Verfammlungen.

Ueber die Bedeutung der Internationalen Baujahr-Ausstellung

Spezial in den letzten zwei Wochen der Reichstagsabgeordnete Dr. Weill in 8 Verfammlungen der Bauhandwerker in einem etwa 1 1/2 stündigen Vortrag, der durch zahlreiche Lichtbilder reich illustriert wurde. In klaren Ausführungen zeichnete der Redner das Bild, das sich in Leipzig dem Besucher entrollt; er führte seine zahlreichen Zuhörer in die Industriehallen, in denen alle dem Baugewerbe einschlägigen Zweige vertreten sein werden. Sie konnten einen Einblick in die gewaltige Maschinenhalle tun, in der man fast sämtliche Maschinen im Betriebe vorführt; ein wohl gelungenes Bild stellt das „Monument des Eisens“, den Palast, den der Stahlwerksverband mit dem Verein deutscher Brücken- und Eisenbauhandwerker zusammen erbaut hat, dar und viele andere wundervolle Bauten, von denen die Eisenbetonhalle, die die Ausstellungen der wissenschaftlichen Abteilung, der deutschen Bundesstaaten, der Städte usw. aufnimmt und dazu aussersehen ist, später als ständige Ausstellungshalle der Stadt Leipzig bestehen zu bleiben, erwähnt sei. Besonders Interesse beanspruchten ferner die Ausstellungen des Preussischen, Bayerischen und Sächsischen Staates. Das Ausland beteiligt sich zum Teil in der wissenschaftlichen Abteilung, zum Teil in eigenen Pavillons, und zwar haben Oesterreich-Ungarn, Rußland, Italien, Rumänien, Schweden und Norwegen, Holland, Dänemark, Amerika usw. die Ausstellung beiseite. Ganz besonderes Interesse verdient die Gruppe IV, die dem Arbeiterschutz gewidmet ist. Der Arbeiterschutz, der noch recht im argen liegt, der aber einen wichtigen Teil des Bauwesens überhaupt bildet, soll die Berufsgeschichten der Bauarbeiter wesentlich herabmindern und für zahlreiche Arbeiterfamilien die Angst und Sorge um den Ernährer wenigstens bis zu einem gewissen Grade beseitigen. Den Arbeiterschutz auf Bauwerken, wie ihn die Arbeiter Deutschlands schon seit Jahren fordern, stellt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an einem eigenen Bau dar. Der Bau ist auf einem rund 670 Quadratmeter großen Platz in eigener Regie nach dem Entwurf des Architekten Schade in Leipzig aufgeführt worden. Daß sich dabei kein nennenswerter Unfall ereignet hat, ist auch geeignet, dem Bau von vornherein eine gewisse Rührgültigkeit zu verleihen. Deshalb darf gerade seine Darstellung bei allen gerecht und sozial bedenkenden Besuchern als überaus wertvolles Ausstellungsobjekt auf die größte Beachtung rechnen. Es ist bezeichnend, daß die Gewerkschaften die Gelegenheit, sich als Kulturfaktor zu zeigen, gut benutzt haben, um so nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten den gewerkschaftlichen Wünschen und Forderungen Nachdruck zu verschaffen. — In der Gartenstadt Leipzig-Marienbrunn wird die Bedeutung der Gartenstadtbewegung in der Neuzeit dargelegt. Welche Bedeutung der Ausstellung in den weitesten Kreisen beigegeben wird, geht daraus hervor, daß weit über 200 Kongresse im Rahmen der Ausstellung abgehalten werden.

Der Vortragende, dem starker Beifall gezollt wurde, hat somit in geschickter Weise aus dem Ausstellungsprogramm alles das herausgeholt, was nötig war, um die Zuhörer die Größe der Veranstaltung ahnen zu lassen.



# MAGGI'S Suppen

Mehr als 40 Sorten.

1 Würfel für 2-3 Teller

10<sup>8</sup>

sind die besten!



# Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 14. Juni 1913

**Prater.** Das Bummelmädchen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rgl. Opernhaus.** Carmen. Anfang 7 Uhr.  
**Neues Opern (Kroll).** Tristan und Isolde. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Ueber den Brenner nach Benedig.  
**Königl. Schauspielhaus.** Der große König.  
**Belgia.** M. Wien.  
**Deutsches.** Der lebende Leichnam.  
**Kammerspiele.** Kaiserliche Hofkapelle.  
**Berliner.** Filmzauber.  
**Königgrätzer Straße.** Das Buch einer Frau.  
**Schiller O. Moral.**  
**Schiller-Charlottenburg.** Freiwild.  
**Montis Operetten.** Der lachende Schemann.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Der Dieb.  
**Kleines.** Professor Bernhardt.  
**Deutsches Opernhaus.** Königin von Saba.  
**Thalia.** Puppchen.  
**Metropol.** Die Kino-Königin. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Komödienhaus.** Hochherrschaffliche Wohnungen.  
**Friedr. Wilh. Schauspielhaus.** Das Farmermäddchen.  
**Lustspielhaus.** Der lustige Kalaba.  
**Rose.** Der Traum ein Leben.  
**Lilien.** Die Altvordens.  
**Golles Caprice.** Ein Pechvogel.  
**Die Krampfsache.**  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** König Kranke.  
**Theater am Nollendorferplatz.** Der Mann mit der grünen Maske. Anfang 9 Uhr.  
**Admiralspalast.** Eisballett: Flirt in St. Moritz.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57-62.

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 132.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Der Traum ein Leben.**  
 Auf der Gartenbühne:  
**Achtung! Es geht los!**  
 Große Poffe. Anfang 4 1/2 Uhr.

**Metropol-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Die Kino-Königin.**  
 Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Otonowski.  
 Musik von Jean Gilbert.  
 In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schuly.

**Passage-Panoptikum**  
**Die 3 Schwestern Liliput**  
 die kleinste Schwest. der Welt.  
 Der weltberühmte amerikanische **Negerboxer** Andrea Johnson bei seinem Training.  
**Aga, Jungfrau!**  
 Alles ohne Extra-Entree!

**Volksgarten-Theater.**  
 Badstr. 8. Bollermannstr. 20/25.  
**Täglich: Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Heute: **In lauscher Nacht.**  
 Originalposse in 2 Akten v. B. Gebirde.  
 Dazu das Nerven-Spezialitäten-Programm, u. a. The Original 4 Darnetts.

**Voigt-Theater**  
 Bahnhofsstr. 58.  
 Sonntag, den 15. Juni 1913:  
 Zum vorletzten Male:  
**Auf nach Amerika!**  
 Auftreten von Spezialitäten allerersten Ranges.  
 Kassenöffnung 10 Uhr. Anfang 4 Uhr.

**Brauerei Friedrichshain**  
 Am Königsdör. Chef: Ernst Liebling.  
**Kaffee-frei-Vorstellung**  
 der Norddeutschen und Apollo-Sänger  
 bei freiem Entree.

**Reederei Kahnt & Hertzner**  
 Fernsprecher: Königsstr. 2062.  
**Billige Extrafahrten ab: Waisenbrücke**  
 Morgen Sonntag nach **Teupitz** (Tarnowa) Abfahrt 7 1/2 Uhr, hin u. zurück 2 W. Wochenl. 50 Pf. Sonntags 1 W.  
**Täglich nach Neue Mühle** Abfahrt 10 Uhr. Hin u. zurück 50 Pf. Sonntags 1 W.  
 Jeden Montag u. Donnerstag nach **Wendenschloß-Grünau-Krampenburg-Neue Mühle** Abfahrt 9 Uhr.  
 Jeden Donnerstag u. Freitag nach **Neu-Ahlbeck, Friedrichs-Woltersdorfer-Schleuse** hin u. zurück 50 Pf.  
 Jeden Mittwoch nach **Wendenschloß-Grünau-Krampenburg-Ziegenhals** Abfahrt 8 Uhr, hin u. zurück 2 W.  
 Von Café Alsen (Schleif. Brücke) Abfahrt je 1/4 Stunde später.  
**Neukölln-Wildenbruchbrücke** Abfahrt 1 1/2 Uhr.  
 Jeden Montag u. Donnerstag nach **Neu-Ahlbeck-Friedrichshagen und Neu-Helgoland** hin u. zurück 50 Pf.  
 Jeden Dienstag und Freitag nach **Wendenschloß-Grünau-Waldidyll-Müggelheim** hin u. zurück 50 Pf.  
 Jed. Mittwoch nach **Wendenschloß-Grünau-Krampenburg** Abfahrt ca. 1/4 Stunde später.  
 Dampfer sind an Vereinen usw. billig zu vergeben.

**Berliner Theater.**  
 8 Uhr: **Filmzauber.**

**Theater in der Königgrätzer Straße**  
 8 Uhr:  
**Das Buch einer Frau.**

**Deutsches Schauspielhaus**  
 8 Uhr: **Der Dieb.**

**Theater am Nollendorferplatz**  
 Abends 8 1/2 Uhr:  
**Der Mann mit der grünen Maske.**

**Kroll-Oper**  
 7 Uhr:  
**Tristan und Isolde.**  
 Sonntag: Der Trompeter von Siedingen.  
 Montag: Lammhäuser.

**Montis Operetten-Theater**  
 (fr. Neues Theater). Amt Nordstr. 1141.  
 Sommerpreise. Gastsp. Jul. Spielmann.  
 8 Uhr: Der lachende Schemann.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
 Täglich:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
 Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pf.  
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte

**Reichshallen-Theater**  
 Stettiner Sänger.  
**„Stücke's Pfingstfahrt“**  
 Berliner Burleske von Moysel.  
 Anfang 8 Uhr.

**Admiralspalast**  
**Sis-Arena.**  
 Auch bei der größten Hitze kühler Aufenthalt.  
 Heute Zum **200.** Male das famose Eisballett **Flirt in St. Moritz**  
**Die kleine Charlotte.**  
 Restaurant 1. Rang. Nach 10 1/2 Uhr halbe Preise.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
 Verwaltungsstelle Berlin C 54, Finienstr. 83-85.  
 Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714

Montag, den 16. Juni 1913:  
**Bezirks-Verfammlungen**  
 für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen:

**Norden:** Pharnassale, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.  
**Norden:** Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.  
**Norden:** Franks Festsäle, Badstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.  
 Die Volksfürsorge. Referent: Kollege Rudolf Wiffell.  
**Tegel:** Restaurant Müller, Berliner Str. 84, abends 6 Uhr.  
**Westen und Schöneberg:** Verelashaus, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.  
**Osten:** Comeniusale, Niemler Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.  
**Lichtenberg:** Restaurant J. Ertelt, Pfarrstraße 71, abends 8 1/2 Uhr.  
**Stralau-Rummelsburg:** Blumes Restaurant, Alt-Borsig 56, abends 8 1/2 Uhr.  
**Weißensee:** Peukerts Festsäle, Berliner Allee 251, abends 8 1/2 Uhr.  
**Südenbezirke:** Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Davidsohn über: „Deutscher Humor“.  
**Neukölln:** Bartschs Festsäle, Hermannstr. 18/19, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Barth über: „Ein Blick in die Reichsversicherungsordnung“.  
**Steglitz:** Restaurant Schellhase, Hornstr. 15, abends 8 1/2 Uhr.  
**Köpenick u. Friedrichshagen:** „Zum goldenen Hirsch“, Köpenick, Friedrichshagen Straße 1, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen Dr. Moses über: „Der Geburtenrückgang im Deutschen Reich“. Die Kollegen werden ersucht, auch die Frauen zu dieser Versammlung mitzubringen.  
**Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal u. Umg.:** Prochowski, Rathausstr. 13 (gegenüber der Post), abends 8 1/2 Uhr. Vortrag.  
**Spandau:** Hardetaki, Böhmertstr. 8, abends 8 1/2 Uhr.  
 Tagesordnung in allen Versammlungen:  
**Bericht von der Generalversammlung.**  
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
 Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

**Rechnungs-Abschluss**  
 der  
**Gemeinsamen Ortskrankenkasse**  
 für Zehlendorf u. Umgegend  
 für das Rechnungsjahr 1912.

**1. Kassenrechnung.**

a) **Einnahmen.**

1. Kassenbestand für den Anfang des Rechnungsjahres	3 421,08
2. Einnahmen von Kapitalien	1 789,24
3. Eintragsgelder	2 732,40
4. Beitragbeiträge	78 403,41
5. Erschließungen für gewählte Krankenumterstützung	1 116,45
6. Erschließungen von Berufsgenossenschaften, Unternehmern, Versicherungsanstalten für gewählte Krankenumterstützung, Unfallrenten, Zuschüsse zum Krankengeld	900,76
7. Aus Sparkassen oder Bankeinlagen, Entnahmen aus dem Reservefonds	18 445,75
8. Sonstige Einnahmen	219,13
9. Sa. der Einnahmen	107 021,17

b) **Ausgaben.**

1. Für ärztl. Behandlung	14 615,40
2. Für Arznei und sonstige Heilmittel	9 829,66
3. Krankengelder:	
a) an Mitglieder	23 150,93
b) an Angehörige der Mitglieder	672,75
4. Unterstützung an Wöchnerinnen	1 883,—
5. Sterbegelder	1 578,—
6. Kur- u. Verpflegungskosten an Krankenanstalten	14 531,—
7. Erschließung für gewählte Krankenumterstützung	7 389,67
8. Zurückgegebene Beiträge und Eintragsgelder	374,91
9. Für Kapitalanlagen (Sparkassen, Zulagen zum Reservefonds) (21 426,65 u. 1701,84 RM.)	23 198,49
10. Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche	6 783,31
b) sächliche	2 070,14
11. Sonstige Ausgaben	750,70
12. Sa. der Ausgaben	106 826,56

c) **Abschluss.**

Summa der Einnahmen	107 021,17
Summa der Ausgaben	106 826,56
Ergibt für den Schluss des Rechnungsjahres einen Kassenbestand von	194,61

**2. Vermögensnachweis für den Schluss d. Rechnungsjahres 1912.**  
 Das Gesamtvermögen der Kasse stellt sich wie folgt zusammen:

<b>1. Aktiva:</b>	RM.
a) Der Bestand für den Schluss d. Rechnungsjahres 1912 u. vorstehendem Abschluss	194,61
b) Sparkassenbuch	61 485,49
Summa	61 680,10
<b>2. Passiva:</b> nicht vorhanden.	

Hierzu beträgt der Ueber-schuss der Aktiva 61 680,10  
 Nach dem vorjährigen Abschluss betrug der Ueber-schuss der Aktiva 60 153,78  
 Ergibt gegen das Vorjahr an Ueber-schuss der Aktiva mehr 1 526,32  
 Zum Reservefonds gehören nach den statutenmäßigen Ueberweisungen 58 434,56  
 Nach dem vorjährigen Abschluss betrug der Reservefonds 56 782,75  
 Ergibt gegen das Vorjahr an Reservefonds mehr 1 701,84  
 Als Betriebsfonds verbleiben der Kasse von dem Betrage:  
 a) Bar 194,61  
 b) Bankeinlagen 3 050,90  
 Ergibt einen Betriebs-fonds von 3 245,51  
 Zehlendorf, den 15. Mai 1913.  
**Der Vorstand.**  
 F. Schweitzer, Vorsitzender-Stellvert.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Verwaltung Berlin.  
**Laden- und Kontormöbelbranche.**  
 Montag, den 16. Juni, abends 6 Uhr,  
 im „Englischen Hof“, Alexanderstraße 27c:  
**Branchen-Verfammlungen**  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag. 2. Bericht von der letzten Generalversammlung. 3. Verbands- und Branchenanliegenheiten.  
 Die Jahresberichte der Zahlstelle Berlin werden im Bureau abgegeben. Sie sind durch die Vertrauensmänner für alle im Betriebe beschäftigten Mitglieder abzuholen.  
 Vertrauensmännerliste legitimiert.  
 84/13  
**Die Ortsverwaltung.**

**Schuhwarenhaus früher Klein**  
 :: Große Frankfurter Str. 141 ::  
 Bedeutend billigere Preise als bisher.  
 „Vorwärts“-Leser 5 Proz. Rabatt.  
**Sigm. Mosse.**

**Greift zu!**  
 Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Berlins georb. von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.) Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M. Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M. Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Monats-Horren-Hosen 2,50, 5,00 M. **Eiſter, sehr billig.**  
 Große Abteilung neuer Garderobe **Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98** (Nähe Strausberger Pl.) Bitte genau auf No. 98 zu achten!

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
**Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz  
 10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

**Gutes Geschäft**  
 Branche gleich, zu kaufen gesucht.  
 Effekten unter J. V. 14 622 beforbert  
 Rudolf Mosse, Berlin SW. 100/18

**TRAGT BRAUNE SALAMANDER**

Zentrale W.8. Friedrichstr. 182 Eigene Geschäfte in allen Stadtteilen  
 Fordern Sie Musterbuch

**Einheitspreis für Damen und Herren 12.50**  
**Luxusausführung für Damen u. Herren 16.50**

MARKEN  
**SALAMANDER**

JOE LOE

Beantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Wiese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.



Gewerkschaftliches.

Rückgang der Löhne im Bergbau.

Noch ist Hochdruck im Kohlenbergbau, noch wird mit allen Kräften gefördert, noch verlängern Ueberstunden und Ueberfrachten die normale Arbeitszeit, und doch macht sich in einzelnen Bergbaubezirken ein Rückgang der Löhne bemerkbar.

im Braunkohlenbergbau in Halle um . . . 6 Pf.  
im linscheimischen Braunkohlenbergbau um 2

Auch im Salzbergbau und im Erzbergbau fängt es schon mit den Lohnfällungen an. Im Salzbergbau, im Bezirk Halle, ist der Schichtenlohn um 1 Pf., in Clausthal jedoch um 4 Pf. gesunken.

Table with 2 columns: Location and Amount. Includes Oberkloster (2 Mark), Bezirk Halle (8), linscheimischer Bezirk (8), Halle, Salzbergbau (4), etc.

Bei den Lohnrückgängen kommen insgesamt 97 000 Arbeiter in Betracht. Das ist eine verhältnismäßig große Zahl. Wenn man weiter berücksichtigt, daß im Bergbau zurzeit noch Hochkonjunktur herrscht, dann kann man der Erscheinung ernsthafteste Bedeutung nicht absprechen.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Rohrleger und Helfer!

Am gestrigen Tage ist der Tarifvertrag zwischen dem Arbeitgeberverband in Rohrlegergewerbe für Berlin und Umgegend und dem Deutschen Metallarbeiterverband abgeschlossen worden.

Die Transportarbeiter und der paritätische Arbeitsnachweis im Braugewerbe.

Als letzte freie Gewerkschaft nahm am Freitag auch der Transportarbeiterverband in sehr feierlicher Besetzung am paritätischen Arbeitsnachweis teil.

Kleines feuilleton.

Der Märchenbrunnen. Seit dem Birchowkrankenhaus und der Stadt der Alten Leute in Buch wukten wir, daß Ludwig Hoffmann das soziale Element der Baukunst mit besonderer Eingabe pflegen wollte.

Die Gebrüder Grimm sind unter die Architekten und Bildhauer gegangen; es ist fast rührend zu sehen, wie ein fast sechzigjähriger Baumeister, dazu etliche Steinlappier, die auch nicht mehr zu den Jüngsten gehören, sich in das Reich des Kindes verloren.

Nach dem Vorbild barocker Anlagen, wie der zu Rumpfenburg oder Würzburg, hat Hoffmann eine ebenso abwechslungsreiche, wie sich wirksam steigende, stets aber fest gefügte Raumgliederung der plastischen Beweglichkeit zum rahmenden Gefäß gegeben.

fein. Sind in den verschiedenen Weibierbrauereien nicht bessere Erfolge erzielt worden, so ist das Schuld der Kollegen selbst, denen es an dem nötigen Interesse mangelte.

Wißstände in der Berliner Parkverwaltung

wurden in der letzten Sektionsversammlung der städtischen Gärtnerei im Allgemeinen deutschen Gärtnerverein besprochen. Die Stadt Berlin genießt, soweit das Arbeitsverhältnis der Gärtnerei in Betracht kommt, schon heute den Ruf, weit hinter den anderen größeren Städten von Groß-Berlin zurückzusehen.

Trotz der langen regelmäßigen Arbeitszeit findet noch wiederholt eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit statt. So auch wieder in den letzten Tagen. Zum bevorstehenden Jubiläum des Kaisers häufen sich nämlich die Arbeiten. Jetzt wurde verlangt, daß die Arbeitszeit von 6-9 Uhr abends verlängert werde.

Deutsches Reich.

Tarifabschlüsse im Dachdeckergerwerbe.

Nach längeren Verhandlungen gelang es, in Kassel einen für die Arbeiter günstigen Tarif mit den wichtigsten Unternehmern abzuschließen. Bisher herrschten dort noch Massenlöhne.

In Hannover wurde ebenfalls ein Tarif abgeschlossen. Dort beträgt die Lohnhöhe 4 Pf. in drei Jahren, und zwar steigt der Lohn von 71 auf 75 Pf.

irrgartenartigen Pfade, die an den plötzlich auftauchenden Hermen der Niesen vorbeiführen, hinauf oder hinunter, so öffnet sich unerwartet der ovale Raum des Wasserbedens mit seinem steinernen Puppengestirn.

Das Flugzeug der Zukunft. Gelegentlich des glänzenden Fluges von Paris nach Warschau wird die Ansicht, die ein hervorragender englischer Flieger, Graham White, über die Zukunft des Flugzeuges ausspricht, fieberlich interessieren.

Humor und Satire.

Gips.

Wenn der Landesvater Jubiläum feiert, streicht der Bürger sein Verlin mit Wronze an — die Fassaden werden liebevoll verschleiert, daß man sie nicht sehen kann.

Auch für Wolfenbützel und Thiede wurden neue Verträge abgeschlossen. Die Löhne steigen um 4 bzw. 8 Pf.

Die Schiefergriffelarbeiter der Firma Mohr u. Böhrs in Steinach in Thüringen befinden sich seit 7. Juni im Streik. Den staatlichen Griffelmachern im Herzogtum Meiningen wurde eine Lohnhöhe von 5 Proz. ab 1. Mai bewilligt.

Die Färbereibesitzer in Warmen-Sieberfeld erklären in einer Bekanntmachung, daß nach Beendigung des Krefelder Streiks, spätestens jedoch am 1. August, eine allgemeine Lohnhöhe einzuweisen ist.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Handschuhmacher-Heimarbeiter.

Die kürzlich von uns gemeldete Lohnbewegung der von der Handschuhfirma Louis Gräfer-Zwidau beschäftigten Heimarbeiter endete mit einem vollen Erfolg.

Ein koalitionsfeindlicher Unternehmer.

Die Großschlächtere und Würstfabrik von Friedrich Bödenhof in Duisburg-Kuhbrunn bildet keine organisierten Arbeiter in ihrem Betriebe.

Die Bauhölzer in Chemnitz stehen in einer Tarifbewegung. Der gegenwärtige Tarif läuft am 30. Juni ab und die Meister drohen mit erheblichen Verschlechterungen.

Prächtig gipfeln steht die griechische Säule, rot und gold erglänzt das simple Holz. — Staunend seher's alle Droschkengäule und der Waise fragt sich: Nun, was so ist?

Unten grau und oben schwarz bergolbet gleichen wir der Säule, die da ragt; und der Stadtrat, der boffte besolbet, hats bewilligt und hat Ja gesagt. . .

Ja die weiß-rot-goldne Stadtverkeisterung daht für diesen Jubeltag; Hurrause, Freudentumel und Begeisterung — Weinwand! Pappel! Lad!

Notizen.

Theaterchronik. Das Deutsche Opernhaus hat zu der Festvorstellung am 16. Juni „Fidelio“ 200 Viketts dem Charlottenburger Magistrat zur Verteilung an arme Bürger, Insassen von Spitalern usw., zur Verfügung gestellt.

Liebermann in der Kunstdeputation. Professor Max Liebermann, der infolge der Differenzen zwischen Bürgermeister Reide und der Sezession aus der städtischen Kunstdeputation ausschied, ist in der geheimen Sitzung der Berliner Stadtkommissionenversammlung einstimmig als Mitglied der Kunstdeputation wiedergewählt worden.

Wandgemälde für das Meereskundemuseum. Das Museum für Meereskunde soll in seinem historischen Saale in Wandgemälden die Bilder alter berühmter Helden zeigen.

Ludwig Martinelli, der Kassische Anzengruberdarsteller, ist im 80. Lebensjahre in Gleichenberg bei Graz gestorben. Nachdem er in Graz und Prag als scharfer Charakteristiker vollstimmlicher Figuren sich seinen Namen gemacht hatte, wirkte er noch im kraftvollen Alter zwei Jahrzehnte am Wiener Volkstheater.

Die 100 Porträts von Antinos. Unter der Leitung des französischen Archäologen Albert Gayet haben auch in diesem Jahre wieder Ausgrabungen in Antinos stattgefunden, bei denen interessante Funde gemacht wurden.



## Die norwegischen Gewerkschaften im Jahre 1912.

Der Jahresbericht der gewerkschaftlichen Landeszentrale Norwegens ergibt für das verfloßene Jahr eine Mitgliederzunahme von 7714, so daß die Mitgliederzahl jetzt 60 829 beträgt. Für Arbeitslosenunterstützung sind von 14 Zenträlvörbänden 148 130 Kronen ausgezahlt worden. Die übrigen 11 Zenträlvörbände haben diese Unterstützungsform noch nicht eingeführt. Den höchsten Betrag für diese Zwecke zahlten die Metallarbeiter mit 74 449 Kronen, sodann die Holzarbeiter mit 24 086 Kronen und die Buchdrucker mit 13 876 Kronen. An Krankenunterstützung zahlten 12 Verbände insgesamt 483 590 Kronen. Auch hier stehen die Metallarbeiter an der Spitze mit 313 899 Kronen; darauf folgen die Buchdrucker mit 68 126 Kronen, die Holzarbeiter mit 19 691 Kronen, die Modellschneider mit 13 300 Kronen usw. Für Streiks und Aussperrungen wurden an Unterstützungen 490 941 Kronen ausgezahlt, wovon 46 799 Kronen andere Ausgaben kommen. An Sterbegeld und für andere Versicherungsleistungen sind 131 043 Kronen verausgabt worden und für Invalidenunterstützung usw. 12 033 Kronen. Die Gesamtausgaben betragen 1 611 774 Kronen. Dieser Ausgabe summe steht ein Einnahmeüberschuß von 2 002 314 Kronen gegenüber. Das Vermögen der Gewerkschaften stieg im Berichtsjahre von 1,3 auf 1,7 Millionen.

### Ausland.

#### Unternehmer-Terror.

Einen neuen Beitrag zum Kapitel „Unternehmer-Terror“ liefert die Direktion der Maschinenfabrik Roenus A.-G. in Frankfurt a. M. Die Maschinenfabrik Roenus ist die größte Spezialfabrik Europas für Schraub- und Gewerbenmaschinen und beschäftigt in einer besonderen, von der Fabrik abgeschlossenen Versuchsabteilung eine größere Anzahl von Qualitätsarbeitern. Daß diese Leute wenig Lust verspürten, einem unter Leitung eines Reserveoffiziers stehenden gelben Werkverein beizutreten, ist sehr verständlich. Um so schärfer muß aber das Vorgehen der Direktion beurteilt werden, die den Arbeitern der Versuchsabteilung eröffnen ließ, daß sie dem Werkverein beitreten müßten, wenn sie nicht entlassen oder in eine andere Abteilung mit bedeutend schlechterem Lohn versetzt sein wollten. Der Fall ist besonders deswegen interessant, weil hier die Unternehmer in besonders plumper Weise die Arbeiter zu vergewaltigen versuchen. Eine sofort eingeleitete Protestaktion verlangt von der Direktion eine bündige Erklärung, daß sie diesen Zwang in Zukunft unterläßt, anderenfalls werden sich die Arbeiter mit allen zulässigen Mitteln ihre Rechte erkämpfen.

Die Direktion hatte kürzlich auch versucht, bei den kaufmännischen und technischen Angestellten für den Werkverein durch einen Anschlag am schwarzen Brett Stimmung zu machen. Alle die, die den Bestrebungen des Werkvereins „sympathisch“ gegenüberstünden, sollten eintreten. Aber kaum war der Anschlag erschienen, als auch schon jemand das Wort „Werkverein“ mit biden Strichen, zur Geistesleistung sämtlicher Angestellten, gelb umrahmt hatte. Am nächsten Tage war der Anschlag verschwunden. Was also selbst bei halbwegs aufgeklärten Angestellten nicht mehr verhängt, das brauchen sich erst recht nicht freiorganisierte Arbeiter bieten zu lassen.

## Verbandstag der Hutarbeiter.

Zu Beginn der am Freitag abgehaltenen Sitzung erstattete Eiefert Bericht vom Gewerkschaftskongress. — Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des Kongresses und der Haltung der Delegierten des Verbandes einverstanden.

Hierauf wurde beschlossen, den Sitz des Verbandsauschusses in Ludenwalde zu lassen. Der Sitz des Vorstandes bleibt in Altenburg, da Anträge, ihn zu verlegen, nicht mehr vorliegen.

Zunächst hatte die Statutenberatungskommission ihre Arbeiten beendet, soweit sie sich auf die Invalidenliste beziehen. Die Kommission beantragt, daß neue Mitglieder der Invalidenliste vom 1. Juli 1913 ab nicht mehr aufgenommen werden. Die Unterstützung beträgt täglich 0,50 M. Sie soll nach einer Mitgliedschaft von 20 Jahren auf die Dauer von 104 Wochen, nach 30 Jahren auf die Dauer von 156 Wochen gewährt werden. Wer die Höchstjahre bis zum 1. Januar 1914 bezeugen hat, gilt als ausgerechnet. Von der Schuldforderung, welche die Invalidenliste an die Verbandskasse hat, sollen in diesem Jahre 3000 M., dann jährlich 2000 M. abgetragen werden, bis Schuld und Zinsen getilgt sind. — Diese Anträge der Kommission wurden mit 48 gegen 2 Stimmen angenommen. — In der Frauensterbekasse treten keine Veränderungen ein.

Die Beratung des Verbandsstatuts hatte die Kommission noch nicht beendet. Die Generalversammlung erledigte deshalb erst einige andere Angelegenheiten.

Eine vom Verbandsauschuß beantragte Gehaltskala für die Angestellten wurde nach längerer Debatte angenommen. Danach beträgt das Anfangsgehalt des Vorsitzenden 2500 M., des Kassierers und des Redakteurs je 2000 M., der Lokalbeamten 2000 M. Alle Gehälter steigen um 100 M. jährlich bis zur Höchstgrenze von 3200 M. für den Vorsitzenden, 3000 M. für den Kassierer und den Redakteur, 2800 M. für die Geschäftsführer in Filialen mit mehreren Angestellten oder mit mehr als 1000 Mitgliedern, 2500 M. für die übrigen Lokalbeamten. Alle Angestellten erhalten nach einem Dienstjahre 2 Wochen, nach 5 Jahren 3 Wochen Ferien. Die Beiträge für die Angestelltenversicherung werden ganz, die Beiträge für die Unterstützungsvereine zur Hälfte aus Verbandsmitteln gezahlt. Wer der Unterstützungsvereinigung nicht angehört, hat die Hälfte der Angestelltenversicherungsbeiträge selbst zu zahlen.

Die Wahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl des Vorsitzenden Rehschke und des Kassierers Eiefert. Als Redakteur wurde Staub einstimmig gewählt. (Wieder hatte der Vorsitzende gleichzeitig die Redaktion geführt.) — Als Ausschußvorsitzender wurde Grassow, als sein Stellvertreter Samisch gewählt.

Hierauf legte die

#### Statutenberatungskommission

das Ergebnis ihrer Arbeiten vor. Sie beantragt, den Verbandsbeitrag in der bisherigen Höhe zu belassen und zwar: 1. Klasse 85 Pf., 2. Klasse 65 Pf., 3. Klasse 45 Pf., 4. Klasse 25 Pf. — Zu der vielbesprochenen Frage des Lokalbeitrages beantragte die Kommission:

„Alle Filialen sind verpflichtet, Lokalassen mit wöchentlichem Beitragsleistung einzurichten. Mit Zustimmung des Verbandes vorhanden geben sich die Filialen Ortsstatuten, wodurch die Einnahmen und Ausgaben geregelt werden. Die Höhe der Lokalbeiträge setzen die Filialen fest, doch soll bis zur Generalversammlung 1916 ein Mindestbeitrag von 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder erhoben werden.“

In einer Resolution, die ebenso wie die vorstehenden Anträge angenommen wurde, wird den Kollegen in den Saisonstädten empfohlen, ihrem Verdienst entsprechend höhere Lokalbeiträge zu entrichten, da der Verband und die Lokalassen durch die Saisonarbeiter höher belastet werden.

Zum Unterstützungswesen wurden die Anträge der Kommission angenommen, deren wesentlichste Bestimmungen folgende sind: Die Krankenunterstützung wird von 80 Pf. auf 1 M. täglich erhöht. Die Arbeitslosenunterstützung, die bisher nur nach Beitragsklassen abgestuft war, wird auch nach der Mitgliedsdauer abgestuft. Sie beträgt pro Tag in der 1. und 2. Klasse 1,60 M., in der 3. Klasse 80 Pf., in der 4. Klasse 70 Pf. und wird gezahlt nach 52 Beitragswochen für 30 Tage, nach 104 Beitragswochen für 60 Tage, nach 200 Beitragswochen für 72 Tage. Diese Staffellung bezieht sich auf die drei ersten Klassen. Für die 4. Klasse bleiben die bisherigen Bestimmungen bestehen. — Die Krankenunterstützung wird in allen Klassen nach 52 Beitragswochen gewährt und zwar in der 1. Klasse für 100 Tage a 1,30 M., in der 2. Klasse für 60 Tage a 1,00 M., in der 3. Klasse für 60 Tage a 0,50 M., in der 4. Klasse für 42 Tage a 0,50 M. In der 4. Klasse wird die

Krankenunterstützung mit der Arbeitslosenunterstützung aufgerechnet. — Das Sterbegeld beträgt je nach der Beitragsklasse 70, 40, 30, 20 M. — Die Streikunterstützung beträgt in der 1. und 2. Klasse 15 M., in der 3. Klasse 12 M., in der 4. Klasse 7,50 M.

Es wurden noch verschiedene Anträge angenommen, die sich auf verwaltungstechnische und organisatorische Angelegenheiten beziehen.

Am Sonnabend werden die Verhandlungen fortgesetzt.

## Gerichts-Zeitung.

Was nach Meinung eines Gerichts „jeder weiß“.

Vorgestern hat das Jugendgericht Berlin-Mitte darüber zu entscheiden gehabt, ob die Versammlungen für Jugendliche, die in Berlin zum 28. Februar 1913 angekündigt waren, als „politisch“ angesehen werden müßten. Das Gericht hat das verneint und hat 24 Jugendliche, die der Uebertretung des Vereinsgesetzes beschuldigt wurden, freigesprochen. Gestern mühte mit der Frage nach dem angeblich „politischen“ Charakter jener Versammlungen auch die Jugendkammer des Landgerichts Berlin III sich beschäftigt in einem Prozeß, der gegen einen jugendlichen Arbeiter Beder verhandelt wurde.

Das Berliner Polizeipräsidium hatte die angekündigten Versammlungen, weil sie von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Buchner einberufen worden waren und in ihnen über „Die falschen und die wahren Freunde der Jugend“ gesprochen werden sollte, im voraus sämtlich für „politisch“ gehalten und Polizeibeamte in die Versammlungsorte geschickt mit dem Auftrag, das Zustandekommen dieser für Jugendliche bestimmten Versammlungen von vornherein zu verhindern. In dem Versammlungsort der Treißestraße sah Polizeileutnant Maurer die ihm gegebene Anweisung zunächst so auf, daß er schon vor Eröffnung der Versammlung dem Leiter sagte, die Jugendlichen hätten sich zu entfernen. Als dieser dann erklärte, man werde nun überhaupt keine Versammlung abhalten, aber gefällig beisammen bleiben, forderte der Leutnant, daß alle sich entfernten. Hier soll nun Beder sich an die Anwesenden gewendet haben mit den Worten: „Wir sind alle über 18 Jahre, ich bleibe hier, Ihr bleibt auch hier!“ Gegen Beder wurde Anzeige erhoben mit der Beschuldigung, öffentlich vor einer Menschenmenge zum Ungehorsam gegen eine von der Obrigkeit getroffene Anordnung aufgefordert zu haben. (§ 110 des Strafgesetzbuchs.) Weil er am 28. Februar tatsächlich noch nicht ganz 18 Jahre alt war, kam er vor die Jugendkammer.

Der Angeklagte versicherte, gesagt zu haben: „Die unter 18 fallen rausgehen, die über 18 können drin bleiben.“ Er sei der Ansicht gewesen, daß die über 18 Jahre alten Personen sich nicht zu entfernen brauchen. Als Zeugen wurden zwei der drei Beamten vernommen, auf deren Darstellung die Anklage sich stützte, die Schulleute Bubiak und Deitborn. Leutnant Maurer schied als Zeuge aus, weil er inzwischen verstorben ist.

Der Staatsanwalt sah nach den Zeugenaussagen als erwiesen an, daß Beder zum Ungehorsam gegen eine Anordnung der Obrigkeit, als deren Repräsentant ein Polizeileutnant gelten müsse, aufgefordert habe. Vielleicht könne sogar eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen ein Gesetz, gegen das Vereinsgesetz, das die Teilnahme von Jugendlichen an politischen Versammlungen untersagt, angenommen werden. Als mildernd sei sein jugendlicher Leichtsinn zu berücksichtigen, darum genüge eine Geldstrafe von 20 Mark.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, vermehrte jede Feststellung darüber, daß es sich, wie der Staatsanwalt meinte, um eine „politische Versammlung“ gehandelt habe. Ledrigens habe Beder sich mit seiner Aufforderung, zu bleiben, nur an die über 18 Jahre alten Personen gewendet, die ja nach dem Vereinsgesetz, auch wenn es sich wirklich um eine „politische Versammlung“ gehandelt hätte, teilnehmen durften. Man könne auch nicht von einer Aufforderung zum Ungehorsam gegen eine obrigkeitliche Anordnung reden, weil der Polizeileutnant als bloßer Vollzugsbeamter nicht Obrigkeit im Sinne von § 110 war. Unter Obrigkeit seien nur solche staatlichen Organe zu verstehen, die die Regierungsgewalt in größerem Umfange selbständig ausüben haben. Der Angeklagte sei freizusprechen.

Nach längerer Beratung des Gerichtes wies der Vorsitzende den Angeklagten noch darauf hin, daß er auch bestraft werden könne wegen Aufforderung zu einer strafbaren Handlung, zur Uebertretung des Vereinsgesetzes. (§ 111 des Strafgesetzbuchs in Verbindung mit §§ 17 und 18 des Vereinsgesetzes.) Hierzu führte der Verteidiger aus, daß eine Aufforderung an Jugendliche, in einer politischen Versammlung zu bleiben, nicht vorliegt, weil eben der Nachweis des „politischen“ Charakters der „Versammlung“ fehle und Beder sich ja gerade an die nicht mehr jugendlichen Teilnehmer gewendet habe.

Man konnte erwarten, daß das Gericht die Sache, wie der Verteidiger gefordert hatte, verlagern werde zum Zweck der Feststellung, ob die „Versammlung“ eine „politische“ war. Aber das Gericht glaubte, mit dieser ausschlaggebenden Frage sich ohne weitere Beweishebung abfinden zu dürfen.

Das Urteil lautete auf schuldig der Aufforderung zu einer strafbaren Handlung. Beder habe die Worte: „Wir sind alle über 18 Jahre, ich bleibe hier, Ihr bleibt auch hier!“ in der „Versammlung“ gesagt, obwohl er wußte, daß auch Personen von weniger als 18 Jahren im Saal verweilten. Der Zweck seiner Worte sei gewesen, diese Jugendlichen zu veranlassen, daß sie im Saal blieben. „Wir kennen“ führte weiter der Vorsitzende in der Urteilsbegründung aus, „den Einberufer und das Thema. Schon aus dem Thema und der Person des Einberufers ist zu entnehmen, daß es sich um eine politische Versammlung handelte. Jeder, der im politischen Leben steht, weiß, daß der Zweck dieser Versammlung war, die jungen Leute in sozialdemokratischem Sinne zu beeinflussen. Die Versammlung war also eine politische. Der Angeklagte aber hat aufgefordert, daß Personen von weniger als 18 Jahren in ihr blieben, also hat er zu einer strafbaren Handlung aufgefordert.“ Gegen Beder wurde auf 50 Mark Geldstrafe erkannt.

#### Ein Rechtsanwalt unter der Anklage der Unterschlagung.

Der vor einigen Tagen in seinem Bureau in der Schönhauser Allee verhaftete Rechtsanwalt Richard Thiel hatte sich gestern unter der Anklage der Unterschlagung vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten.

Der in Zentrumskreisen sehr bekannte Angeklagte wurde beschuldigt, die Summe von 7143 M., die er in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt in der Erbschaftsregulierung des verstorbenen Reichstagspräsidenten Grafen Vallerstein in Empfang genommen hatte, unterschlagen zu haben. Nach dem Tode des Grafen Vallerstein erhielt der Angeklagte von dem Testamentsvollstrecker, dem Landgerichtspräsidenten Graf von Nauwilsa, den Auftrag, eine Hypothek von 50 000 M., die zu der Erbschaftsmasse gehört, einzutreiben. Nachdem das betreffende Grundstück zur Zwangsvollstreckung gekommen war, erhielt der Angeklagte wiederholt größere Beträge in dieser Sache zugefandt. Von diesen hatte er, wie die Verhandlung ergab, den Betrag von circa 7000 M. auf sein Privatbankkonto überschreiben lassen und dann das Geld nach und nach für sich verbraucht. Nachdem gegen ihn Anzeige erstattet worden war, wurde der veruntreute Betrag von dem Angeklagten zurückgezahlt. — In dieser Sache stand schon einmal vor mehreren Wochen Termin an, zu dem der Angeklagte ohne ausreichende Ent-

schuldigung nicht erschien. Die Folge war der Erlass des Haftbefehls, der dann vor einigen Tagen vollstreckt wurde. — Der Staatsanwaltschaftssekretär Dr. Ruche hielt nicht Unterschlagung, sondern Untreue vorliegend und beantragte mit Rücksicht auf den schweren Vertrauensbruch des Angeklagten eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Die Rechtsanwälte Justizrat Bronker und Dr. Franke beantragten in erster Linie die Freisprechung, da die sogenannte Erfahrungsbereitschaft vorgelegen habe, andererseits aber, wenn das Gericht zu der Ueberzeugung komme, daß der Angeklagte sich strafbar gemacht habe, die Jubilierung mildernder Umstände und die Verhängung einer Geldstrafe, da der Angeklagte schwer herzleidend sei und offenbar in einer momentanen Verwirrtheit gefehlt habe. — Das Gericht billigte dem Angeklagten auch mildernde Umstände zu, erkannte aber, da er als Rechtsanwalt in der schwersten Weise das ihm geschenkte Vertrauen mißbraucht habe, auf die höchstzulässige Geldstrafe von 900 M.

#### Nächtliches Hundebellen.

Ein Hundebesitzer aus Steglitz sollte die Polizeiverordnung, die sich gegen Störungen infolge Hundebellens richtet, und den § 360, Ziffer 11, des Strafgesetzbuchs (grober Unfugparagraf) verletzt haben. Es wurde ihm zum Vorwurf gemacht, daß er nicht seine Nachbarschaft vor den Störungen durch nächtliches Bellen seines Hundes geschützt habe. Das Landgericht verurteilte ihn auf Grund des § 360 Ziffer 11 des Strafgesetzbuchs wegen Erzeugung ungebührlichen Lärms. Die Polizeiverordnung dagegen erachtete das Landgericht für ungültig, weil die Materie des ruhstörhenden Lärms erschöpft durch das Strafgesetzbuch geregelt sei.

Das Kammergericht verwarf jetzt die vom Angeklagten gegen seine Verurteilung gerichtete Revision. Die Strafkammer habe festgestellt, daß der Hund des Angeklagten an verschiedenen Tagen namentlich des Nachts grundlos gebellt habe. Wenn er als Besitzer des Tieres das duldet und keine Abhilfe schafft, die die Nachbarn davor bewahrt, dann sei Angeklagter als derjenige anzusehen, der den ruhstörhenden Lärm bewirkt.

## Aus aller Welt.

### Konservatives Pech.

Vor einigen Tagen wurde in Haverstedt, einem kleinen westfälischen Orte, ein Bezirksfest der Arbeiterturner gefeiert — natürlich nicht, ohne daß ein ansehnliches Polizeiaufgebot dorthin beordert worden war. Das Fest verlief in der besten Weise. Zwei Tage darauf kam die konservative „Neue Westf. Volkszeitung“ und fertigte ihren Lesern eine Schauer März über ein „Sittlichkeitsverbrechen zweier roter Turngenossen“, dem eine arme Frau zum Opfer gefallen wäre, die mit ihren Kindern friedlich dahin geschritten.

Dieses mit Zuchthausstrafe bedrohte Verbrechen wurde am hellen Tage trotz des starken Polizeiaufgebots verübt. Was wäre wohl alles geschehen, wenn man nun überhaupt keine Polizei dorthin gestellt hätte? Man sieht auch hier wieder usw. ... Hier haben es zwei der roten Turngenossen einmal versucht, die oft gepredigte freie Liebe der Sozialdemokratie in die Praxis umzusetzen.

Das war natürlich eine angenehme Maßregel für die so sittenstrengen Hüter der Ordnung. Aber die Freude dauerte nicht lange, denn nun kam unser Vieselfelder Parteiblat her und ging dem Schwindel zu Leibe. Es stellte fest, daß allerdings an dem fraglichen Tage ein paar betrunkene junge Burtschen eine Frau belästigt hatten, daß es aber dabei zu einer unsittlichen Handlung nicht gekommen war. Zu den Arbeiterturnern gehörten diese betrunkenen Leute nicht, und es ist sehr wohl möglich, daß sie unter die konservative Gefolgschaft zu rechnen sind. Der Schwindel zog also nicht lange.

Man wollte es der böse Zufall, daß just um dieselbe Zeit einem Vertrauensmanne des Bundes der Landwirte, dem Gutbesitzer Riemeyer in Hartum — in der Nähe von Haverstedt — ein sehr unangenehmes Malheur widerfuhr, ausgerechnet diesem Manne von echt konservativer Gesinnung, wohlgesegnet mit allerlei irdischen Gütern — er nennt drei Gutshöfe sein eigen. Und das kam so: Schon Monate, ja Jahre lang war eine am Dortmund-Emskanal arbeitende Firma in der unverschämtesten Weise bestohlen worden: Kohlen, Schwellen, Eisenstücke — alles hatten die Diebe brauchen können, und die Diebereien wurden so umfangreich, dehnten sich andererseits so über den ersten Schauplay aus, daß ein Spezialkommissar mit ihrer Aufdeckung betraut werden mußte. Seinen Bemühungen ist es jetzt auch gelungen, Licht in das geheimnisvolle Dunkel zu bringen: Eine unvermutet vorgenommene Hausdurchsuchung bei dem schwer reichen, christlich gesinnten, echt konservativen Gutsherrn Riemeyer hatte das Ergebnis, daß mehrere Wagenladungen Diebesgut ans Tageslicht gefördert werden konnten. Der edle Mann hatte mit seinen Söhnen auf diese Weise auch nachts an der Rehrung seines Gewinns gearbeitet; tagsüber mimte er den konservativen Biedermann, griff stündlich zur Bibel, und spät abends zog er mit seinen Sproßlingen los, um sich oben drein noch an unrechtem Gut zu bereichern.

Es ist ein besonderes Verhängnis für die konservative „Neue Westf. Volkszeitung“, daß das dem Gesinnungsgenossen just jetzt passieren mußte, wo sie einen skandalösen Schwindel über angebliche sozialdemokratische Schleichigkeiten zu kolportieren versuchte.

#### Die Pest in Deutsch-Ostafrika.

Die aus Deutsch-Ostafrika gemeldet wird, herrscht in 11 500 im Bezirk Muanja die Pest und greift von Tag zu Tag weiter um sich. Die Krankheitserscheinungen treten recht bösartig auf und verlaufen fast sämtlich tödlich. Die Zahl der täglichen Todesfälle beläuft sich bereits auf über 30.

#### Ein Lebensmittelwucherer.

Die infolge einer Strafanzeige des französischen Senators und Schokoladenfabrikanten Renier eingeleitete Untersuchung über die an der Pariser Börse im Herbst vorigen Jahres vorgekommenen wucherischen Zuckerspekulationen ist nunmehr beendet. Es ist festgestellt worden, daß der Fabrikdirektor Normand in Dreilincourt (Dep. Dife) Ende September vorigen Jahres 380 000 Sa-Zucker angekauft und eingelagert hatte. Der Untersuchungsrichter Lud Normand vor und teilte ihm mit, daß er gegen ihn die Anschuldigung wegen wucherischer Warenanhäufung erhebe.

#### Schwere Grabenunfälle.

Auf der Ludwigsgrube in Jährze stürzten Freitag vor-mittag große Kohlenmassen ab und begruben eine Anzahl Bergleute unter sich. Bissher konnte eine Leiche und mehrere schwerverletzte Bergleute geborgen werden.

Auf dem Kaiserstaft in Clausthal im Harz verunglückten in der Nacht zum Freitag zwei Bergleute tödlich dadurch, daß der Förderlädel aus 40 Meter Höhe abstürzte. Ein dritter Bergmann wurde schwer verletzt.

#### Entgleisung eines Arbeiterzuges.

Auf dem Lizenzbahnhof in Königsberg entgleiste Freitagabend kurz vor 8<sup>1/2</sup> Uhr ein vom Fregelbahnhof kommender Arbeiter-



eisenbahnzug beim Einlaufen in die Station mit der Maschine und den ersten vier Personenwagen vierter Klasse; die Maschine schob sich mit den folgenden Wagen ineinander und zertrümmerte sie. Soweit festgestellt wurde, sind etwa 10 bis 15 Personen verletzt. Die Verletzungen bestehen meist in Arm- und Beinbrüchen, getötet ist niemand. Das Unglück ist wahrscheinlich dadurch entstanden, daß eine Weichen- gung beim Passieren der Lokomotive entzweitgesprungen ist.

Bei einem Zugzusammenstoß auf der New York- New- hagen and Hartford-Bahn wurden vier Personen getötet und zwanzig verletzt.

**Kleine Notizen.**

Tödlicher Absturz eines amerikanischen Aviatikers. Der Aviatiker Andrew Drew stürzte mit seinem Apparat in Lima im Staate Ohio aus beträchtlicher Höhe ab und blieb sofort tot.

Kesselexplosion auf einem Dampfer. Durch eine Kessel- explosion auf dem amerikanischen Dampfer „Red“ wurden fünf Personen getötet und sechs verwundet.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet an den Tagen 09, vom vier Zeppen - Fahrstuhl -, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

G. R. 10. Nur nach Vorlegung des Mietvertrages zu beantworten.

G. 00. Falls ein solcher Beschluß der Gemeindeverwaltung vorliegt und von der Aufsichtsbehörde genehmigt ist, sind irgendwelche Schritte auszuschießen. — A. R. 83. Sie sind noch zahlungspflichtig. Auch ist die Zwangsnotredung zulässig. Die Lohnbeschlagnahme jedoch nur, soweit Sie mehr als 25,85 M. pro Woche verdienen. — A. R. 41. 1., 3. und 4. Ja. 2. Nein. — G. R. 100. Ja, und zwar in der Gehaltsklasse G. Der monatliche Beitrag beträgt 16,00 M., wovon Arbeitnehmer und Arbeit-

geber je die Hälfte zahlen. — Ein Vorsichtiger. 1. Kuher dem Verlust des Geschäftanteils erstreckt sich die Haftung auf die Cassumme. 2. und 3. Unangängliches nicht bekannt. 4. Binnen drei Monaten nach dem Ausscheiden. — P. 1876. 1. Sie sind unterhaltspflichtig. Andererseits Geschlechtsver- lehr gilt auch in einem solchen Falle als Ehebruch. 2. Erst dann, wenn die Frau Rechte aus dem Ehevertrag herleitet, können Sie unter Angabe Ihrer Beweismittel den Herausgabeantrag stellen. 3. Unrechtes Er- achtens sind Sie zur Anbringung des Schilbes befugt. Ein Recht zur Vertragslösung und zur Kürzung der Miete besteht nicht. 4. Derartige Verfügungen haben keine Rechtswirkung. Sie können durch Erklärung zu notariellen oder gerichtlichen Protokoll die sogenannte Schlüsselgewalt der Frau ausschließen. — P. 10. Ja. — J. 2. 999. 1. Rein. 2. Im Rahmen des Briefkastens nicht zu behandeln. Wir haben unter dem 18. März darüber einen längeren Artikel gebracht. — G. 20. Wir raten, sich an die „Wiener Arbeiterzeitung“ mit der Anfrage zu wenden. Recht so. 1. Ja. 2. Die Invalidenversicherungsanstalt läßt Sie nach Stellung des Antrages durch einen Vertrauensarzt untersuchen. P. R. 100. Rein. G. R. 50. Die Erpelhande stand am 30. Juni, 30. Juli und 4. Dezember 1895, außerdem am 18. Dezember 1898 vor Gericht. — Frau 9495. Vormärts-Expedition Sehenheimer Straße 1. — C. B. 30. Resten mit Petroleum begießen. —

**Stiller-Stiefel für die Reise**

Leinenschuhe · Tennisschuhe · Sandalen · Braune Schuhe

**Stiller-Berg-Stiefel**

Neue erprobte Modelle

Zentrale: Berlin C., Jerusalemer Straße 32-35, am Dönhoff-Platz

Potsdamer Straße Nr. 2 | Friedrich-Straße Nr. 75 | Oranien-Straße Nr. 101 | Schöneberg, Haupt-Str. 146  
Taubenstraße Nr. 19 a | König-Straße Nr. 25-26 | Gr. Frankfurter Str. 123 | Neukölln, Berg-Straße 25  
Taubenstraße Nr. 7 b | Rosenhainer Straße Nr. 5 | Chaussee-Str. Nr. 114-115 | Charl., Wilmersdorfer Str. 45

Zweig-Niederlassungen: Magdeburg · Halle · Cassel · Posen · Danzig · Königsberg i. Pr.

**Stiller**  
Gegr. 1867

Inserum Genossen  
**Fritz Hoffmann**  
nebst seiner lieben Frau Berta zu ihrer heutigen Vermählung bringen ein donnerndes Hoch  
Die Genossen des Wahlvereins-Vorstandes  
Att-Gliedern. 40a

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.**  
Bezirk 73.  
Am 11. Juni verstarb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriger Mitglied, der Tapeziermeister

**Heinrich Kloiz**  
Königsrüder Straße im 64. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt.  
Um rege Beteiligung ersucht.  
Der Vorstand. 306/3

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

**Emil Müller**  
am 12. d. Mts. an Lungenerleiden gestorben ist.  
Die Beerdigung findet Montag, den 16. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Kirchhofes in der Müllerstraße aus statt.

Gener hat unser Mitglied, der Gärtler  
**Karl Hoffmann**  
Rahnsdorfer Wähe.  
Die Beerdigung findet Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rahnsdorfer Kirchhofes in Rahnsdorfer Wähe aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
119/19 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.**  
Filiale Berlin.  
**Nachruf.**  
Unseren Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege  
**Franz Grusinski**  
am Dienstag, den 10. Juni, verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
139/14 Die Ortsverwaltung

**Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 11. Juni, der Kollege, Handwerker - Hilfsarbeiter

**Paul Prescher**  
(Böhmisches Brauhaus) nach langen Leiden an der Proletarierkrankheit verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung erfolgt am Sonnabend, den 14. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Kaiser-Wald-Friedhof in Weigenice, Lichtenberger Str. 110-123.  
Rege Beteiligung erwartet.  
43/17 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.**  
Am 11. Juni verstarb unsere Parteigenossin

**Frau Hedwig Tscharnke** geb. Pohl (Nietenstr. 60, 20. Bezirk).  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 15. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob-Kirchhofes in Neudöln aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
Der Vorstand. 257/10

**Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsg. Deutschl.**  
Geschäftsstelle Groß-Berlin, Bezirk Ost.  
Am 11. Juni verstarb unser Mitglied, Kollege

**Otto Moewius.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiser-Wald-Kirchhofes, Weigeniceer Weg, aus statt.  
Die Geschäftsstellenverwaltung.

**Danksagung.**  
Für die große Anteilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, unseres Schwiegervaters, des Zimmermanns  
**Karl Dietze**  
sagen wir hierdurch allen Kameraden des Beerdigungsvereins Groß-Berlins und vom Baugeschäft Kauf D. Böttcher, den Genossen des Wahlvereins für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis, insbesondere Herrn W. Kanassa für die guten und trostreichen Worte und allen denen, die in so hohem Maße dem Verstordenen ihre Verehrung und uns wohlwollende Teilnahme erwiesen haben, unseren herzlichsten Dank.  
Berlin, den 13. Juni 1913.  
Emil Schmidt und Frau, geb. Dietze  
**Karl, Erna und Lisbeth Dietze**  
Zellerstraße 27 I.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser jugendlicher Kollege, der Hausdiener

**Willi Flatau**  
am 7. Juni im Alter von 17 Jahren durch Ertrinken verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Seestr. Ecke Müllerstr., aus statt.  
05/17 Die Bezirksverwaltung.

**Danksagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.  
14a Frau Piatkowsky nebst Kindern.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes  
**Friedrich Helmreich**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den drei Vereinen in Adlershof: Arbeiter - Radfahrerverein „Fiel“, Sozialdemokratischer Arbeiter- und Holzarbeiter-Verband, unseren herzlichsten Dank.  
101/13 Familie Helmreich.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und zahlreichen Franzosen bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, meines lieben Sohnes und Bruders sagen wir allen Verwandten und Bekannten, dem Personal der Firma Müller u. Goerlinger, dem Metallarbeiterverbande, dem Verein der Metallarbeiter, dem Wahlverein des vierten Kreises und den Sängern unseren herzlichsten Dank.  
66a **Erna u. Rosa Portack.**  
Familie Bänger.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, Bruders und Onkels, des Gastwirts  
**Otto Neumann**  
sagen wir allen Beteiligten, besonders Herrn Waldel Kanassa für die trostreichen Worte sowie dem Wahlverein, dem Verein der freien Gast- und Schenkwirts, dem Männerchor Obersee und Dr. unseren herzlichsten Dank.  
**Frau Marie Neumann** und Kinder,  
**Radfahrerkarten Wanderkarten**  
hält stets vorräufig  
Buchhandlung Vorwärts  
Lindenstr. 69 (Caden)

**Westmann**  
Mohrenstr. 37 a. //  
Sr. Frankfurterstr. 115.

**Saison-Ausverkauf! Jubiläums-Preise!**

ca. 2500 Kostüme aller Art 9.-, 15.-, 25.- bis 75.-  
sonst bis 30.-, 50.-, 80.- bis 225.-

ca. 3000 Mäntel 6.-, 10.-, 20.- bis 60.-  
sonst bis 18.-, 33.-, 65.- bis 195.-

Vorstand: Jede Probe gewährt ich anlässlich des 25. jährl. Jubiläums meiner Firma zu Ausverkaufs-Preisen.

Reise-Mäntel, Staub-Mäntel, Reise-Kostüme, Strand-Kostüme, Aus der Winter-Saison: 600 Ulster 5.-, 10.-, 20.- bis 50.-  
150 Plüschmäntel 20.-, 30.-, 50.-, 85.-

Modelle für 1/2 der früheren Preise!

Verkauf der Mäntel und Kostüme in den Preislagen von M. 6.- bis M. 10.- nur vormittags von 9 1/2 - 12 Uhr.  
Sonntags geöffnet von 2 - 10 Uhr. Alle Größen vorrätig.

**Möbelfabrik „Fortuna“.**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.  
Bilanz am 31. Dezember 1912.

Aktiva.	
Rassafonto	69,57
Banffonto	1.304,35
Inventarfonto	10.874,-
Kassafonto	430,-
Warenfonto	24.429,46
Rentorrennfonto	16.580,42
M. 53.657,50	
Passiva.	
Kapitalfonto	2.250,-
Reservefondsfonto	190,59
Rückstufonto	12.325,24
Darlehensfonto	17.044,26
Unloshfonto	1.678,26
Rentorrennfonto	18.322,65
Gewinn- und Verlustfonto	1.846,80
M. 53.657,50	

Mitgliederzahl am 31. Dezember 1912: 9. Ausgetreten keiner, eingetretene keiner. Betrag der Cassumme 2250 M. Betrag des Geschäftsauswandes 2250 M. Die Cassumme sowie das Geschäftsguthaben haben sich weder vermehrt noch verringert.

**Der Vorstand.**  
Gustav Berger, Fritz Wolff, Otto Schropp.

**Keine Filialen.**

**1 Mark**  
wöchentliche Teilzahlung  
Liefere elegante

**Herren-Moden**  
fertig und nach Maß!  
Garantie für tadellosen Sitz.

**Jonas Kurzberg**  
Oranienstr. 160<sup>a</sup>  
zwischen Moritz- u. Oranienplatz.

Bitte genau auf Straßennummer zu achten.

**Bersteigerung.**  
Wegen vollständiger Aufgabemeines seit 16 Jahren bestehenden  
**Herren- und Knabengarderobengeschäfts**  
bersteigere ich ab Sonnabend, den 14. Juni, bis zum 29. Juni, vormittags 10-2 u. nachmittags 4-8 Uhr das gesamte Warenlager, bestehend aus:  
Anzügen, Hosen, Paletots, Ulster, Jacketts, Knabenpaletots, Berufs- Kleidung etc. etc.  
Öffentlich meistbietend.  
**Heinrich Taurek**  
Reinickendorfer Str. 93.

**Zentralhaus mod. Herrenbekleidung**  
I.: Neue Friedrichstr. 35 an der Central-Wartkammer  
II.: Turmstr. 67. I. Etage, liefert an jedermann elegante  
**Herren-Garderoben**  
nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 Mark an.  
Zusätzliche Verkleidung im Hause. Auf Wunsch Besuch des Reisenden mit neuesten Stoffmustern.  
**Besondere Abteilung für fertige Garderobe.**  
Sonntags geöffnet.

**Oskar Wollburg**  
**Trauer-Magazin**  
Berlin N., Brunnenstraße 58.  
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden.  
Aenderungen sofort.







Abonnementspreise der Berliner bürgerlichen Presse.

Will man einen Vergleich ziehen zwischen den Abonnementspreisen der Berliner Presse, so muß man in erster Linie von dem Gesichtspunkt ausgehen, welchen Interessen das jeweilige Blatt dient.

Beginnen wir zuerst mit der politischen Presse. Da ist zunächst die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, das Regierungsorgan par excellence.

Dann folgt das Organ der Deutschkonservativen Partei: „Die Neue Preussische Kreuzzeitung“ mit der Devise: „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland.“

Folgt die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der Agrarier und Landwirtschaftsbändler.

Das freikonservative Blatt „Freiheit“ v. Jedditscher Obervang, die „Post“, kostet, trotzdem lokaler Text von der „Deutschen Tageszeitung“ verwendet wird, monatlich 2 M.

Die mit der „Post“ verwandten „Berliner Neuesten Nachrichten“, die bald in jeder Nummer einen gegen die Arbeiterbewegung gerichteten scharfmacherischen Artikel bringen müssen, um den Wünschen ihrer industriellen Hintermänner und der Panzerplattenfabrikanten zu genügen, kosten trotz aller Subventionen vierteljährlich 5,50 M. oder 1,84 M. monatlich.

Der „Reichsbote“, das Pastorenblatt, aber in neuerer Zeit konservatives Heftblatt erster Sorte, muß von seinen Abonnenten mit 4,20 M. vierteljährlich oder 1,45 M. monatlich bezahlt werden.

Die „Tägliche Rundschau“, die alldemokratische Politik macht und unter dem Einfluß des Deutsch-Evangelischen Bundes steht, erhebt von ihren Lesern monatlich 1,85 M. Abonnementsgeld.

Die „Germania“, das Berliner Zentrumblatt, sucht seine Leser unter ihren katholischen Anhängern. Abonnementspreis 1,50 M. vierteljährlich oder 1,50 M. monatlich.

Offizielles Organ der „Fortschrittlichen Volkspartei“ ist die „Freisinnige Zeitung“, die in recht knappem Umfange erscheint und monatlich 1,30 M. kostet.

Eine der ältesten Berliner Zeitungen ist die „Vossische Zeitung“, die dem wachsenden Berliner Kommunalstreifen dient. Der Verlag zieht aus den hohen Inseratenpreisen viele Hunderttausende. Monatsabonnement 2,70 M.

Dann folgen die Zeitungsunternehmen der Verlagsfirmen Röske, Scherl und Ullstein. In diesen Verlagen erscheinen die verschiedenartigsten Zeitungsprodukte, Wochenchriften, illustrierte Blätter u. a. mehr, die alle mehr oder minder wieder von einander profitieren.

Das „Berliner Tageblatt“ bezieht sich politisch in der Propagierung des Liberalismus, der teils liberal-demokratisch, teils rechtsnationalliberal schillert, je nachdem es sich um rein politische Fragen oder um solche mehr wirtschaftlicher Natur handelt.

Im Röskeverlag erscheint auch die „Vollzeitung“, in der öfters teilweise gleicher lokaler Text verwendet wird wie im „Tageblatt“. Die „Vollzeitung“ hat immer einen demokratischen Charakter gezeigt; und sie hat früher diesen Charakter in recht mannhafter und erfrischender Weise zum Ausdruck gebracht.

Die Ullsteinsche „Morgenpost“ unterscheidet sich vom „Lokalanzeiger“, daß sie etwas sozialliberal schillert und in sensationeller Aufmachung den Gipfelpunkt zu erreichen sucht.

Die hohen Inserateinnahmen in Verbindung mit Herausgabe besonderer Ableger, ermöglichen es dem Verlag, den Abonnementspreis für die „Morgenpost“ auf 20 Pf. pro Woche festzusetzen oder vierteljährlich 2,80 M.

Einige kleinere Zeitungen sowie Wochenblätter können bei unserer Betrachtung ausbleiben.

Dieser bürgerlichen Presse steht nun der sozialdemokratische „Vorwärts“ mit 1,10 M. Monatsabonnement gegenüber. Soweit die politische Presse in Frage kommt, ist der „Vorwärts“ billiger als jedes andere Parteiblatt in Berlin, bis auf eine Ausnahme.

Dazu kommt die außerordentlich miserabile Bezahlung, welche die bürgerliche Presse ihren Zeitungsboten zuteil werden läßt und die zur Verwendung von Kindern führt.

Beim „Vorwärts“ ist die Kinderarbeit verboten; die Zeitungsboten werden nach vereinbarten Tariffätzen entlohnt und erhalten für einmaliges Austragen mehr Austrägerlohn als die bürgerlichen Zeitungen ihren Austrägerinnen für zweimaliges Austragen zahlen.

Soviel über die technische und geschäftliche Seite der Sache. Daß der „Vorwärts“ den Kampf der Arbeiterklasse gegen eine Welt von Gegnern führt, daß er in diesem Kampfe gegen die privatkapitalistische Ausbeutung, gegen die Privilegien der herrschenden Klasse, für die sozialistische Ordnung der Dinge auch von den Staatsgewalten gehäht und verfolgt wird, das bedarf wohl keiner besonderen Betonung.

Eingegangene Druckschriften.

Ulltag eines Frühlings. Dummereien von Scherl. 8 M., gebunden 4 M. — Der Trampel. Die Geschichte eines zielbewußten Mädchens. Von Em. Eise. 2,50 M., in Pappband 3,50 M. — Die Krumbacher und der Kaugummi. Erzählungen von H. B. Kurz. 3,50 M., gebunden 4,50 M. H. Langen, München.

Knaben = Jungen

Dauer vom 14. bis 22. Juni

Billige Ausnahme-Angebote in Stoff-Anzügen

- Sport-Anzüge schön gemusterte Stoffe, für 3-8 Jahre 6.50 u. 4.50
Blusen-Anzüge blaue Kammgarnart, hochgeschlossen und offen, mit reicher Garnierung, für 3-8 Jahre 6.50
Prinz-Heinrich-Anzüge blaue Kammgarnart und Buckskin für 3-8 Jahre 6.95
Blusen-Anzüge schwere blaue Kammgarn-Cheviots, für 3-6 Jahre 9.50 für 7-10 Jahre 11.50

- Sport-Anzüge verschiedene Stoffe und Fassons, für 7-14 Jahre 9.75
Sport-Anzüge aus Resten gearbeitet, für 7-15 Jahre 14.50
Jackett-Anzüge hell und dunkel gemusterte Stoffe, für 7-11 Jahre 6.95
Jackett-Anzüge sehr haltbare Stoffe, für 9-15 Jahre 10.50

Stoff-Hosen für 3-8 Jahre 1.35 Stoff-Hosen für 9-15 Jahre 1.85

Wasch-Anzüge zu bekannt billigen Preisen

- Blusen-Anzüge gestr. Waschstoffe für 3-8 Jahre 5.25 4.10 2.65 1.65 55 Pf.
Prinz-Heinrich-Anzüge verschied. Waschstoffe, f. 3-8 Jahre 5.50 4.15 2.75
Kieler Anzüge beliebte Form für 3-8 Jahre 4.15 3.10 für 9-14 Jahre 4.95 3.60

- Schul-Anzüge Joppe u. Hose, derbe Waschstoffe, für 7-12 Jahre 4.85 3.60 2.10 1.45
Wasch-Blusen u. Hosen aus Resten, f. 3-8 Jahre 1.45 95, 70, 30 Pf.
Sport-Hosen blau Satin, waschecht, für 3-8 Jahre 1.35 für 9-15 Jahre 1.55

Sport-Hemden □ Gürtel □ Sweater-Anzüge □ Strohhüte □ Mützen □ Hosenträger □ Spielhörschen

Bestellungen nach auBerhalb werden prompt ausgeführt. Von 20 Mark an franko Angabed. Alterserforderlich

BaerSohn

Reisemuster und Modelle für Knaben bis zum Alter von 15 Jahren erstaunlich billig

Kein Verkauf an Wiederverkäufer

Spezialhaus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung

Kein Verkauf an Wiederverkäufer

Chausseestrasse 29/30 □ BERLIN □ 11 Brückenstraße 11
Große Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntags nur von 8-10 geöffnet

Sonntags nur von 8-10 geöffnet

Der reichillustrierte Haupt-Katalog Nr. 47 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenfrei







Vom Märchenbrunnen.

In diesen Tagen, wo das Jubilieren um den Kaiser jeden bis- her dagewesenen Rekord schlagen soll, wäre es eine besonders an- heimelnde Aufgabe, sich der Annehmlichkeiten zu erinnern, die die Stadt Berlin, ganz besonders soweit Kunstfragen in Betracht kommen, dem zurzeit regierenden Monarchen zu danken hat. Wie zielbewußt führte Wilhelm II. sich wenige Tage nach dem Regierungsantritt mit dem kategorischen Imperativ an die Abordnung der städtischen Behörden ein: „Sorgen Sie dafür, daß in Berlin Kirchen gebaut werden!“ Wie landesväterlich milde klang wenige Monate darauf bei der Uebergabe des Jordanbeckens die Mahnung: „Vor allem bitte ich mir aus, daß das fortdauernde Zitieren meines Herrn Vaters gegen meine Person endlich unter- bleibe!“ Welches innige Verständnis für die Gedankenwelt der Berliner Arbeiterschaft zeigte es voraus, als der Kaiser einer anderen städtischen Abordnung, die da glaubte, sich am 3. Februar 1896 für die angekündigte Stiftung der Standbilder in der Siegesallee bedanken zu müssen, mit dem folgenden froh- gemuteten Optimismus entgegenkam: „Ich hoffe nun aber auch, daß die gesamte Bevölkerung ohne Unterschied des Be- kenntnisses und der politischen Parteien... einmütig und treu zu ihrem Fürsten halten wird!“

Es wäre noch mancherlei zu erzählen, etwa von der An- preisung des in Berlin hingerichteten Bürgermeisters Thilo von Wardenberg als eines trohigen, aber tüchtigen Rechts, von der Beanstandung des Portals am Friedhof der Märzgefallenen, von den Jagdgruppen am Großen Stern, die die Große Ver- liner als „kleineres Uebel“ hinstellte, nachdem der Kaiser ihr die Einführung des Oberleitungsbetriebs im Tiergarten gestattet hatte.

Aber die Betrachtungen über diese und dergleichen gleichartige Handlungen würden sich ins Aschgrau auswaschen, und daher be- gnügen wir uns mit der Erinnerung an eine Angelegenheit, die vor Jahren das peinlichste Empfinden weckte, von der man dann lange Zeit gar nicht sprach, und die nun, wo sie endlich zum Ab- schluß kommen soll, in jedem aufrechten Menschen die Frage wecken muß, wie viele Jahrzehnte es denn wohl her sein mag, daß bei unferen fortschrittlichen Stadtvätern die letzte Spur von Bürgerhohn flüchten gegangen ist. Um den Hoffmann- schen Märchenbrunnen handelt es sich, der nun doch noch, und zwar am Sonntag, draußen im Friedrichshain enthüllt wird.

Es war am 31. Mai 1901, als der Magistrat an das Polizei- präsidium die Mitteilung richtete, daß er am Friedrichshain eine Brunnenanlage errichten wolle, für die der Stadtbaurat Hoff- mann in Rücksicht auf die vielen dort spielenden Kinder Entwürfe zu Märchenbrunnen angefertigt habe. Eine solche Ankündigung war erforderlich, weil die Baupolizei bekanntermaßen königlich und nicht häßlich ist. Der Magistrat hat, die Angelegenheit möglichst zu beschleunigen. Monate vergingen. Erst am 24. September gab der Polizeipräsident eine Antwort des Inhalts, daß der Kaiser sich mit den Entwürfen befaßt habe. Der Monarch habe sich nicht zu einschließen vermocht, die Einrichtung der Brunnen nach den vorgelegten Projektzeichnungen zu genehmigen. Die schweren architektonischen Anlagen sollten in mehrere kleine Gruppen aufgelöst werden; mit den Entwürfen möge man aber einen Bildhauer betrauen, der sich auf dem Ge- biete gemütvoller Darstellungen schon bewährt habe.

Man war ganz vor Staunen, als man im Rathaus diese Antwort las. Das der Polizei und lesterhand dem Könige zu- stehende Recht in Bauangelegenheiten war bis dahin so aufgefaßt worden, daß nur etwa verkehrstechnische Bedenken in Frage kommen konnten, und nun mußte die Stadt gewahr werden, daß der Monarch diese Befugnis zu dem Recht erweiterte, seine pri- vaten Kunstanschauungen der Bürgerschaft und den in ihren Diensten stehenden künstlerischen Kräften etwa in derselben Weise aufzuzwingen, wie einem Garderegiment Befehle erteilt werden können.

Die städtische Kunstdeputation, in der bekanntlich unser verdorbener Genosse Singer ein sehr tätiges Mitglied war, begriff denn auch die Sachlage. Sie empfahl dem Magistrat, den Polizeipräsidenten um die Erklärung zu ersuchen, ob er die Ausführung des Märchenbrunnens genehmigen oder ver- sagen wolle. Im Falle der Verneinung hätte das Verwal- tungskreisverfahren Platz greifen müssen. Auch die Presse bestritt so ziemlich ohne Unterschied der Partei dem Kaiser das Recht, nach der künstlerischen Seite hin in die Angelegenheit einzugreifen, und selbst die „Post“ meinte warnend, daß der Vogen nicht überspannt werden möge, da er sonst den unbedachten Schützen schwer verbunden könne.

Es will immerhin etwas sagen, daß selbst das freikonservative Blatt von der Mannhaftigkeit des Magistrats und der Stadter- ordnetenversammlung falsche Begriffe hatte. Bedor in dieser Hin- sicht die Tatsachen reden konnten, war dem Stadtbaurat Hoff- mann noch in besonderer Weise zu Gemüte geführt worden, daß es, wenigstens nach der Auffassung des Kaisers, mit seinen künst- lerischen Qualitäten nicht gar so weit her sei. Die Furch der Großen Berliner Kunstausstellung hatte dem Schöpfer des Märchenbrunnens einstimmig die große goldene Medaille zuge- kauft. Wilhelm II. entschied aber, daß dem Künstler nur die kleine goldene Medaille zugesprochen werden solle; die künst- lerische Richtung des Berliner Stadtbaurats entspreche nicht seinen, des Kaisers, Inten- tionen.

In der Angelegenheit des Märchenbrunnens selbst wurde Oberbürgermeister Kirchner und Baurat Hoffmann vom Kaiser nach Hubertuspfad zur Audienz befohlen. Eine solche Audienz wirkt Wunder, soweit der Bürgerhohn vor Königsbronzen in Betracht kommt. Die Folge der Unterhaltung war, daß der Magistrat an die Kunstdeputation die Anfrage richtete, ob und in welcher Weise bei der Ausführung des Märchen- brunnen unter Festhaltung der Grundideen des ausgearbeiteten Projekts die Anregungen des Kaisers entsprechen werden könne. Bedor die Kunstdeputation recht zum Atemschöpfen gekommen war, befaßte sich dann am 17. Oktober 1901 die Stadter- ordnetenversammlung mit der Sache. Der sozial- demokratische Antrag auf Einleitung des Verwaltungskreisver- fahrens wurde abgelehnt, mochte auch dem Kaiser jede Hand- habe formalen Rechts zu seinem Eingriffe fehlen. Das einzige, wogu man sich aufreiste, war eine kendenhafte Erklärung, die dem — Polizeipräsidenten nur nach der boupolizeilichen Rich- tung hin Eingriffe zugesprochen wurde.

Wie belanglos dieser schüchterne Einspruch war, braucht nicht gesagt zu werden.

Wenn am Sonntag die Hülle gefallen sein wird, werden die Märchengruppen daselbst als Mahnung an die Arbeiter- schaft, daß ihrer noch die Aufgabe harret, den Absolu- tismus zum Märchenschemen zu machen.

Partei-Angelegenheiten.

Ordentliche Generalversammlung

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend, am Sonntag, den 15. Juni, vormittags 9 Uhr, in den Germania-Prachsfällen, Chausseest. 110.

Provisorische Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes, Kassenbericht, Bericht der Revisoren.
2. Wahl des Vorsitzenden, Schriftführers, Kassierers, der Revisoren und der weiblichen Vorstandsbeführer, sowie Bestätigung der von den Kreisen gewählten Funktio- näre des Verbandes. Wahl der Vorkämpfer zum Be- zirksbildungsausschuß.
3. Anträge der Kreiswahlvereine.

Anträge:

Historischer Kalender. 6. Kreis: Die Verbandsgeneralver- sammlung möge beschließen: An Stelle des historischen Kalenders ist ein praktischer Wandkalender herauszugeben.

Wochen-Abonnement. 4. Kreis: Um den Leserkreis des „Vorwärts“ bedeutend zu vergrößern und dadurch mit der prin- zipiellen Aufklärung tiefer in die Berliner Arbeiterschaft einzu- bringen, ist der „Vorwärts“ im obligatorischen 25-Pf.-Wochen- abonnement zu liefern. — 6. Kreis: Für den „Vorwärts“ ist das Wochenabonnement zum Preise von 25 Pf. pro Woche einzuführen. Das Monatsabonnement ist jedoch beizubehalten.

Zeitungs-Beschwerdekommission. 4. Kreis: Der Zeitungs- Beschwerdekommission sind zwecks Einziehung retzierender Abonne- mentsgelder Legitimationskarten auszustellen.

Sammelstellen. 4. Kreis: Die Generalversammlung wolle beschließen, daß Sammelstellen nur bei Wahlen zu gesetzgebenden Körperschaften (Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen) oder sonstigen die Allgemeinheit berührenden Angelegenheiten (große Streiks usw.) von seiten der Partei herausgegeben werden.

Entschädigung der Delegierten. Niederbarnim: Ueber die Höhe der Entschädigungen bei Delegierungen zu Parteitagen, Kongressen usw. entscheidet die Verbandsgeneralversammlung. — Sämtliche bei diesen Tagungen gegen Entgelt tätigen Genossen sind bezüglich der Entschädigung den Delegierten gleichzustellen.

Angelegenheit Vorchardt. 4. Kreis: In Sachen Vorchardt soll in vollem Umfange (sowie der Bericht der Schiedskommission) auch die Verteidigungsrede des Genossen Vorchardt im nächsten „Mitteilungsblatt“ veröffentlicht werden. — Teltow-Beeskow: Nachdem der Bericht der Untersuchungskommission über die Angelegenheit Vorchardt wörtlich im „Mitteilungsblatt“ veröffent- licht worden ist, wird der Zentralvorstand von Groß-Berlin ersucht, auch die Verteidigungsrede Vorchardts in gleicher Ausführlichkeit in der nächsten Nummer des „Mitteilungsblattes“ den Genossen zur Kenntnis zu bringen. Der Genosse Vorchardt ist zu ersuchen, zu diesem Zweck seine Verteidigungsrede dem Zentralvorstand einzu- reichen.

Reorganisation. Niederbarnim: Die Verbandsgeneral- versammlung wolle beschließen: Eine Kommission, bestehend aus 9 Genossen, mit Reorganisationrecht ist einzusetzen, die den Ursachen des Rückganges in der Organisation und der „Vorwärts“-abonnenten nachforscht und Mittel zur Abhilfe in Vorschlag bringt. — Tel- tow-Beeskow: Um eine möglichst großzügige Reorganisation der Partei Groß-Berlins durchzuführen, wird der Zentralvorstand Groß-Berlins beauftragt, der nächsten Verbandsgeneralversamm- lung eine Vorlage zu unterbreiten, nach der die acht Wahlvereine Groß-Berlins zu einem einheitlichen Bezirksverein zusammenzu- legen sind.

Die Generalversammlung beschließt, daß die Zahlabende bei- gehalten werden, um die Kleinarbeit erledigen zu können.

Zur Aufklärung der Mitglieder und Agitation unter den uns noch fernstehenden sind Bezirksversammlungen abzuhelfen.

Den Leitern der Zahlabende ist mehr Material zwecks besserer Ausgestaltung derselben zu übermitteln.

Um die Fluktuation unter den Mitgliedern einzudämmen, ist die Hauskassierung durchzuführen.

Der geschäftsführende Ausschuß.

Zur Lokalliste.

In Werder ist nur das Lokal „Schwarzer Adler“, Fischer- straße 98 — nicht 18 — frei. Der Inhaber heißt Karl Reinert.

6. Wahlkreis.

Die Genossinnen der 18. Abteilung veranstalten am Montag, den 16. Juni einen Dampferausflug nach Schmüdow. Abfahrt 1/2 9 Uhr vormittags von der Kneberei Kobling (Restaurant Saultzheim) an der Jannowibridge. Straßenbahnverbindung mit Nummer 35, 36, 37 und 41 bis Jannowibridge.

Die Genossinnen der 19. Abteilung veranstalten am Montag, den 16. Juni ein Kaffeefest im Schloßpark Nieder-Schön- hausen (Inh. Schäpler).

Brig-Budow. Am Dienstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, in Weders Gesellschaftshaus: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Berichterstattung von der Kreis- und Verbandsgeneralversammlung. 2. Bericht der Gemeindevertretung. 3. Verschiedenes.

Ober-Schönweide. Am Sonntag, den 15. Juni, findet ein Ausflug nach Ahrensfelde statt. Abfahrt 1 Uhr 36 Min. vom Marktplatz an der Edisonstraße bis Friedrichsfelde (Kirche); dort 2 Uhr 42 Min.

Waldhofs (Ostbahn). Montag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn S. Anders, Waldhofsstraße: Wahlvereinsver- sammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Bezirksleitung und Neu- wahl derselben. 2. Bericht unserer Gemeindevertreter. 3. Diskussion und Verschiedenes.

Friedrichshagen. Morgen Sonntag, den 15. Juni, findet ein Familienausflug nach Restaurant Rosenstein statt. Treff- punkt nachmittags 3 Uhr am Eingang zum Kurpark.

Bezirk Waldmannslust. Heute Sonabend, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet in Witzewerder im „Gesellschaftshaus“ die Mit- gliederversammlung des Wahlvereins statt.

Morgen Sonntag, den 15. Juni, früh 8 Uhr: Flugblatt- verbreitung.

Hohen-Schönhausen. Morgen Sonntag früh 8 Uhr: Flugblatt- verbreitung von den Bezirkskollegen aus.

Berliner Nachrichten.

Andenken an die Hochzeit im Kaiserhause.

Ein starkes Stück mutet der Berliner Magistrat den Eltern der- jenigen Kinder zu, die sich auf höhere Anordnung an den patriotischen Feierlichkeiten der letzten Zeit beteiligt haben und dabei erkrankt sind. In Wilmersdorf passierte es einem Paare dieser Tage, daß er von der städtischen Behörde die Aufforderung erhielt,

1 Mark 50 Pf. zu zahlen, weil seine Tochter, die unter Führung des Lehrers von Wilmersdorf aus an der Begrüßung der in Berlin ein- ziehenden Fürstlichkeiten teilnehmen mußte, aus Anlaß der Doh- n-macht, die sie befiel, auf einer Sanitätswache ein Ruhe- lager sowie stärkende Tropfen erhalten hatte. Mit Recht meint der Vater, es sei schon arg genug, daß seine Tochter infolge der ihr von oben zugemuteten Anstrengung krank geworden ist, und er hält es für eine selbstverständliche Anstandspflicht des Wilmersdorfer Magistrats, sich seiner von Berlin aus behelligten Person anzu- nehmen. Besteht die Stadt Berlin im Ernst darauf, daß Kosten für das bisherigen Samariterdienst gezahlt werden sollen, der bei der patriotischen Gelegenheit gewährt wurde und ja wohl auch gewährt werden mußte, dann mag der Wilmersdorfer Magistrat auch die Zahlungspflicht erfüllen. Denn die städtische Schulbehörde ist im vollen Maße für das Unheil verantwortlich, dem die armen Kinder sich auf behördlichen Anlaß aussetzen mußten.

Schwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen.

Ein schwerer Zusammenstoß auf der Straßenbahn ereignete sich gestern morgen kurz nach 9 Uhr an der Ecke der Brunnen- und Invalidenstr. Der Unfall entstand dadurch, daß einem Straßen- bahnwagen der Linie 36 auf der Fahrt vom Gesundbrunnen nach dem Kreuzberg in der Brunnenstraße nahe der Anklamer Straße die Bremse versagte. Der Wagen lief nun in voller Fahrt die ab- schüssige Bahn der Brunnenstraße nach der Invalidenstr. zu hinunter. Als er diese erreichte, kam von der noch steileren Veteranen- straße herunter ein Wagen der Linie 50 (Schönhäuser Allee—Schöneberg, Warburgstraße), um in die Invalidenstr. einzufahren. Der schadhafte Wagen fuhr diesen mit so großer Wucht, daß er ihn aus den Schienen hob, vollständig umdrehte, so daß er nach der entgegengesetzten Rich- tung stand und mit der Spitze auf dem Bürgersteig vor dem Waren- haus Greifenhagen hielt. In das Getöse geriet auch noch ein Pferdeomnibus der Linie 23, der vom Rosenthaler Tor her die Brunnenstraße hinauffuhr. Seine Pferde kamen zu Fall und der Fahrer wurde nur durch die Lederdecke, unter der er mit den Reinen saß, auf dem Bod festgehalten. Rettungswagen vom Ber- hand für erste Hilfe erschienen alsbald an der Unfallstelle und brachten die Verletzten nach den benachbarten Unfallstationen und Krankenhäusern. Die drei Wagen waren so schwer beschädigt, daß sie aus dem Betriebe herausgenommen und nach den Bahnhöfen ge- bracht werden mußten.

Der Zusammenstoß

war so heftig, daß an beiden Wagen sämtliche Spiegelscheiben auf der linken Seite zertrümmert wurden und ein Hagel von Scherben ergoß sich auf die ahnungslos dahinsitzenden Passagiere. Der Fahrer der Linie 36, Schenk, erhielt einen so gewaltigen Stoß, daß er auf der Stelle betäubt zu Boden sank und der Motortwagen die Brunnenstraße weiterrollte, bis er am Rosenthalertor etwa neben dem Schwerebahngrüß selbstständig anhalt. Auch der Schaffner Klausch hatte einen so schweren Krampfanfall und eine Umver- legung davongetragen, daß er sich nicht im Stande sah, helfend einzugreifen.

Eine Panik bemächtigte sich nach dem Zusammenstoß der Passagiere. Fast alle waren bei dem mit furchtbarer Gewalt er- folgten Anprall von den Sigen geschleudert worden und lagen blutend oder ohnmächtig am Boden. Die meisten hatten Verletzungen durch Glasscherben erlitten, waren jedoch in der Angst und dem Schreck über die Katastrophe vollkommen kopflos. Inzwischen bemühten sich Passanten um die Verletzten und benach- richtigten die Feuerwache in der Oberberger Straße, die so- fort alle ihre zur Verfügung stehende Rettungswagen an die Unfall- stelle entsandte. Die Schwerverletzten wurden in das Kranken- haus am Friedrichshain geschafft, während die leichter Verletzten nach der Unfallstation in der Eichendorffstraße gebracht wurden, wo sie Notverbände erhielten. Vom Straßenbahnhof in der Adersstraße eilten zwei Rettungswagen herbei, welche zuvörderst den entgleis- ten Straßenbahnwagen der Linie 50 wieder eingeleisten und nach dem Depot abschleppten. Auch der Triebwagen der Linie 36 mußte aus dem Betriebe gezogen werden. Der Unfall hatte eine ungeheure Menschenansammlung veranlaßt, welche stundenlang an der Kreuzungs- stelle ausharrte, so daß ein zahlreiches Polizeiaufgebot zur Aufrecht- erhaltung des Verkehrs herangezogen wurde.

Bei dem Zusammenstoß auf der Straßenbahn wurden zwei Männer so schwer verletzt, daß sie nach dem Krankenhause gebracht werden mußten, der Straßenbahnfahrer Max Schenk von der Linie 36, der in der Reinholdsdorfer Str. 106 wohnt, nach der Charité, der Handelsmann Nathan Stark aus der Dragonerstr. 48, nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Erheblich verletzt wurden ferner der Kaufbureau Hans Weich aus der Grounstr. 38; der Hausdiener Otto Eising aus der Aniprodorfer Str. 11/12; der Schlächter Michael Sypel aus Reinholdsdorf-Df., Sommerstr. 47; der Kellner Paul Schütz aus der Schwedder Str. 35a und die Witwe Emma Teuber geb. Jornid aus der Kuppiner Str. 17. Die anderen Fahrgäste und Angestellten kamen mit leichteren Verletzungen davon. Es sind: Frau Emma Lindemann geb. Siebert, Gleimstr. 58; Witwe Marie Berger, Straßburger Str. 18; Vole Richard Jänike, Liebig- straße; Frau Marie Redefeld geb. Schulte, Brunnenstr. 61; Arbeiterfrau Verta Jani geb. Werner, Koloniestr. 28; Frau Clara Scharfenberg geb. Venus, Fringensallee 62; Dreher Albert Beiter, Reinholdsdorf-Df., Söhringstraße 96/97; Koch Erich Krüger, Wolliner Str. 36; Musiker Oskar Wigan, Fehrbelliner Str. 40; Rentiere Hedwig Ladewig, geb. Schüller, aus Bergfelde; Elisabeth Gronal, geb. Müller, Reinholdsdorf-Df., Söhringstr. 67; Frau von der Duc, Panlow, Görtschke, 22; Elise Jall, Brunnenstr. 98; Omnibusfahrer Nagrafus, Marheineckplatz 11; Musiker Albert Baranewski, Frankfurter Str. 2; Kaufmann Max Valentin, Schönhäuser Allee 135; Schutzmann Dyes, dom 101. Revier; Ofenfeger Stanislaus Queitisch, Marienburger Str. 11.

Die Große Berliner Straßenbahn teilt offiziell mit: Heute vor- mittag um 9 Uhr 25 Minuten fuhr der Motortwagen 1051 der Straßenbahnlinie 36 an der Kreuzung der Brunnenstraße und Invalidenstr. gegen den Hinterrad des die Kreuzung be- fahrenden Motortwagens 2245 der Linie 50. Durch den Anprall wurde der Wagen aus dem Gleis gedrückt, wobei er gegen einen Omnibus der Linie 23 stieß. Es wurden außer den beiden Fahrern 19 Personen zumeist durch Glassplitter verletzt, darunter 4 erheblicher. Die Unfallstrecke liegt im Gefälle. Die Bremsen des auffahrenden Wagens erwiesen sich bei der Unter- suchung nach dem Unfall, soweit bei dem beschädigten Zustande des Wagens festgestellt werden konnte, als einwandfrei. Der Fahrer wurde nach der Charité gebracht und ist bisher noch nicht ver- nehmungsfähig.

In dem Bericht über die letzte Berliner Stadtverordnetenver- sammlung hat in unliebsamer, den Sinn entstellender Weise der Drucksetzer- teufel sein Unwesen getrieben. Der Passus in der Rede des Ge- nossen Städtigen lautete richtiggeheißt:



# Vorort - Nachrichten.

## Sichtenberg.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung hatte zunächst von einem neuen Art betriebsfremdlichen Fiskalismus Kenntnis zu nehmen. Die Stadtverordnetenversammlung hatte beschlossen, die Eisenbahnverwaltung zu erforschen, am Bahnhof Nummelsburg einen zweiten Zugang zu schaffen. Die vom Magistrat eingereichte Petition in dieser Sache beantwortete die Eisenbahnverwaltung ablehnend. Sie erkenne ein Bedürfnis für den zweiten Zugang nicht an. Aber, man wolle gnädigst den angebotenen Wünschen entgegenkommen. Nur eine Bedingung sei zu erfüllen: die Stadtverwaltung müsse die erforderlichen Baukosten und auch die Betriebskosten übernehmen. — Die Erfahrungen bei der Lieberführung an der Gürtelstraße, die die Eisenbahn auf Kosten der Stadt ausführe, haben den Geschmack an solchen Geschäften gründlich verdorben. Nummelsburg wird demnach keinen zweiten Zugang erhalten. Sodann lag eine Anfrage vor die den Zweck hatte, den Magistrat zu einer Vorlage betreffend eine Stiftung (aus Anlaß der Jahrhundertfeier) zu veranlassen. Gewünscht wurde das Zurverfügungstellen eines städtischen Grundstücks als Spielplatz. Oberbürgermeister Pichler erklärte, der Magistrat plane eine dementsprechende Vorlage. Genosse Grauer führte aus, daß die Schaffung eines Spielplatzes ja schon beschlossen worden sei, der Hygienereferat bedürfte es gar nicht. Stadtv. Schachtel beantragte, eine Vorlage betreffend den Abschluß von Verträgen mit Friedhofsfeldern in öffentlicher Sitzung zu verhandeln, damit die Bürgerschaft in der Nachbargemeinde erfahre, daß nicht Sichtenberg, sondern die Verwaltung von Friedhofsfeldern die Erledigung der Angelegenheit erkläre und ihr eine unbillige Schärfe gebe. Mit Rücksicht auf die Sache selbst wurde der Antrag nach Abgabe der Erklärungen zurückgezogen. — Wegen des Eintritts des Genossen Grauer in die Schuldeputation hat die Regierung Einspruch erhoben; der Magistrat beantragte deshalb, eine Ersatzwahl vorzunehmen. Die Versammlung wünschte Kenntnis von dem Schriftwechsel zu erlangen. Aus diesem Grunde erfolgte Vertagung. In einer langen Erörterung kam es sodann in der Turnhallenfrage. Die Stadtverordnetenversammlung hatte beschlossen, allen Turnvereinen die Schulturnhallen zur Verfügung zu stellen. Der Magistrat hat es nicht für nötig gehalten, dem Beschlusse zu entsprechen oder die Genehmigung der Regierung einzubohlen. Bei der bekannten Stellung der Regierung habe er das für zwecklos gehalten. Auf Anfrage des Genossen John erklärte der Oberbürgermeister, das Stadtbauamt habe bereits ein Projekt für eine städtische Turnhalle ausgearbeitet. Die Genossen Grauer, Eisenstadt, John und Elias griffen den Magistrat wegen seines Verhaltens an. Er hätte die Pflicht gehabt, sich als Beauftragter der Stadtverordnetenversammlung zu fühlen, nicht als freiwillig in Vorhaltung funktionierendes Organ der Klassenregierung. Die bürgerlichen Stadtverordneten Schumacher und Schachtel kennzeichneten das Verhalten der Regierung als unklug und parteiisch. Der letztere beantragte, als Antwort auf das einseitige Verhalten der Regierung für alle Vereine die Hallen zu schließen. Genosse Grauer erklärte, daß unsere Genossen eine solche Maßnahme ablehnten. Stadtv. Schumacher forderte daraufhin den Magistrat auf, schleunigst für die Erbauung einer städtischen Turnhalle zu sorgen, damit man auf diese Weise endlich aus den unerquicklichen Verhältnissen herauskomme. Er sagte die Zulage des Oberbürgermeisters in diesem Sinne auf. Einen Widerspruch hörte man nicht. Man kann demnach darauf rechnen, daß die Parteilichkeit und Kurzsichtigkeit der Regierung unseren Turnvereinen recht bald zu einer Turnhalle verhelfe. — Sodann beschloß die Versammlung, dem Magistrat eine Petition der „Verbündeten Frauenvereine“, die auf Schaffung eines Wohnungsamtes hinstreift, zur Berücksichtigung zu überweisen. — Mit geringen Änderungen gelangte dann die Magistratsvorlage betreffend Reorganisation der Armen- und Waisenpflege zur Annahme. Der Antrag unserer Genossen, anstatt der vorgeschlagenen 25 Bezirke, deren 50 einzurichten, wurde mit einer ganz geringen Majorität abgelehnt. Eine Vorlage, die die Einrichtung von neuen Lehrstellen verlangte, gab dem Genossen John Gelegenheit, die hohe Frequenz besonders in den unteren Klassen zu beleuchten, er forderte, hier mehr Stellen einzurichten. Die Majorität ließ sich gern überzeugen, daß Sparfameit das Empfehlenswerteste sei, sie bewilligte nur die in der Vorlage geforderten Stellen, obwohl auch ein Lehrer einige Stellen mehr verlangte. Weil die Verwaltungsdeputation aus Anlaß der Projekte der Erbauung eines neuen Gaswerks einige Informationsreisen unternommen hatte, interpellierten einige bürgerliche Herren unter Führung des Herrn Schachtel. Sie verlangten Maßnahmen des Magistrats, um den überhandnehmenden Informationsreisen... vorzubeugen“. Der Magistrat verteidigte die Informationsreisen als durchaus notwendig und zweckdienlich. Die Ansprache veranlaßte den bürgerlichen Stadtverordneten Schumacher zu erklären, daß er gegenüber solchen Besuchen, die Verneinungsfreiheit der Deputationen einzuführen, die Verantwortung für Beschlüsse von einschneidender Bedeutung ablehne. Zum Protest gegen seine Freunde verließ er sodann die Versammlung. Sodann gab Genosse Dammel dieselbe Erklärung ab. Unsere Genossen hatten folgende Interpellation eingebracht: „Ist der Magistrat gewillt, der Entscheidung des Bezirksausschusses in Sachen der Aufstellung der Wählerlisten zur Stadtverordnetenversammlung schon jetzt Rechnung zu tragen? Insbesondere will der Magistrat bei Aufstellung der neuen Wählerliste entsprechend der bisherigen Rechtsanschauung den Fiskus, die G. m. b. H. und die Genossenschaften außer Betracht lassen?“ — Fremdenrechtliche Erklärte der Magistrat, er sei nicht in der Lage, die (vom 20. Mai datierte) Interpellation zu beantworten. In der nächsten Sitzung wird er Rede stehen müssen.

## Reinickendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Der Vorsitzende, Beigeordneter Reichel, gab zunächst Kenntnis von einem Schreiben der Großen Berliner Straßenbahn. In diesem verlangt sie für die Ausführung einer von ihr angeregten Straßenbahnverbindung durch die Koppenhagener Straße eine Entschädigung, falls die Gemeinde dem Projekt der Verlängerung der Hoch- und Untergrundbahn „Reinickendorf-Besandbrunn“ nach Reinickendorf ihre Zustimmung geben würde. Durch diese neue durch nichts gerechtfertigte Forderung wird die so notwendige Straßenbahnverbindung nach Rosenhof und die Verbindung der östlichen und westlichen Ortsteile Reinickendorfs aufs neue ernstlich in Frage gestellt. Die Feststellung der Gemeindefinanzrechnung war seinerzeit zurückgestellt worden, nachdem Genosse Schuberger diverse größere Abmeldungen gegenüber dem Finanzvorstand bemängelt hatte. In einer neuen eingehenden Vorlage werden jetzt die erforderlichen Aufklärungen gegeben. Aus Anlaß des Regierungsjubiläums des Kaisers verlangte der Gemeindevorstand vor kurzem die Bewilligung einer Summe von 300 M., welche dem Verband der größeren Landgemeinden Preußens zwecks einer Veteranenpende überwiesen werden sollten. Unsere Genossen hatten dagegen, unter Ablehnung der Zusammenföpfung mit irgendeinem höfischen Feste, beantragt, daß der Gemeindevorstand der Gemeindevertretung baldigst eine Vorlage unterbreite, welche die Mittel fordere zur Sicherung eines sorgfältigen Lebensabends bedürftiger Veteranen Reinickendorfs. Der Gemeindevorstand empfahl nun in einer Vorlage, den ortsdarstellenden Veteranen, deren Einkommen geringer als 1500 M. ist, eine Spende von 50 M. zu bewilligen. Die Gemeindevertretung stimmte dem zu. Das Statut der Sparkasse soll dahingehend geändert werden, daß die Sparkasse auch den Giro- und Scheckverkehr pflegen kann. Außerdem sollen vorübergehend zur freien Verfügung stehende Gelder in kurzfristigen prima Bankwechseln angelegt werden dürfen. Einem Abkommen mit dem Eisenbahnfiskus wegen Pachtung einer Fläche am Bahnhof Schönholz wurde zugestimmt. Hier soll die längst geforderte Bedürfnisanstalt errichtet werden. Die Pumphalle in der Aligstraße soll durch Beschaffung einer neuen, den gesteigerten Anforderungen entsprechenden Pumpe erweitert werden. Die erforderliche Summe von 20 000 M. wurde bewilligt. Die Feiernzeit noch nicht ausgebaute erste Gemeindefschule ist überfüllt. Die Schule soll deshalb voll ausgebaut werden. Zu den vorhandenen 18 Klassen sollen durch einen

Erweiterungsbau 12 neue errichtet werden. Die hierzu erforderlichen 115 000 M. sollen durch „Pump“ beschafft werden. In der Diskussion wendete sich Herr Busch gegen den Ausbau; er wurde aber gegen seine Stimme beschloßen. Ein Teil des im Besitze der Gemeinde befindlichen Grundbesitzes ist „baureif“ geworden, also nicht es bei unseren Bürgerlichen fest — jetzt wird er verfloppelt. Der augenblicklich schlechten Konjunktur auf dem Grundstücksmarkt verdanken wir, daß wir noch besitzen, was „von den Vätern wir ererbte“. Ein Bebauungsplan ist seit mehreren Jahren fertig, ganz Schema — Riisch. Der Verbandsausfluß Groß-Berlin hat dann auch das Produkt des bis zum Erbrechen angewandten Lineals beanstandet und sich sogar erlöhnt von dem circa 40 Hektar großen Terrain ein Zehntel, also etwa 4 Hektar als „Grünflächen“ zu fordern. Groß-Dalok! — Ablehnung! Aber nun kommen sogar die verzerrten Tiger des Grundstückshandels und erklären das Reichheitschema für unerkäuflich. Das Gelände ist sehr unvorteilhaft aufgeteilt; es ist nichts dabei zu verdienen. Das zieht auch bei uns. Also eine Abänderung des Bebauungsplanes. Das Gemeindevorstand zieht noch einige neue Linealstriche auf den alten Plan. Jetzt sieht jeder Laie — der Plan ist rettungslos dahin. Nur schleinige Bludt in die Deffentlichkeit kann retten. Und endlich der erste vernünftige Gebante. Ein Wettbewerb! Und der Gebante steigt auch in unserer Gemeindevertretung. 6000 M. sollen für die Preise ausgelobt werden. Zu Schiedsrichtern sollen außer drei Mitgliedern der Gemeindeverwaltung der Gemeindebauinspektor und drei der bekanntesten Städtebauer (Sögge, Köhring und Janßen) gebeten werden.

Der Jahresbericht des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts für 1912 ist endlich erschienen. Derselbe zeigt, daß die Geschäftstätigkeit des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts gegen das vorhergehende Jahre eine geringere gewesen ist. Kamenlich ist es das Kaufschlichterliche der baugewerblichen Handwerksbetriebe, das eine ganz bedeutende Verminderung von Streitfällen aufzuweisen hat, was jedenfalls auf die geringere Bauaktivität zurückzuführen ist. Im Berichtsjahre sind an gewerblichen Streitigkeiten anhängig gemacht worden 158 Streitigkeiten. 20 unerledigte Fälle wurden aus dem Vorjahre übernommen, so daß im ganzen 178 gegen 222 Streitfälle im Vorjahre zu erledigen waren. In 22 Fällen erhoben mehrere Kläger durch gemeinschaftlichen Antrag Klage. Die Zahl der Kläger überhaupt betrug 196 gegen 275 im Vorjahre. In 172 Fällen traten Arbeiter als Kläger gegen Arbeitgeber auf, in einem Falle Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer und in fünf Fällen klagten Arbeiter denselben Arbeitgebers untereinander. Von den 178 Streitigkeiten entfielen auf das Baugewerbe 43 (71), Fabrikbetriebe 58 (72), Fuhrwerksbetriebe 21 (14), Handwerksbetriebe 27 (35) und auf sonstige Betriebe (Eisbahner, Restaurateure usw.) 29 (30) Fälle. Auf Antrag, Auflösung des Arbeitsverhältnisses, Zeugnis, Lohnbuch usw. entfielen 8 (10) Fälle, aus Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis 133 (170) Fälle, Rückgabe von Zeugnissen, Urkunden, Gerätschaften, Kautionen usw. 12 (18) Fälle. Anträge auf Schadenersatz oder auf Zahlung von Vertragsstrafen waren 61 (50) Fälle zu verzeichnen. Der Wert des Streitgegenstandes betrug in 69 Fällen bis zu 20 M., in 36 Fällen bis zu 50 M., in 35 Fällen bis 100 M. und in 22 Fällen über 100 M. Das niedrigste Klageobjekt betrug 1 M., das höchste 890 M. Von den Streitigkeiten wurden 39 Fälle durch Zurücknahme der Klage oder Richterurteil der Parteien erledigt. Im Vergleichsjahre 54 Fälle, durch Versäumnisurteil 35 Fälle, während 31 Fälle mit einem Endurteil abgeschlossen und 18 Fälle unerledigt in das neue Jahr übernommen wurden. Die Prozedurdauer betrug in 29 Streitigkeiten bis zu einer Woche, in weiteren 29 Fällen bis zu zwei Wochen, in 39 Fällen bis zu einem Monat, in 52 Fällen bis zu drei Monaten und in 11 Fällen dauerte dieselbe länger als drei Monate. Zur Erledigung der anhängig gemachten Prozesse waren 251 Termine notwendig, die an 33 Gerichtstagen abgehalten wurden, hiervon wurde an 22 Tagen ohne und 11 Tage mit Beistyrern verhandelt. Als Einigungsamt und auch für Gutachten brauchte das Gericht nicht angerufen zu werden. Die aufgewendeten Kosten seitens der Gemeinde für das Gewerbegericht beliefen sich auf 466,13 M. Das Kaufmannsgericht hatte 25 Streitigkeiten gegen 30 im Vorjahre zu erledigen. In allen Fällen traten Handlungsgesellschaften als Kläger gegen Prinzipale auf. Hier betrug das niedrigste Klageobjekt 54,65 M., während das höchste sich auf 1027,65 belief. Durch Vergleich wurden 11 Fälle erledigt, Endurteile wurden 4 ausgesprochen, während die übrigen durch Zurücknahme der Klage, Richterurteil zum Termin und Versäumnisurteil erledigt wurden. Die aufgewendeten Kosten seitens der Gemeinde für das Kaufmannsgericht beliefen sich auf 44 M.

## Pantow.

Das hiesige Gewerbegericht hatte sich im Berichtsjahre 1912 mit 278 Klagen zu befassen, wozu 38 Beschluß- und 14 Spruchfügungen erforderlich waren. Von den Streitigkeiten richteten sich 2 gegen Arbeitnehmer und 276 gegen Arbeitgeber. Hier von entfielen auf das Baugewerbe (einschließlich der baugewerblichen Handwerksbetriebe) 99, auf Fabrikbetriebe aller Art 55, auf Brauereibetriebe 6, auf Restaurationsbetriebe 20, auf Fuhrwerksbetriebe 14, auf Handwerksbetriebe 43 und auf sonstige Betriebsarten 43 Sachen. Es wurden erledigt: durch Vergleich 70, durch Zurücknahme der Klage 55, durch Verzicht 14, durch Anerkenntnis 1, durch Versäumnisurteil gegen Kläger 7, gegen Beklagte 44, durch andere Endurteile 63, durch Richterurteil der Parteien 5 Streitigkeiten. 19 Klagen gingen unerledigt in das Jahr 1913 über. Von den 63 durch Endurteil erledigten Fällen wurde 14mal noch dem Klageantrag, 14mal auf teilweise Beurteilung und 35mal auf Abweisung der Klage erkannt. Berufung wurde in 4 Fällen eingelegt. Hier von wurde in einem Falle das Urteil des Gewerbegerichts bestätigt, in einem Falle abgeändert und in einem Falle aufgehoben. Der vierte Fall fand im Berichtsjahre noch keine Erledigung. Von den aus dem Vorjahre (1911) in das Berichtsjahr übernommenen 21 Streitigkeiten wurden erledigt: durch Vergleich 6, durch Klagezurücknahme 1, durch Verzicht 2, durch Versäumnisurteil 7, durch Beurteilung nach dem Klageantrag 1, durch teilweise Beurteilung 1 und durch Abweisung der Klage 8. Als Einigungsamt gemäß § 34 des Ortsstatuts ist das Gewerbegericht nicht in Aktion getreten. Ebenso sind Gutachten und Anträge gemäß § 48 des Ortsstatuts und § 75 des Gewerbegerichtsgesetzes im Berichtsjahre nicht abgegeben worden. Bemerkenswert ist, daß auf Antrag der Arbeitnehmerbeisitzer von der Gemeindevertretung die Erhöhung der Zahl der Beisitzer jeder Kategorie von bisher 9 auf 12 beschloßen wurde. Die Ergänzungs-, Ersatz- und Neuwahl findet in diesem Jahre statt.

## Oranienburg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. In der Versammlung vom 21. Mai cr. wurde in geheimer Sitzung einem Plane zugestimmt, wonach voraussichtlich noch im kommenden Winter auch unser Ort mit Leucht-, Koch- und Heizgas versorgt werden soll. Es wurde die Gründung einer „Gaswerkvereinigung Niederbarnim West“ vorgenommen. Die letzte Sitzung des Niederbarnimer Kreisrates hat sich ebenfalls mit der Sache beschäftigt und die Gründung zugestimmt. Wir haben über die Angelegenheit in der Freitagnummern eingehend berichtet. Der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Mai cr. macht für das Zustandekommen des Unternehmens aber insofern Schwierigkeiten, als er die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft nach hier zur bestimmten Voraussetzung macht. Im Interesse des baldigen Zustandekommens des Unternehmens ist der Beschluß dahin abzuändern, daß der Sitz der Gesellschaft nicht von vornherein Oranienburg ist, daß aber der Wunsch zum Ausdruck kommt, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit den Sitz von Berlin nach Oranienburg zu verlegen. Der Vorstand des Kreises tritt der Ansicht, daß der Sitz des Gaswerkes unser Ort sein müsse, daß diese Forderung aber aus praktischen Gründen jetzt nicht zur Bedingung gemacht werden dürfe, da eine Verweigerung eine unübersehbare Einwärtschiebung der ganzen Angelegenheit zur Folge habe. Der Bürgermeister v. Loebell versichert, daß, wenn er nicht die volle Gewißheit habe, daß Oranienburg in jeder Weise Rechnung getragen werde, er diese Angelegenheit gar nicht unterbreite hätte. Hierauf gelangte der Magistrats-

Die vereinigten Senate meinen nämlich, die Kabinettsorder müsse ausgelegt werden im Sinne der damaligen Zeit; die Privatlehre müßte also überwacht werden auch in religiöser und politischer Beziehung, und politische Verdächtige könnten keinen Erlaubnisbeschein bekommen. Verdächtig war in jener Zeit Friedrich Ludwig Jahn, der sich des Hochverrats schuldig gemacht hatte, weil er die höchst gefährliche Lehre von der Einheit Deutschlands aufgebracht hat“. Demnach dürfte also doch ein Schülerlaubnisbeschein auch allen denen, die auf dem Boden der heutigen deutschen Verfassung stehen, nicht erteilt werden. In solchen wunderbaren Konsequenzen führt diese Entscheidung!

## Zwei Parteiveteranen gestorben.

Am Donnerstag wurde auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde in der Poppelallee der 64 Jahre alte Zimmerer Karl Diege zu Grabe getragen. Der Verstorbene, der zuletzt im 4. Wahlkreis wohnte, war ein altes Parteimitglied und hat unter dem Sozialistengesetz der Partei treffliche Dienste geleistet. Im Jahre 1878 schloß Diege sich der Partei an, zu einer Zeit, wo unsere Genossen gehetzt und geschläpelt wurden. Mannhaft und apferebereit hat Diege die schwere Zeit des Schandgesetzes mit überwinden helfen. Diege hat besonders in Niederbarnim den schwierigen Kampf für Verbreitung unserer Ideen geführt, immer in vordersten Reihen stehend. Er gehörte längere Zeit als Vertreter Niederbarnims dem Zentralkomitee an und hat auf diesem schwierigen Posten sowie in allen Situationen, in die er kam, ernst und zielbewußt für unsere Sache gestritten. Wenn später sein Alter es ihm weniger ermöglichte, in der bisherigen Weise tätig zu sein, so soll dem treuen Parteiveteranen der Dank der Partei nicht gemindert und seiner ehrend gedacht werden.

Am 11. Juni ist nach achtjähriger Krankheit der Tapezierermeister Heinrich Klop im Alter von 65 Jahren gestorben. Klop, der sich schon in früher Jugend unserer Partei angeschlossen, ließ es sich Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre besonders angelegen sein, unsere in schamloser Weise verfolgten Genossen in der uneigenmächtigsten Weise zu unterstützen und denen gütliche Aufnahme zu gewähren, die durch die Fuchtel des Sozialistengesetzes mit der Ausweisung bedacht, genötigt waren, heimlich nach Berlin zu kommen, um ihre privaten Verhältnisse zu ordnen, obwohl er selber darunter zu leiden hatte.

Die Beerdigung dieses Veteranen findet heute nachmittags 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des städtischen Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

## Ein Luftmörder verhaftet.

In Berlin verhaftet wurde gestern wegen eines Luftmordes in Schlesien der 19 Jahre alte aus Waunje im Kreise Frankenstein gebürtige Bäcker und Konditor Max Weigel, der früher in Berlin in der Lehre war und im September vergangenen Jahres in einer Bäckerei in Wilmersdorf als Gehilfe arbeitete. Weigel ist jener Unhold, der vor vier Wochen in Jabel in Schlesien, am 18. v. M. die sechs Jahre alte Tochter Emilie des Oberstweizers Schneider vergewaltigte und dann erzwürge.

Die Jubiläumsschwandlung, die vorzugsweise unter den Linden und am Pariser Platz weit vorgeschritten ist, hat durch den gestern niedergegangenen Hagel arg gelitten. Die Fahnen und Girlanden sind durchwühlt und hängen wie Scherlappen von den Gebäuden; die Blumen sind vom Sturm zerzaust und die Pappmatten völlig durchgeweicht. Man wird wohl wieder von neuem anfangen müssen.

Die Automobilisten ludigten gestern im Stadion dem Kaiser durch Herrenfahrten, Jagdspringen, Hindernisfahren, Damenreiten und Freisportspringen. 500 mit Blumen geschmückte Kraftwagen führte der kaiserliche Automobilklub vor. Die starken Regengüsse machten den Huldigern einen argen Strich durch die Rechnung.

## Vier Wochen tot in der Wohnung gehangen.

Wir brachten gestern die Mitteilung, daß in einer Wohnung im Hause Meyer Str. 26 der Kriegseinvalide Theodor Rayow, der von seiner Frau getrennt lebte, tot aufgefunden wurde und daß festgestellt werden konnte, daß Rayow schon seit vier Wochen tot sein mußte. Zu diesem auffälligen Vorgange wird uns berichtet: Rayow, der gern trank, erhielt wöchentlich drei bis vier Mal von seiner in der Veltorfer Straße wohnenden Ehefrau warmes Essen zugesandt. Am 14. Mai ersuchte Rayow eine Nachbarkost, seiner Frau mitzuteilen, daß er sich sehr krank fühle. Als die Ehefrau am Mittag das Essen bringen wollte, wurde die Wohnung nicht geöffnet.

Am 17. Mai machte ein Hausbewohner dem Hauswirt Mitteilung, daß M. seit drei Tagen sich nicht habe blicken lassen und daß er sich vielleicht ein Leid angetan haben könnte, da er Selbstmordabsichten geäußert habe. Der Hauswirt wehrte ab. Am 20. Mai wurde von einem Hausbewohner dem Polizeirevier von dem Verdacht Kenntnis gegeben. Auf dem Revier soll geantwortet worden sein, es sei Sache des Hauswirts, sich um die Angelegenheit zu kümmern. Auch ein in der Ramlersstraße wohnender Bekannter M.'s, der auch von dem Selbstmordabsichten durch eine von Rayow an ihn gerichtete Karte erfahren hatte, sei vom Polizeirevier ebenfalls an den Hauswirt verwiesen worden. Der Wirt sei ein Polizeier, er müsse die Wohnung öffnen. Aber es geschah nichts. Erst, als dieser Tage im Hause Reparaturen vorgenommen werden sollten, mußte die Wohnung geöffnet werden. Dabei wurde die an der Tür hängende Leiche des M. gefunden, die schon ganz in Verwesung übergegangen war.

Wir wollen hier nicht feststellen, ob die Polizei oder den Hauswirt der größere Teil der Schuld trifft. Hätte es sich um ein Verbrechen gehandelt und um keinen Selbstmord, so hätte die Polizei durch ihr passives Verhalten doch unbedingt einen geradezu unvergleichlichen, gar nicht gut zu machenden Fehler begangen.

## Gefangsprobe im Schloßhof.

Unter vielen Schulkindern herrscht seit Wochen eine gewisse Erregtheit. Nicht weniger denn 7000 Kinder sind aus den verschiedensten Schulen und Klassen herausgeführt worden, um am Sonntag, den 16. Juni, im Schloßhof vor dem Kaiser zu singen. Aus diesem Anlaß werden die zum Singen bestimmten Kinder fortgesetzt mit Proben und Übungen befaßt, die nachgerade geeignet sind, den regelmäßigen Schulunterricht zu gefährden. Das zeigte sich gestern früh in besonders trauriger Weise. Die 7000 Kinder waren bestimmt, im Schloßhof eine Generalprobe abzugeben. Sie wurden deswegen vom Unterricht dispensiert und mußten bereits um 7 Uhr morgens in der Nähe des Schlosses in der Alexanderläufer anwesend sein. Um 9 Uhr war man endlich so weit, daß im Schloßhof die Aufstellung der Kinder erfolgt war und die Vorträge vor sich gehen konnten. Der Oberbürgermeister suchte festzustellen, ob der Kaiser von der Stelle aus, von der er den Vorträgen zuhören will, auch alles genau verstehen könnte, und nahm gestern deshalb den „Standpunkt“ des Kaisers ein.

Ohnmachtsanfälle sind diesmal nur einige leichere vorgekommen. Versoren und gefunden wurden am Sonntag, den 8. Juni, beim Arbeiterportfest in Weihensee eine Reihe von Gegenständen. Es wird gebeten, die Gegenstände beim Genossen F. Keller, Gruner Weg 29, abzuholen oder abzugeben.







Warenhaus

# Wilhelm Stein

Berlin N, Chausseestrasse 70-71

- Picknickkoffer . . . . . 50 Pf.
- Rucksack . . . . . 50 Pf.
- Markttasche . . . . . 50 Pf.
- Damenhandtaschen 50 Pf.

Die unten angeführten Artikel sind nur ein kleiner Auszug von den in allen Abteilungen zum Verkauf kommenden Artikeln

## Unsere 50-Pfennig-Tage

dauern bis Sonnabend, den 21. Juni cr.

### Wirtschaftsartikel

- 1 Fleischbrett, 1 Rührkeule } aus. 50 Pf.
- 1 Fleischhammer, 1 Frühstücksbrett } aus. 50 Pf.
- 1 Putz- oder 1 Wischkasten mit Einlage . . . . . 50 Pf.
- 1 Blank-, 1 Auftrag- und 1 Schmutzbürste . . . . . 50 Pf.
- 1 Garderoben - Leiste mit 5 vernickelten Haken . . . . . 50 Pf.
- 1 Haarbese mit Stiel . . . . . 50 Pf.
- 1 Schrubber mit Stiel, 1 Paket Blitzblank, 1 Scheuertuch } aus. 50 Pf.
- 1 bezog Aermelbrett und 1 Handwaschbürste . . . . . 50 Pf.
- 3 Scheuertücher mit dopp. Mitte 50 Pf.
- 1 Eierschrank mit Delft-Einlage 50 Pf.
- 1 Gewürz-Etagere . . . . . 50 Pf.
- 1 Gurkenhobel mit 2 Messern . 50 Pf.
- 1 Kopfbürste . . . . . 50 Pf.
- 1 Giesskanne lackiert . . . . . 50 Pf.

1 Rasiergarnitur mit Spiegel, Pinsel und 1 Stück Rasierseife 50 Pf.

1 versilberter Rasierapparat 2 Klingen, mit Etui . . . . . 50 Pf.

8 Rasierklingen . . . . . 50 Pf.



LOUIS OPPENHEIM

### Herren-Artikel

- Krawatten offene Binder, Regattes und Schleifen . . . . . 50 Pf.
- Herren - Hosen - Träger in Gummi oder Band . . . . . 50 Pf.
- Knabensport-Gürtel m. Tasche 50 Pf.
- Touristen-Stöcke mit Spitze . . 50 Pf.
- Pique - Serviteurs für Herren . . 50 Pf.
- Knaben- u. Herr.-Strohüte 50 Pf.
- Wash-Südwester für Knaben und Mädchen . . . . . 50 Pf.

### Baumwollwaren

- Linon in Bettbreite . . . . . Meter 50 Pf.
- Lakenaulas in Bettbreite Meter 50 Pf.
- 2 Meter Hemdentuch . . . . . 50 Pf.
- Inlettstoffe für Kleiderstoffe Meter 50 Pf.
- Stickerien . . . . . Kupon 4" 50 Pf.
- Frottier-Handtücher mit Buchstaben, Kräuselstoff . . . . . 50 Pf.
- 2 Stück Küchen- oder Stubenhandtücher . . . . . 50 Pf.
- 1/4 Dtz. Staub-, Polier- oder Wischtücher . . . . . 50 Pf.
- 1/2 Dtz. Staub-, Polier- oder Wischtücher . . . . . 50 Pf.

### Taschentücher

- 12 St. Linontüch. für Dam. od. Herr. 50 Pf.
- 3 St. Batisttücher für Dam. od. Herr. 50 Pf.
- 4 St. Damen-Batist mit Hohlraum 50 Pf.
- 6 Kindertücher mit bunten Kanten 50 Pf.
- 2 Seid. Taschentücher mod. Farb. 50 Pf.

### Wäsche, Schürzen

- Damen-Untertailen mit Stickerel . 50 Pf.
- Knaben- oder Mädchenhemden kleine Grösse . . . . . Stück 50 Pf.
- Mädchen - Beinkleider geschlossen, kleine Grösse . . . . . Paar 50 Pf.
- Strickjäckchen, Wickelbänder oder Erstlingshemden . . . . . 2 Stück 50 Pf.
- Knaben-Schürzen mit Spalttasche . 50 Pf.
- 2 Stück Damen-Tändelschürzen 50 Pf.
- 1 Hausschürze . . . . . 50 Pf.

### Strümpfe, Trikotagen

- 4 Paar Füsslinge alle Grösse . . . 50 Pf.
- 4 Paar Kinderstrümpfe kleine und mittel Grösse . . . . . 50 Pf.
- 5 Paar Ringel - Herren - Socken 50 Pf.
- 3 Paar farbige Damen-Strümpfe 50 Pf.
- 2 Paar Herren-, Damen- oder Kinder-Strümpfe . . . . . 50 Pf.
- 2 Paar Herren-Schweisssocken 50 Pf.
- 1 Paar Damen- oder Herren-Flor- oder Petenet-Strümpfe 50 Pf.
- Knaben- od. Mädchen-Sweater 50 Pf.
- Netzhemden . . . . . Stück 50 Pf.
- Sport-Serviteur mit Krawatte . . . 50 Pf.

### Handschuhe

- 5 Paar Dam.-Sommer-Handsch. 50 Pf.
- 3 Paar Dam.-Fing.-Handschuhe 50 Pf.
- 2 Paar ipe. Dam.-Halbhandsch. 50 Pf.
- 1 Paar Damen-Spitzenhandsch. circa 40 cm lang . . . . . 50 Pf.
- 1 Paar Herr.-Zwirnhandsch. feine 50 Pf.

### Waschstoffe

- 2 Meter Waschmusselin . . . . . 50 Pf.
- 2 Meter Blusenzepphir . . . . . 50 Pf.
- Woll- u. Waschmusselin . . Meter 50 Pf.
- Zephir für Blusen u. Sporthemd. circa 80 cm breit . . . . . Meter 50 Pf.
- Weisse Mulle u. Batiste gepunkt und gestreift . . . . . Meter 50 Pf.
- 1 Post. Kleiderstoffe doppeltbr. Mtr. 50 Pf.

### Weisswaren

- Piqué- Kragen mit Regattes . . . . 50 Pf.
- Batist-Kragen mit Spitzen und Einsatz 50 Pf.
- Spachtel-Kragen Schulterstreifen . . 50 Pf.
- Bulgaren-Kragen . . . . . 50 Pf.
- Batist- und Tüll-Jabot . . . . . 50 Pf.

### Tapisserie

- Topflappentasche handgestickt . . . 50 Pf.
- Kissen mit Rückwand, vorgeseichnet . 50 Pf.
- Stubenhandtuch vorgeseichnet . . . 50 Pf.
- 1 Satz Tablettdecken 3teilig, vorges. 50 Pf.
- Klammerschürze vorgeseichnet . . . 50 Pf.

### Kurzwaren, Spitzen

- Schwarze Samtgürtel 4 und 5 cm mit hübschen Stahlschliessen . . . . . 50 Pf.
- Friesé-Gürtel mit Seide durchwirkt, grau, braun, gold und bunt . . . . . 50 Pf.
- Valenciennes - Spitzen u. passende Einsätze 1 1/2-3 cm breit . . . . . 11 Meter 50 Pf.
- Schweißblätter Trikot od. Batist 3 Paar 50 Pf.
- Schweißblätter zum Auswechseln Paar 50 Pf.
- Schnürsenkel ca. 120 cm lang 12 Paar 50 Pf.
- 12 Dtz. Druckknöpfe schwarz oder weiss und 1 kleine Rolle Garn . . . 50 Pf.
- 1 Blusenhalter, 1 Paar Kragensstäbe zum Einstecken m. Ersatz-Nadeln } aus. 50 Pf.
- 1 Gürtelnadel, 4 Ziemaedeln } aus. 50 Pf.
- Rüschen - Strumpfbänder guter Gummi mit Tafelhandschleife . . . Paar 50 Pf.
- 1 Paar seidene Rüschenhalter, } aus. 50 Pf.
- 1 Paar Handschuhhalter . . . . . 50 Pf.

### Schuhwaren

- Damen-Plüschpantoffel mit Lino-leumohle . . . . . 50 Pf.
- Herren-Plüschpantoffel mit Lino-leumohle . . . . . 50 Pf.
- Kinder- und Mädchen-Schnürschuhe mit Ledersohle und Lederspitze Grösse 21-29 . . . . . Paar 50 Pf.
- Kinder-Baby-Stiefel Gr. 18-22 Paar 50 Pf.
- Kinder- u. Mädchen-Reiseschuhe mit Kordelschleife, Grösse 21-29 . . Paar 50 Pf.
- Damen-Salon-Pantoffel . . . . . Paar 50 Pf.

### Gardinen, Möbelstoffe

- Gardinen weiss und creme . . . . . Meter 50 Pf.
- Kongressstoff . . . . . Meter 50 Pf.
- Engl. Tüllläufer weiss und creme Stück 50 Pf.
- Wachstuch-Garnitur 3teilig, 1 Decke 1 Leinwandbecher, 1 Spindstreifen, zusamm. 50 Pf.
- Scheiben-Gardinen . . . . . Paar 50 Pf.
- China-Matte 50/90 . . . . . Stück 50 Pf.

### Schreibwaren

- 1 Karton Briefpapier 25x35 . . . . . 50 Pf.
- Farbkasten mit 12 Farben . . . . . 50 Pf.
- Postkarten-Album . . . . . 50 Pf.

### Porzellan

- 4 Paar Tassen mit Goldrand . . . . . 50 Pf.
- 6 Paar Tassen . . . . . 50 Pf.
- 3 dekor. Milchtöpfe ca. 1 Liter . . . 50 Pf.
- 1 Kaffeeservice für 2 Personen . . . 50 Pf.

### Steingut

- 4 weisse Vorratsstollen . . . . . 50 Pf.
- 3 bunte Vorratsstollen . . . . . 50 Pf.
- 6 bunte Gewürztonnen . . . . . 50 Pf.
- 1 bunte Salz- od. Mehlreste m. Holz 50 Pf.
- 1 Terrine . . . . . 50 Pf.
- 8 weisse Speiseteller . . . . . 50 Pf.
- 6 bunte Speiseteller . . . . . 50 Pf.
- 12 weisse Mittelteller . . . . . 50 Pf.
- 1 Majolika - Blumenkübel . . . . . 50 Pf.
- 1 grosses Waschbecken . . . . . 50 Pf.
- 1 grosse Wasserkanne . . . . . 50 Pf.
- 1 Satz Näpfe . . . . . 6 Stück 50 Pf.
- 2 grosse Näpfe . . . . . 50 Pf.

### Glas

- 1 Käse-Glocke und 1 Zucker- } aus. schale Diamant . . . . . 50 Pf.
- 4 Compots Diamant . . . . . 50 Pf.
- 8 Milchsatten . . . . . 50 Pf.
- 4 Viktoriabecher geschliffen . . . . 50 Pf.
- 2 Römer auf bobem Fuss . . . . . 50 Pf.
- 6 Bierseidel . . . . . 50 Pf.

### Emalle

- 1 grosse Wasserkanne . . . . . 50 Pf.
- 1 grosse Schüssel . . . . . 50 Pf.
- 2 tiefe Näpfe . . . . . 50 Pf.
- 1 Gastopf . . . . . 50 Pf.
- 2 Topflappenbehälter . . . . . 50 Pf.

### Aluminium

- 1 Kasserolle . . . . . 50 Pf.
- 1 Schmortopf . . . . . 50 Pf.

### Bijouterie

- 1 Börse vergoldet oder versilbert . . 50 Pf.
- 2 Buchstaben-Ringe Silber vergoldet 50 Pf.
- Wachspferlen-Kollier . . . . . 50 Pf.
- Sport-Bolero . . . . . 50 Pf.
- 1 Paar Turban-Pfeile . . . . . 50 Pf.

### Galanterie

- Glas-Vasen 32 cm hoch . . . . . 50 Pf.
- Rasier-Spiegel 15 cm Durchmesser . 50 Pf.
- 2 Postkart.-Rahm. in 3 versch. Leist. 50 Pf.

### Holzgalanterie

- Spiegel mit Holzrahmen 27x40 . . . . 50 Pf.
- Handtuchhalter . . . . . 50 Pf.
- Bürstentaschen . . . . . 50 Pf.
- Bilder . . . . . Stück 50 Pf.
- Kammkasten . . . . . Stück 50 Pf.

### Konfitüren

- 1 Pfd. Eisbonbon . . . . . 50 Pf.
- 1 Pfd. russische Drops . . . . . 50 Pf.
- 1 Pfd. Maiwein-Mischung . . . . . 50 Pf.
- 1 Pfd. Zitronen-Melange . . . . . 50 Pf.
- 1 Pfd. engl. Rocks . . . . . 50 Pf.
- 1 Pfd. gefüllte Erdbeeren . . . . . 50 Pf.
- 1 Pfd. gefüllte Kaffeebohnen . . . . 50 Pf.
- 1 Pfd. Konfekt-Mischung . . . . . 50 Pf.
- 1 Pfd. Pfeffermünz-Fondants . . . . . 50 Pf.

### Parfümerie, Seifen

- 3 Stück Salmiak-Terpentin-Seife 50 Pf.
- 4 Pack Terpentin - Seifenpulver 50 Pf.
- 6 Stück Blumenseife sortiert . . . . 50 Pf.
- 6 Stück Hausseifen sortiert . . . . . 50 Pf.
- 6 Stück Vaseline-Seife . . . . . 50 Pf.
- 1 Flasche Bayrum . . . . . 50 Pf.
- 1 Riegel Kernseife und 1 Pack Steins Waschkraft . . . . . 50 Pf.
- 1 Frisier-Kamm u. 1 Zahnbürste 50 Pf.
- 1 Flasche Mundwasser . . . . . 50 Pf.
- 3 Stück Dörings Adlerseife . . . . . 50 Pf.
- 1 Rasier-Garnitur und 1 Stück Rasierseife . . . . . 50 Pf.

### Lebensmittel

- 12 Pack Puddingpulver . . . . . 50 Pf.
- 3 Pfd. Weizenmehl . . . . . 50 Pf.
- 1/2 Glas Bienenhonig . . . . . 50 Pf.
- 1 Pfd. rote Grütze . . . . . 50 Pf.
- 1/2 Dose gemischtes Gemüse . . . . 50 Pf.
- 1/2 Dose junge Erbsen . . . . . 50 Pf.
- 1/2 Flasche Himbeersaft Ingalfarbindo eingekocht mit Kirschnaft gefüllt . . 50 Pf.
- 1/2 Dose Oelsardinen . . . . . 50 Pf.